# Deutschland wählt – was zählt für Sie?

MDR FRAGT

## Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

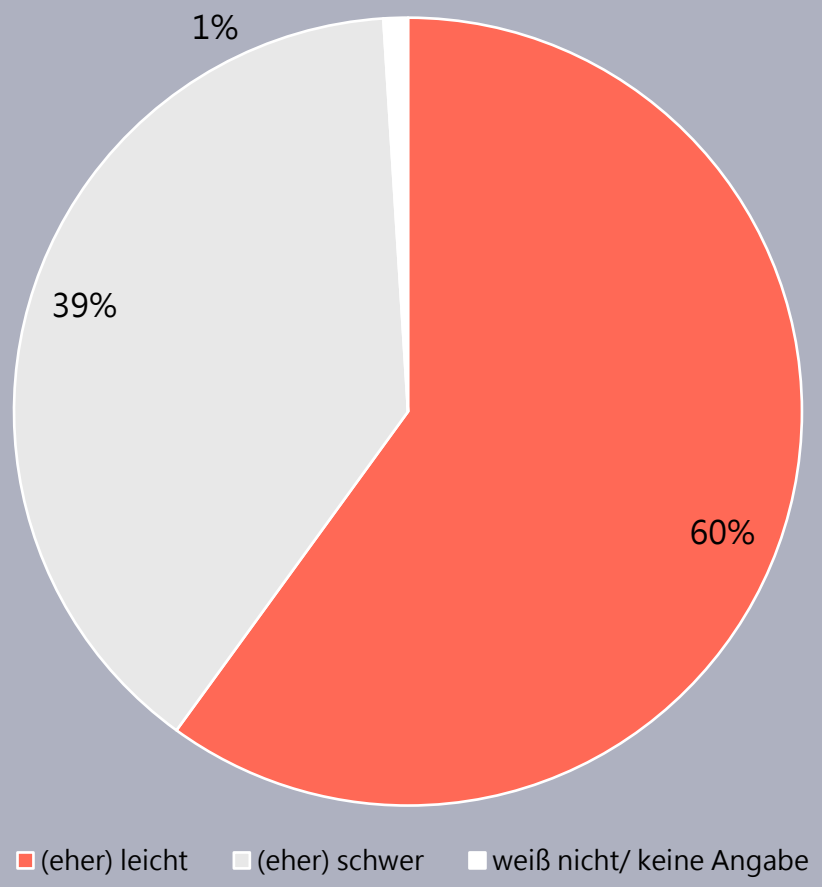
- Mehrheit gibt an: Wahlentscheidung werde ihnen eher leicht fallen.
- Großteil fände Mehrwertsteuer-Senkung grundsätzlich gut – vor allem Zuspruch für ermäßigten Satz in der Gastronomie
- Wahrgenommene Inflations-Auswirkungen auf eigenen Geldbeutel bleibt auf hohem Niveau
- Zwei Drittel für Investitionsprämie für die Industrie, gespaltenes Meinungsbild mit Blick auf hohe Subventionen für Chip-Ansiedlungen
- Sehr viel Zuspruch dafür, ostdeutsche Wirtschaftsstruktur speziell zu fördern
- Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der deutschen Auto-Industrie sinkt

**Laufzeit: 17. bis 20. Januar 2025;**

**26.442 Teilnehmende, davon 13.562 aus Sachsen, 6.463 aus Sachsen-Anhalt und 6.417 aus Thüringen.**

# Mehrheit gibt an, ihr falle Wahlentscheidung eher leicht

**Frage:** Es sind noch knapp vier Wochen bis zur vorgezogenen Bundestagswahl. Haben Sie das Gefühl, Ihnen persönlich wird es dieses Mal leicht oder schwer fallen, eine Wahlentscheidung zu treffen?



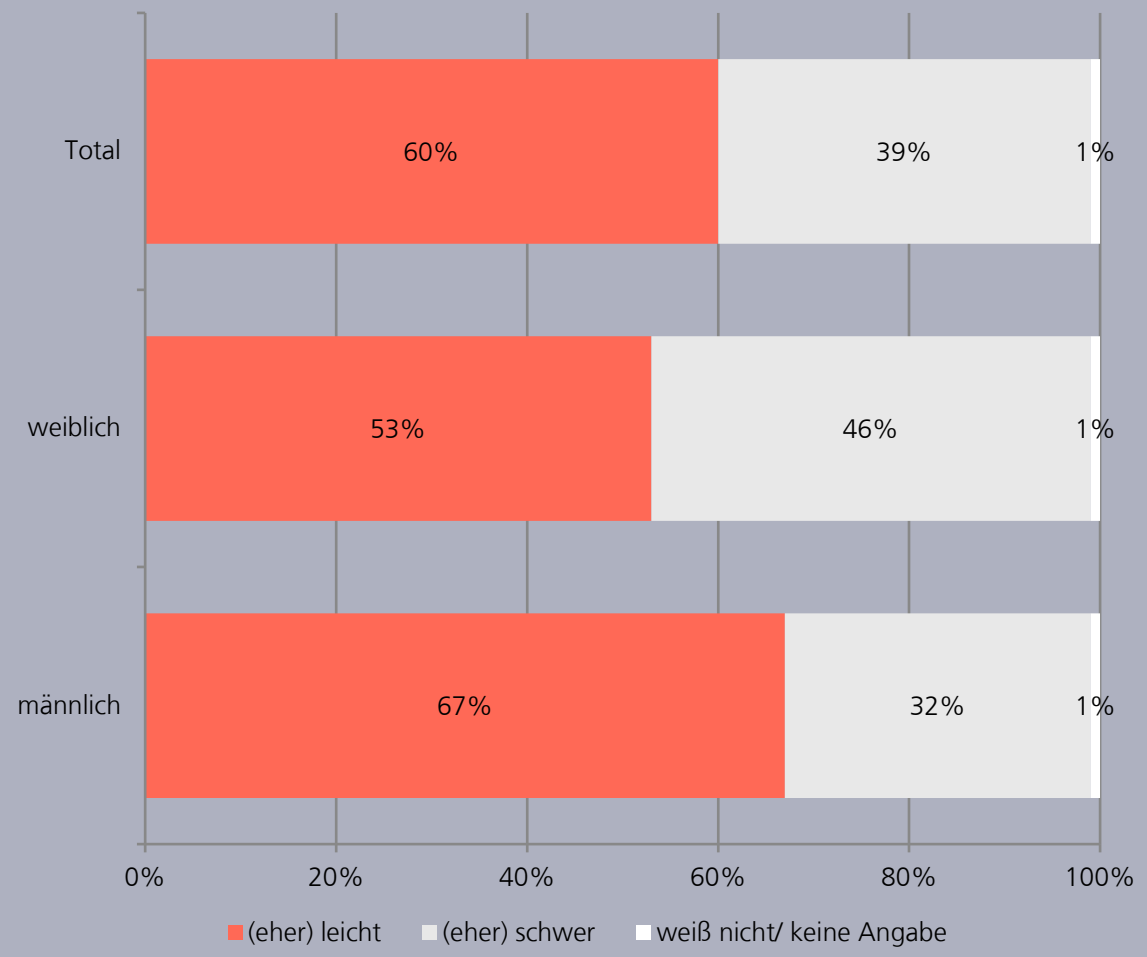

**Die vorgezogenen Bundestagswahlen verkürzen den Wahlkampf und die Zeit, um sich zu überlegen, welche Partei man wählen will.**

**Im MDRfragt-Meinungsbild rund fünf Wochen vor dem Wahltermin geben sechs von zehn Befragten (60 Prozent) an, ihnen werde die Wahlentscheidung dieses Mal eher leicht fallen.**

**Vier von zehn Befragten haben das Gefühl, das wird für sie eher eine schwierige Entscheidung.**

# Männer geben häufiger an, Wahlentscheidung falle ihnen leicht

**Frage:** Es sind noch knapp vier Wochen bis zur vorgezogenen Bundestagswahl. Haben Sie das Gefühl, Ihnen persönlich wird es dieses Mal leicht oder schwer fallen, eine Wahlentscheidung zu treffen? **(Auswertung nach Geschlecht)**

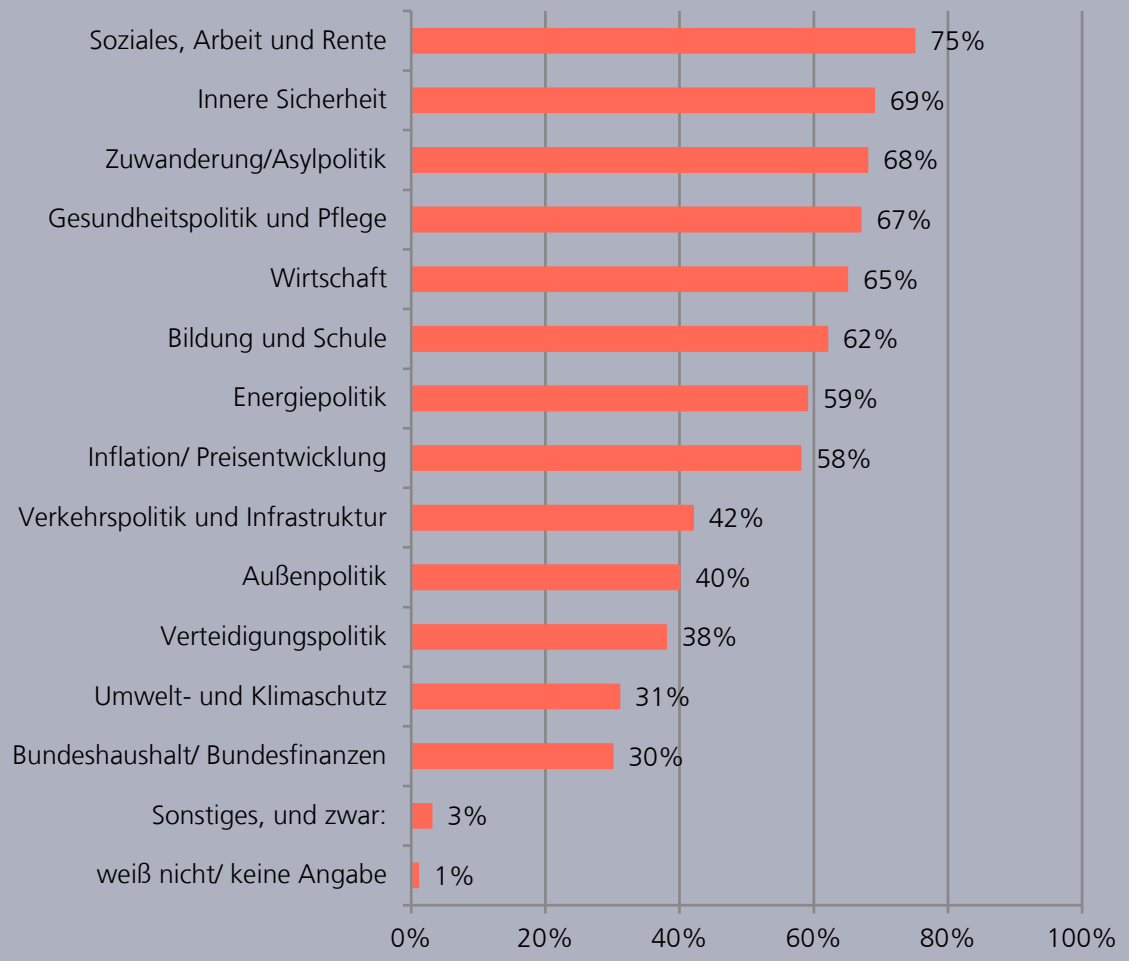



**Mit Blick auf die Untergruppen zeigt sich: In der MDRfragt-Gemeinschaft sind die Männer eher der Ansicht, ihnen werde die Wahlentscheidung leicht fallen als Frauen.**

**Konkret gaben zwei Drittel der Männer an, ihnen werde die Wahlentscheidung dieses Mal leicht oder eher leicht fallen. Bei den Frauen sagt das gut jede Zweite.**

# Wahlentscheidend? Soziales, Innere Sicherheit und Asylpolitik

**Frage:** Aus jetziger Sicht: Welche Themen sind für Sie persönlich wichtig, um Ihre Wahlentscheidung zu treffen? Sie können alles auswählen, das Sie wichtig finden.

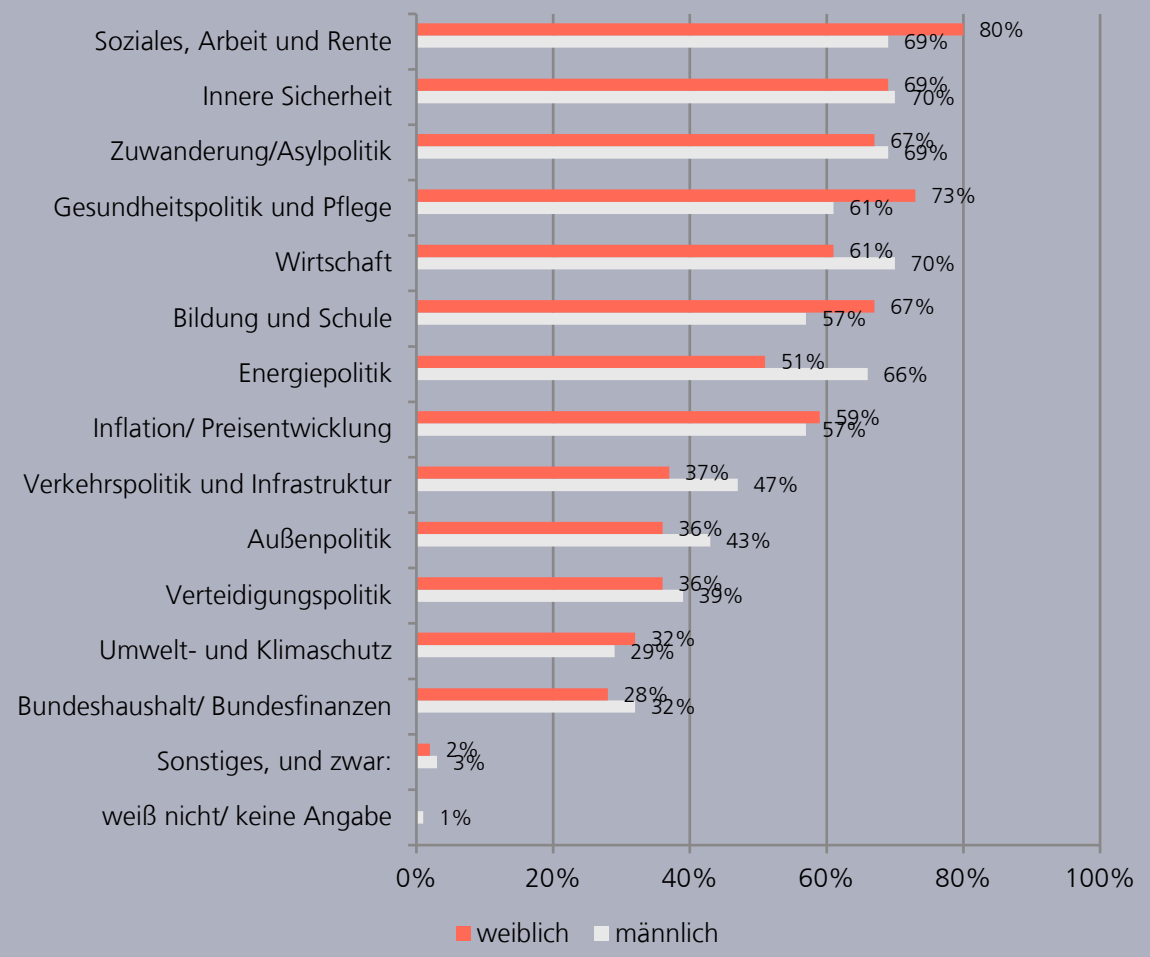



- Mit Blick auf die Bundestagswahl sind für die MDRfragt-Gemeinschaft eine ganze Reihe an Themenbereichen wichtig, um die Wahlentscheidung zu treffen.
- Ganz vorn: Der Themenbereich **Sozialpolitik inklusive Rente (75 Prozent),** gefolgt von **Innerer Sicherheit (69 Prozent)** und **Zuwanderung/Asylpolitik (68 Prozent)**.
- Auch **Wirtschaft** liegt unter den fünf meist genannten Themenbereichen, knapp hinter **Gesundheit und Pflege**.
- Am Ende der Aufzählung landen die **Bundesfinanzen**, die der Kernstreitpunkt der Ampel-Regierung waren, als sie vorzeitig zerbrach. Auch **Umwelt- und Klimaschutz** rangiert in der Liste der wahlentscheidenden Themenbereiche der MDRfragt-Gemeinschaft am unteren Ende.

# Für Männer Wirtschaft und Sicherheit ganz vorn, bei Frauen Soziales und Gesundheit

MDR FRAGT

**Frage:** Aus jetziger Sicht: Welche Themen sind für Sie persönlich wichtig, um Ihre Wahlentscheidung zu treffen? Sie können alles auswählen, das Sie wichtig finden. **(Auswertung nach Geschlecht)**

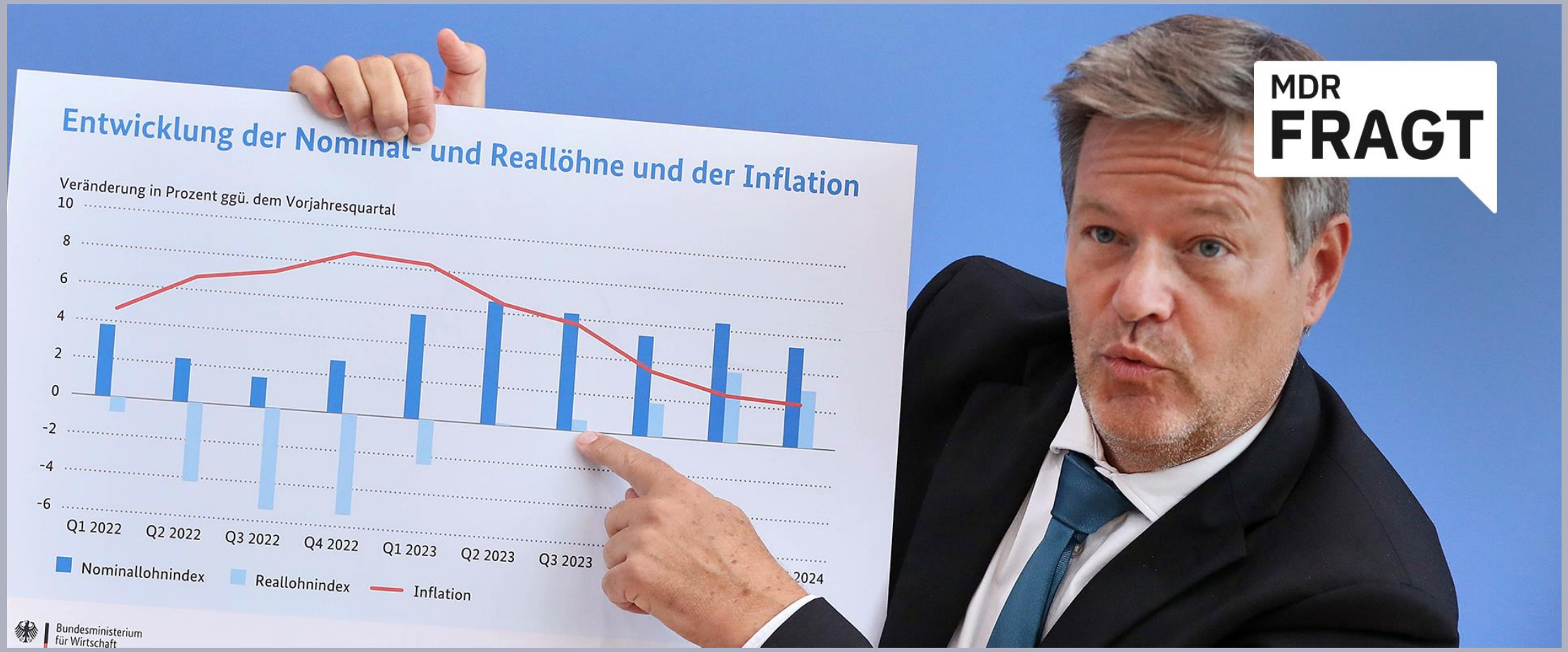



**Die Rangliste der wichtigsten Themen für die Wahlentscheidung unterscheidet sich nach Geschlecht.**

**Bei den weiblichen Befragten liegen die folgenden Themenbereiche vorn: Soziales und Arbeit (80 Prozent), gefolgt von Gesundheitspolitik und Pflege (73 Prozent), Innere Sicherheit (69 Prozent) sowie den gleich aufliegenden Themenbereichen Bildung und Schule (67 Prozent) und Zuwanderung/Asylpolitik (67 Prozent).**

**Bei den männlichen Befragten sind hingegen Wirtschaft (70 Prozent) und Innere Sicherheit (70 Prozent) die meistgenannten Themen, gefolgt von Soziales und Arbeit (69 Prozent) sowie Zuwanderung und Asylpolitik (69 Prozent) und Energiepolitik (66 Prozent).**

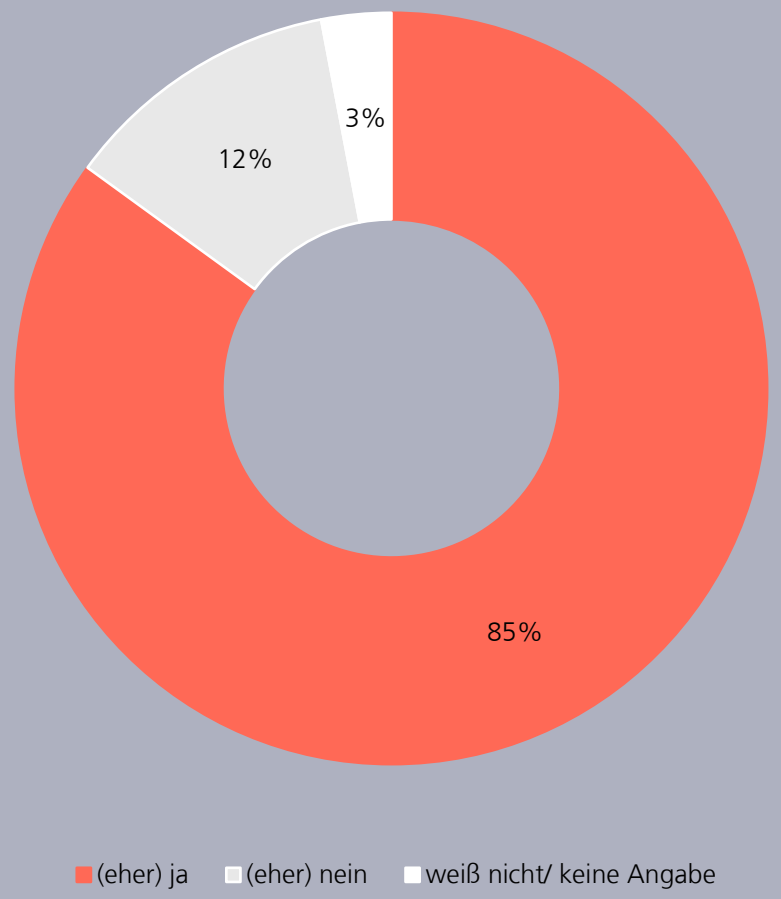
# Themenschwerpunkt Inflation/Preise



# Sehr viel Zuspruch für Mehrwertsteuersenkung

MDR FRAGT

**Frage:** Kommen wir jetzt noch zu einem anderen Thema, das gerade viele Menschen umtreibt, nicht nur in der Politik: die Lage der Wirtschaft und die Preisentwicklung. Im Bundestagswahlkampf wird diskutiert, ob die Mehrwertsteuer in bestimmten Bereichen gesenkt werden sollte - entweder, um Verbraucherinnen und Verbraucher zu entlasten. Oder um auch bestimmte Wirtschaftsbereiche zu stärken. Fänden Sie es grundsätzlich sinnvoll, die Mehrwertsteuer in bestimmten Bereichen zu senken?



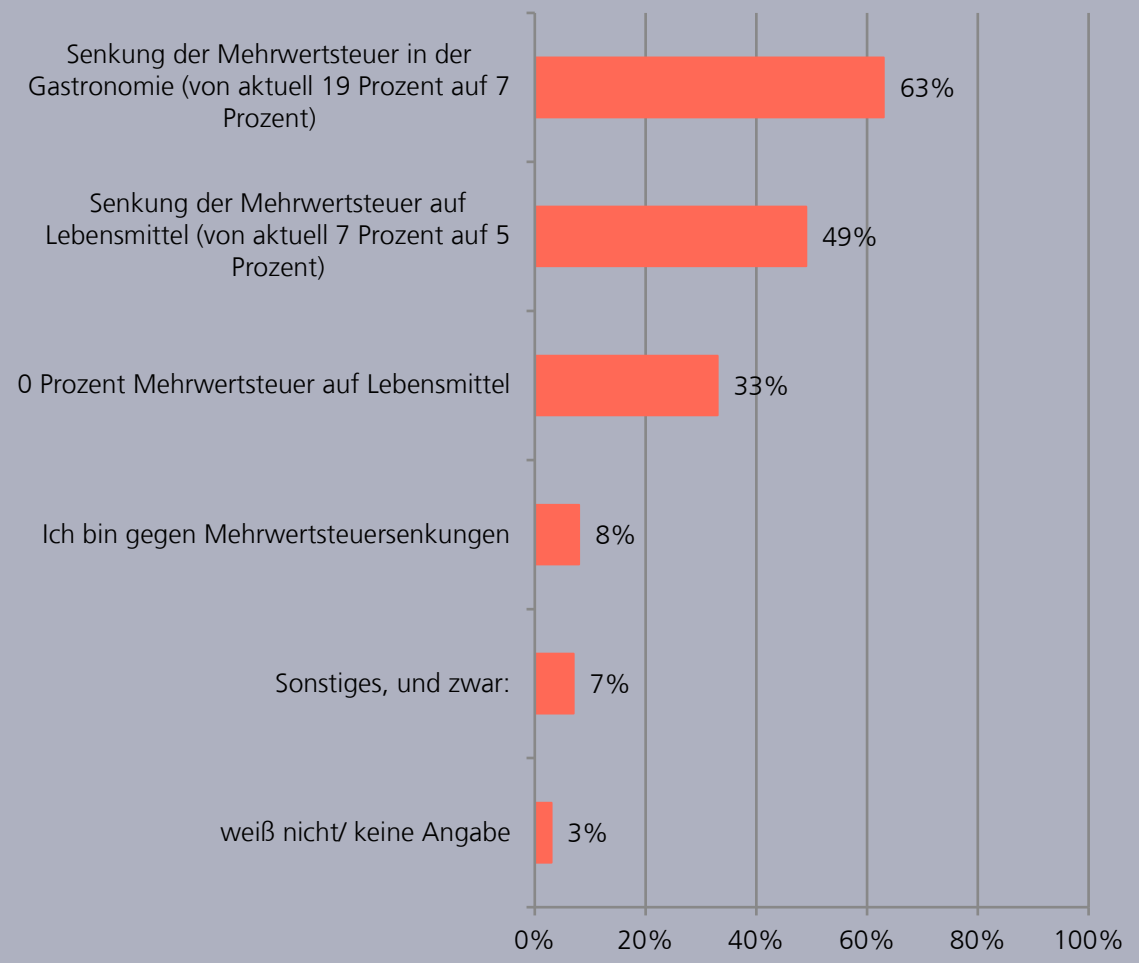

**Im Bundestagswahlkampf wird wieder diskutiert, ob es angesichts einer länger anhaltenden Phase mit höheren Inflationsraten sinnvoll wäre, die Mehrwertsteuer zu senken. Wenn sie vom Handel und den Dienstleistern weitergegeben werden, könnte das Verbraucherinnen und Verbraucher entlasten. Oder es könnte die Einnahmeseite von Unternehmen in bestimmten Branchen verbessern, wenn sie weniger Steuern abführen müssen. Auf jeden Fall schmälert es die Einnahmen des Staates.**

**Aus Sicht der MDRfragt-Gemeinschaft ist es grundsätzlich eine sinnvolle Idee, die Mehrwertsteuer in bestimmten Bereichen zu senken: Ein sehr großer Teil der Befragten, konkret sind es 85 Prozent, sind für oder eher für Mehrwertsteuersenkungen. Gut jede und jeder Zehnte hält das nicht für eine sinnvolle Maßnahme.**

# Weniger in der Gastro sorgt für mehr Zuspruch als weniger für Lebensmittel

MDR FRAGT

**Frage:** Im Bundestagswahlkampf gibt es gerade verschiedene Vorschläge, in welchem Bereich die Mehrwertsteuer gesenkt werden könnte. Welche der folgenden Vorschläge finden Sie sinnvoll? Sie können alles auswählen, das auf Sie zutrifft.




**Während es die MDRfragt-Gemeinschaft grundsätzlich sinnvoll findet, die Mehrwertsteuer für bestimmte Bereiche zu senken, teilen sich die Geister, wenn es um den konkreten Bereich geht:**

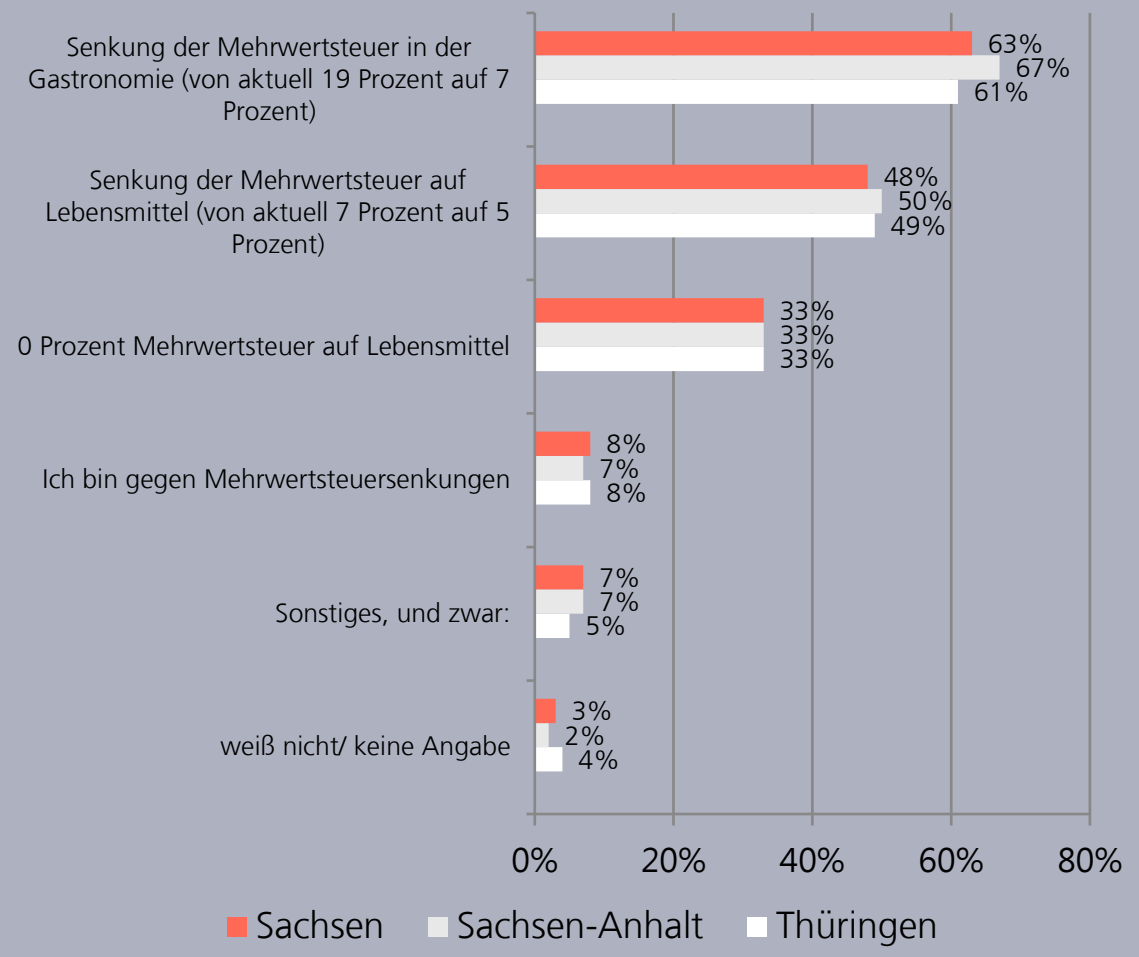
**Den größten Zuspruch gibt es dafür, in der Gastronomie wieder den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent zu erheben. Diese Senkung, die unter anderem die Union und die FDP in ihrem Wahlprogramm vorsehen, finden zwei von drei Befragten (63 Prozent) sinnvoll. Der ermäßigte Satz in der Gastronomie galt vorübergehend als Entlastungsmaßnahme schon einmal während der Corona-Krise. Anfang 2024 lief diese Übergangszeit aus und es gilt seither wieder der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent.**

**Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel von 7 auf 5 Prozent, wie es etwa die SPD von Kanzler Olaf Scholz vorschlägt, findet noch jede und jeder Zweite sinnvoll (49 Prozent). Die Option, gar keine Mehrwertsteuer auf Lebensmittel mehr zu erheben, wie es etwa die LINKE vorschlägt, hält nur noch jede und jeder Dritte (33 Prozent) für sinnvoll.**

**Weniger als eine von zehn Befragten ist gänzlich gegen Mehrwertsteuersenkungen. Fast ebenso viele wünschen sich eine Senkung in einem anderen Bereich.**

# Bundesländer-Vergleich: Überall größte Zustimmung für Steuersenkung in der Gastronomie

**Frage:** Im Bundestagswahlkampf gibt es gerade verschiedene Vorschläge, in welchem Bereich die Mehrwertsteuer gesenkt werden könnte. Welche der folgenden Vorschläge finden Sie sinnvoll? Sie können alles auswählen, das auf Sie zutrifft. **(Auswertung nach Bundesland)**




**Welche Mehrwertsteuersenkung träfe im MDR-Sendegebiet am ehesten auf Zustimmung?**

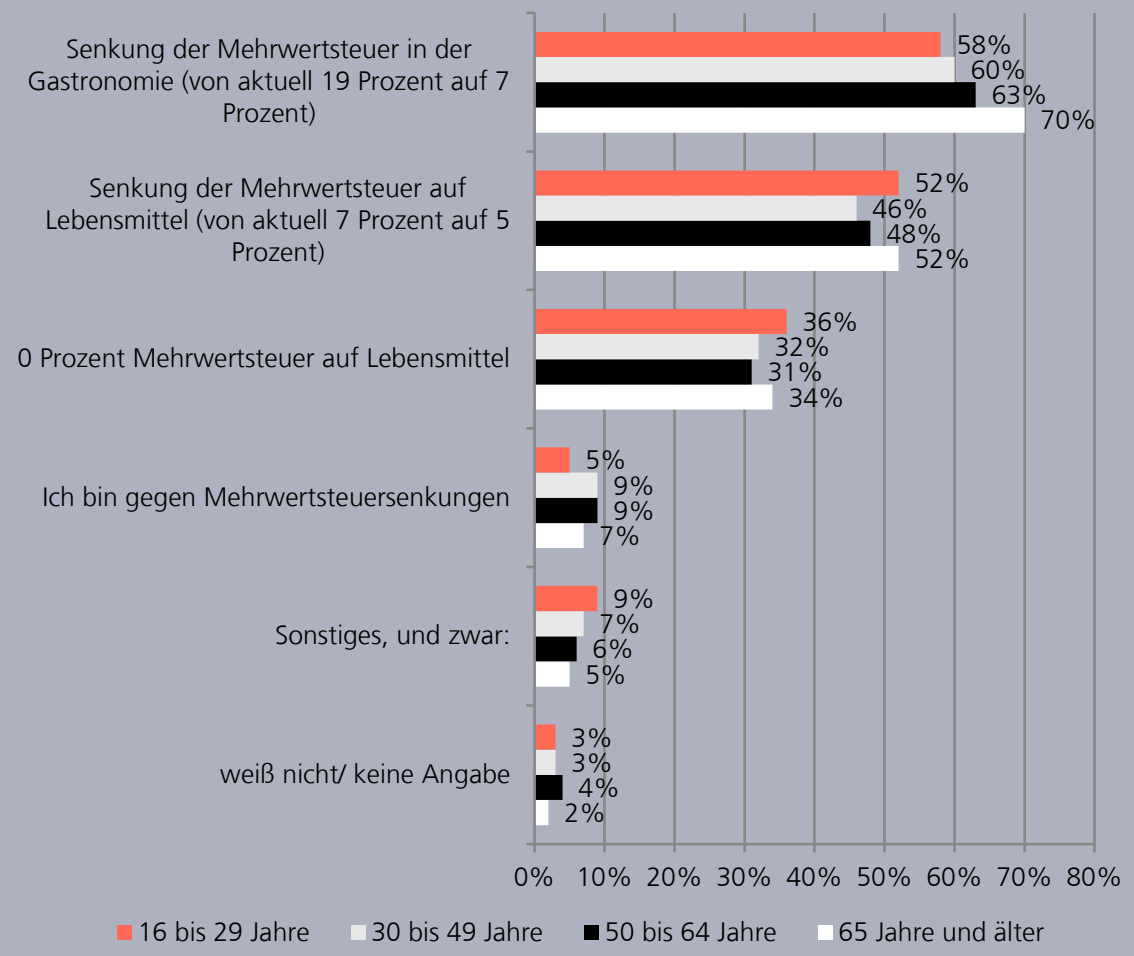
**Das MDRfragt-Stimmungsbild zeigt keine großen Unterschiede in dieser Frage zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In allen drei Ländern gibt es den größten Zuspruch für eine Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie von 19 auf 7 Prozent.**

**Im direkten Vergleich findet die Senkung für die Gastronomie in Sachsen-Anhalt am meisten Zuspruch (67 Prozent) gefolgt von Sachsen (63 Prozent). Am geringsten ist der Zuspruch aus Thüringen (61 Prozent).**

# Je älter die Befragten, desto mehr für Steuersenkung für die Gastro

MDR FRAGT

**Frage:** Im Bundestagswahlkampf gibt es gerade verschiedene Vorschläge, in welchem Bereich die Mehrwertsteuer gesenkt werden könnte. Welche der folgenden Vorschläge finden Sie sinnvoll? Sie können alles auswählen, das auf Sie zutrifft. **(Auswertung nach Altersgruppen)**

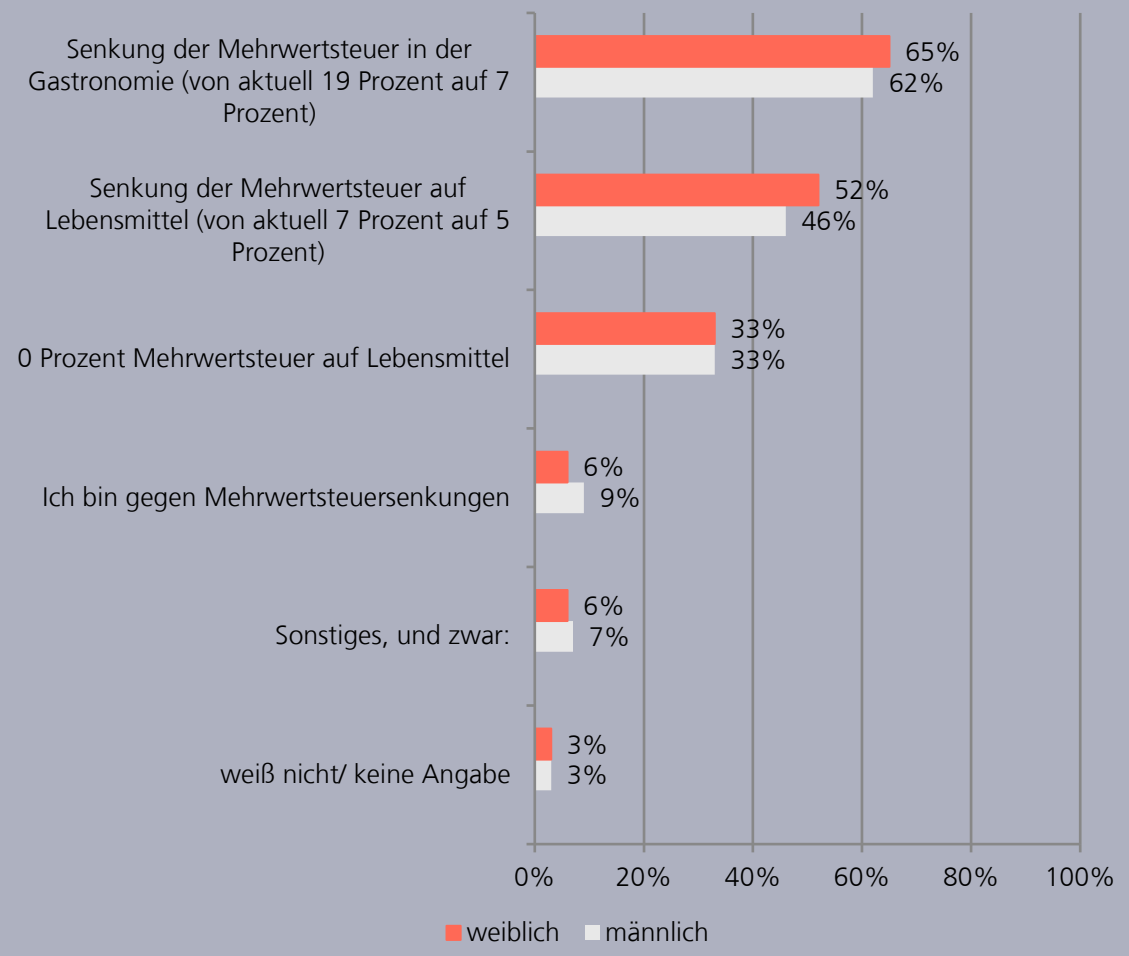



**Eine geringere Mehrwertsteuer für die Gastronomie? Je älter die Befragten im MDRfragt-Stimmungsbild sind, desto größer ist der Zuspruch für diese Idee. Zum Vergleich: Bei den Unter-30-Jährigen sind weniger als 6 von zehn Befragten (58 Prozent) dafür, die Mehrwertsteuer in der Gastronomie von 19 wieder auf 7 Prozent zu senken. Bei den Über-65-Jährigen sind es sieben von zehn (70 Prozent).**

**Mit Blick auf die verschiedenen Vorschläge für eine geringere Mehrwertsteuer für Lebensmittel zeigt sich ein ähnliches Muster: Jeweils die jüngste und die älteste Altersgruppe ist etwas häufiger dafür, die Mehrwertsteuer zu senken als die mittleren Altersgruppen.**

# Frauen tendieren etwas stärker zu Sympathie für Mehrwertsteuersenkungen

**Frage:** Im Bundestagswahlkampf gibt es gerade verschiedene Vorschläge, in welchem Bereich die Mehrwertsteuer gesenkt werden könnte. Welche der folgenden Vorschläge finden Sie sinnvoll? Sie können alles auswählen, das auf Sie zutrifft. **(Auswertung nach Geschlecht)**



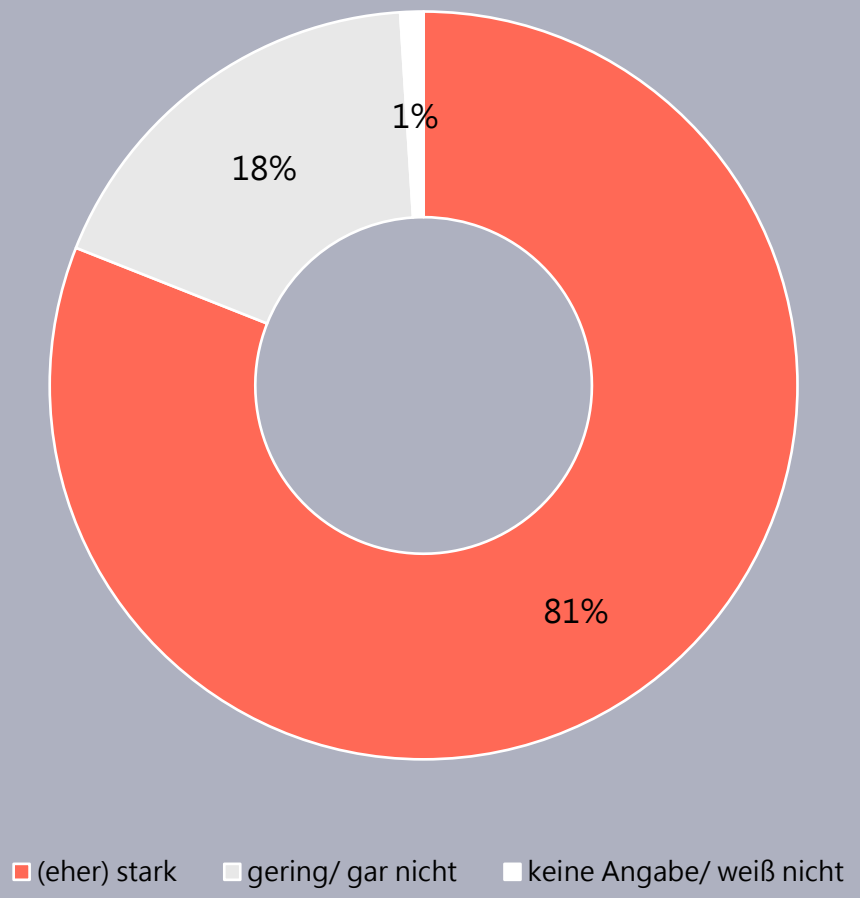

**Mehrwertsteuersenkung fürs Essen und wenn ja – für welchen Bereich?**

**Frauen tendieren im MDRfragt-Stimmungsbild etwas häufiger dafür als Männer, die Mehrwertsteuer zu senken. Das zeigt sich am deutlichsten bei dem Vorschlag, die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel von sieben auf fünf Prozent zu senken.**

# Vier von fünf Befragten spüren Inflation stark im Geldbeutel

MDR FRAGT

**Frage:** In den vergangenen Jahren, besonders seit 2022, gab es Preissteigerungen in vielen Bereichen. In einigen Bereichen sind mittlerweile die Preise wieder gesunken, in anderen nicht. Wie ist das bei Ihnen: Wie stark spüren Sie die Preissteigerungen aktuell in Ihrem Haushaltsbudget?




**Die Inflation ist seit mindestens zwei Jahren ein Dauerthema, vor allem, weil die Preissteigerungen insgesamt überdurchschnittlich sind.**

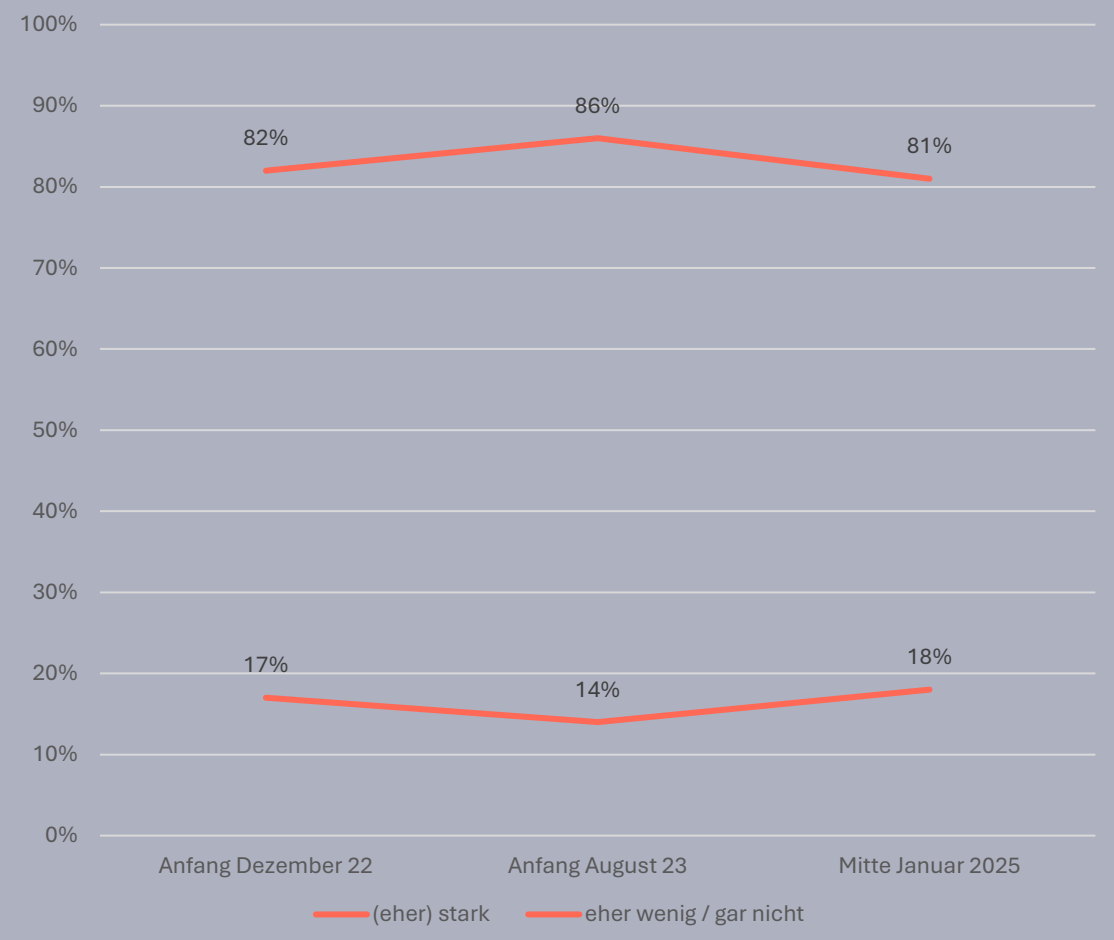
**Bei MDRfragt stellen wir regelmäßig die Frage, wie die Befragten es für ihre persönliche Situation einschätzen: Wie stark wirken sich die Preissteigerungen auf ihr Haushaltsbudget aus?**

**Aktuell geben gut vier von fünf Befragten an, dass sie die Preissteigerungen stark oder eher stark im eigenen Geldbeutel spüren.**

**Gut jede und jeder Fünfte gibt an, die Auswirkungen der Inflation seien für das eigene Haushaltsbudget eher gering.**

# Wahrgenommene Inflations-Auswirkungen anhaltend groß

**Frage:** In den vergangenen Jahren, besonders seit 2022, gab es Preissteigerungen in vielen Bereichen. In einigen Bereichen sind mittlerweile die Preise wieder gesunken, in anderen nicht. Wie ist das bei Ihnen: Wie stark spüren Sie die Preissteigerungen aktuell in Ihrem Haushaltsbudget?



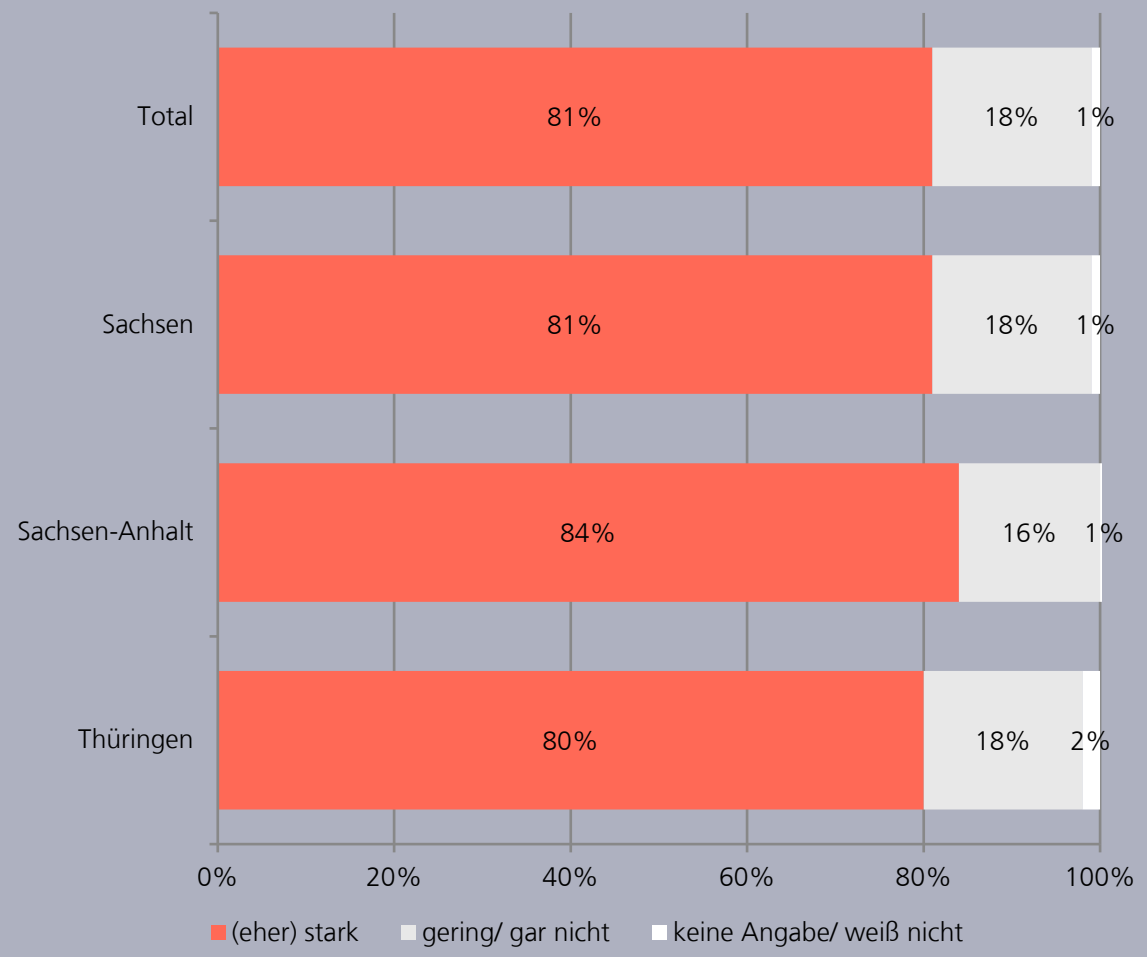

**Die Frage nach dem Einfluss auf den eigenen Geldbeutel wird bei MDRfragt regelmäßig gestellt.**

**Im Zeitverlauf zeigt sich: Schon vor mehr als zwei Jahren überwog das Gefühl, dass die Preissteigerungen sich stark auf das eigene Haushaltsbudget auswirken – und diese Einschätzung bleibt auch in den folgenden Zeiträumen auf diesem Niveau.**

**Im Vergleich zur letzten Befragung zu diesem Thema ist der Anteil derjenigen wieder leicht gesunken, die angaben, die Preissteigerungen eher stark zu spüren.**

# Länder-Vergleich: Wahrgenommene Inflationsbelastung überall hoch

**Frage:** In den vergangenen Jahren, besonders seit 2022, gab es Preissteigerungen in vielen Bereichen. In einigen Bereichen sind mittlerweile die Preise wieder gesunken, in anderen nicht. Wie ist das bei Ihnen: Wie stark spüren Sie die Preissteigerungen aktuell in Ihrem Haushaltsbudget? **(Auswertung nach Bundesland)**




**In allen drei Bundesländern des MDR-Sendegebietes haben die Befragten das Gefühl, dass die Preissteigerungen aktuell tendenziell stark in ihr Haushaltsbudget eingreifen.**

**Im MDRfragt-Meinungsbild aus Sachsen gaben 81 Prozent der Befragten an, sie spürten die Inflation derzeit stark oder eher stark in ihrem Geldbeutel; 18 Prozent sagten, die Auswirkungen auf ihr Haushaltsbudget seien gering oder eher gering.**

**Das MDRfragt-Stimmungsbild aus Sachsen-Anhalt ergibt, dass 84 Prozent der Befragten die Inflation stark oder eher stark in ihrem Geldbeutel spüren; 16 Prozent nehmen die Gegenposition ein.**

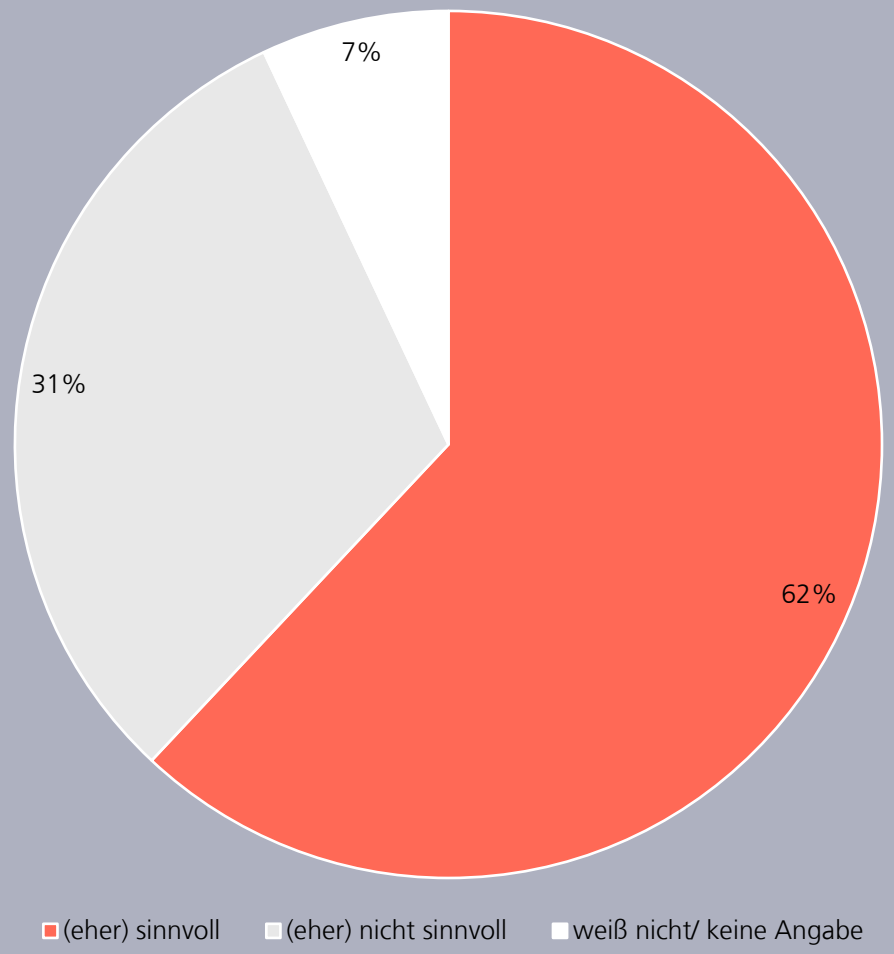
**Bei der Thüringer MDRfragt-Gemeinschaft gaben 80 Prozent der Befragten an, sie spürten die Inflation eher stark im eigenen Budget, 19 Prozent sagten, die Inflation habe wenig bis keine Auswirkungen auf ihr Haushaltsbudget.**

# Themenschwerpunkt Wirtschaftspolitik

# Investitionsprämie und Co. für Unternehmen finden die meisten gut

MDR FRAGT

Derzeit wird viel darüber diskutiert, wie die deutsche Wirtschaft staatlich unterstützt werden kann, um aus der anhaltenden Stagnation und Schwäche herauszukommen. Ganz allgemein: Was halten Sie von staatlicher Unterstützung für Unternehmen, die in Deutschland investieren?




**Sollte der deutsche Staat gezielt Unternehmen unterstützen oder ihnen eine Prämie zahlen, wenn sie in Deutschland investieren? Darüber läuft im deutschen Wahlkampf angesichts der stagnierenden Wirtschaftsentwicklung eine lebhafte Debatte.**

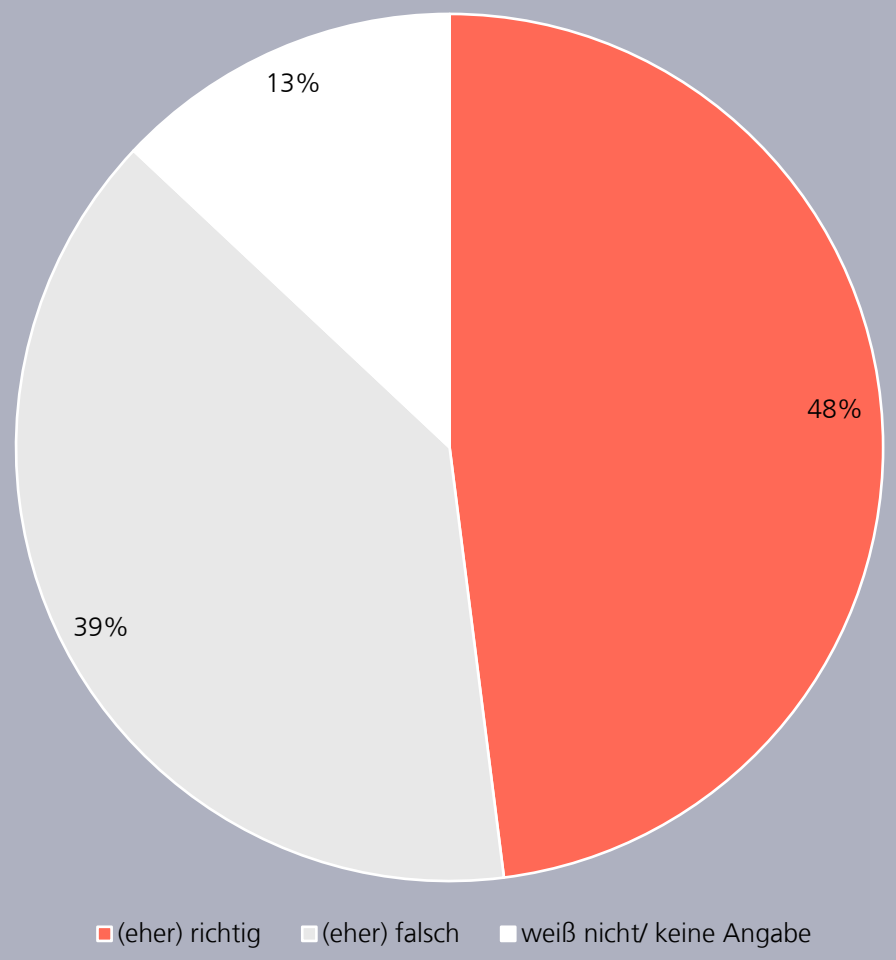
**So will die SPD etwa 10 Prozent der Investitionssumme mit einer staatlichen Prämie fördern, ähnliches steht im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. Andere Parteien, wie die Union und die FDP, wollen die allgemeine Steuerlast für Unternehmen grundsätzlich senken.**

**Im MDRfragt-Stimmungsbild gibt es viel Zuspruch für die Idee, Unternehmensinvestitionen zu fördern: Gut zwei von drei Befragten finden solche Investitionsprämien tendenziell richtig. Rund ein Drittel der Befragten lehnt sie eher ab.**

# Knapp die Hälfte für besondere Förderung Chip-Industrie

MDR FRAGT

**Frage:** In Dresden laufen die Bauarbeiten für die Chip-Produktion deutscher Unternehmen mit dem taiwanesischen Weltmarktführer TSMC. In Magdeburg wurde eine geplante Fabrikansiedlung des US-amerikanischen Chipherstellers Intel auf Eis gelegt. Die Chip-Industrie gilt als besonders zukunftsträchtig und Europa versucht daher, diesen Industriezweig gezielt anzusiedeln. Wie finden Sie es, dass die Chip-Industrie staatlich besonders stark unterstützt wird?




**Die Europäische Union hat sich schon vor einigen Jahren vorgenommen, die Chip-Industrie in Europa zu stärken, um bei dieser Schlüsselindustrie unabhängiger von anderen Nationen und möglichen Handelskonflikten zu sein.**

**Während in Dresden eine neue Fabrik unter Beteiligung des taiwanesischen Chip-Konzerns TSMC gebaut wird, liegen in Magdeburg Groß-Ansiedlungspläne des US-Chipunternehmens Intel auf Eis. Kritikerinnen und Kritiker finden, dass derlei Projekte zu viel Steuergeld als Subvention bekommen – im Vergleich zu den geplanten neuen Arbeitsplätzen.**

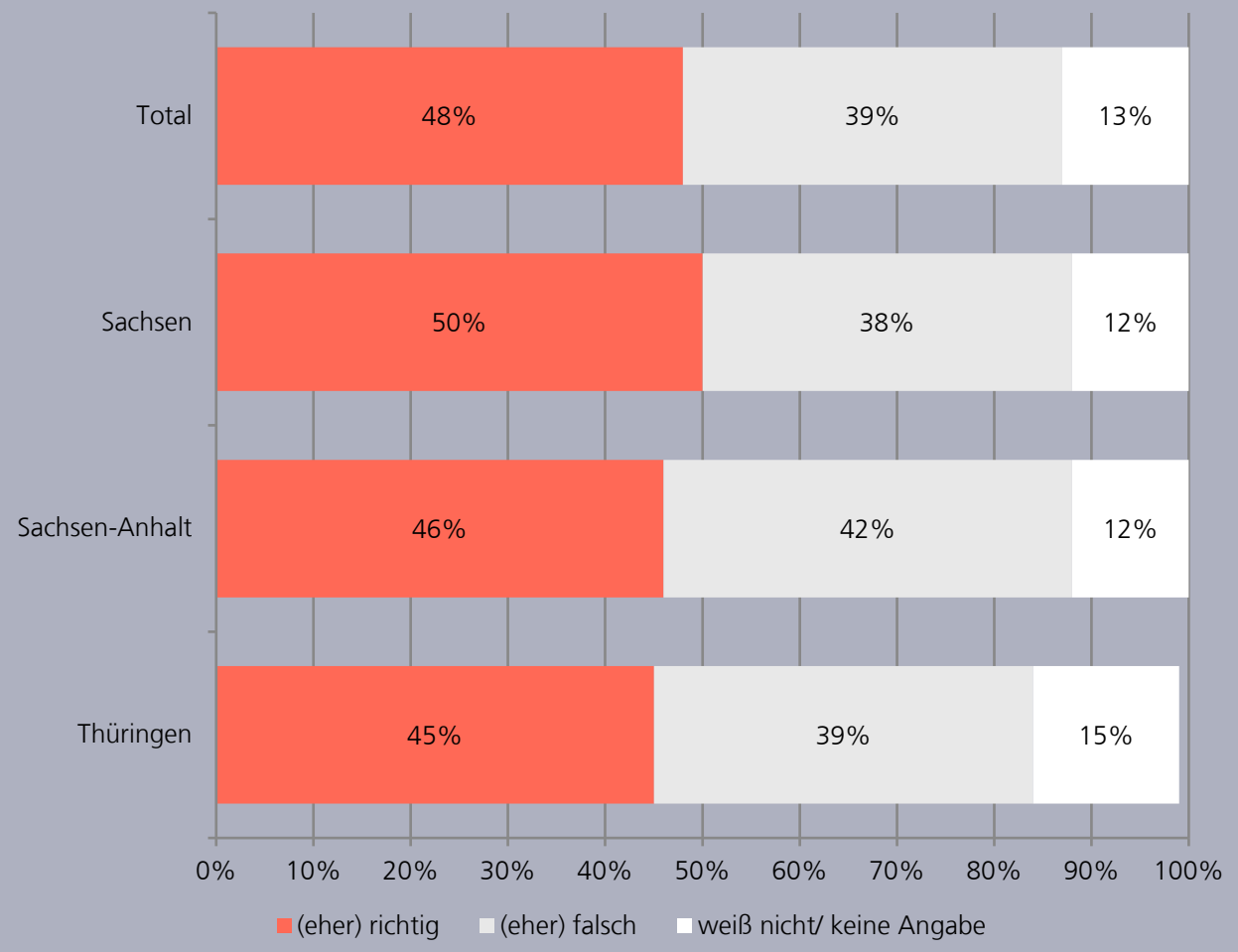
**Sollte die Chip-Industrie besonders gefördert werden? Das MDRfragt-Stimmungsbild ist in dieser Frage nicht so eindeutig. Zwar gab knapp die Hälfte der Befragten an, die Sonder-Förderung der Chip-Industrie sei richtig. Doch der Anteil derjenigen, die die Gegenposition annehmen, ist nur geringfügig kleiner.**

**Zudem positionierten sich mehr als jede und jeder Zehnte in dieser Frage nicht.**

# Bundesländer –Vergleich: Chip-Förderung sorgt überall für Uneinigkeit

MDR FRAGT

**Frage:** In Dresden laufen die Bauarbeiten für die Chip-Produktion deutscher Unternehmen mit dem taiwanesischen Weltmarktführer TSMC. In Magdeburg wurde eine geplante Fabrikansiedlung des US-amerikanischen Chipherstellers Intel auf Eis gelegt. Die Chip-Industrie gilt als besonders zukunftsträchtig und Europa versucht daher, diesen Industriezweig gezielt anzusiedeln. Wie finden Sie es, dass die Chip-Industrie staatlich besonders stark unterstützt wird? **(Auswertung nach Bundesländern)**




**Im digitalen Zeitalter gelten Halbleiter und Chips als zentrales Bauteil, beziehungsweise als Schlüsseltechnologie. Deswegen hat die EU sich entschieden, die Ansiedlung von Chip-Industrie in Europa massiv zu fördern, auch um sich unabhängiger von der Weltlage, Handelskonflikten und anderen Einflusssphären zu machen.**

**In Deutschland werden die Steuersubventionen für die Chip-Konzerne mitunter auch als überzogen mit Blick auf die zu schaffenden Arbeitsplätze kritisiert.**

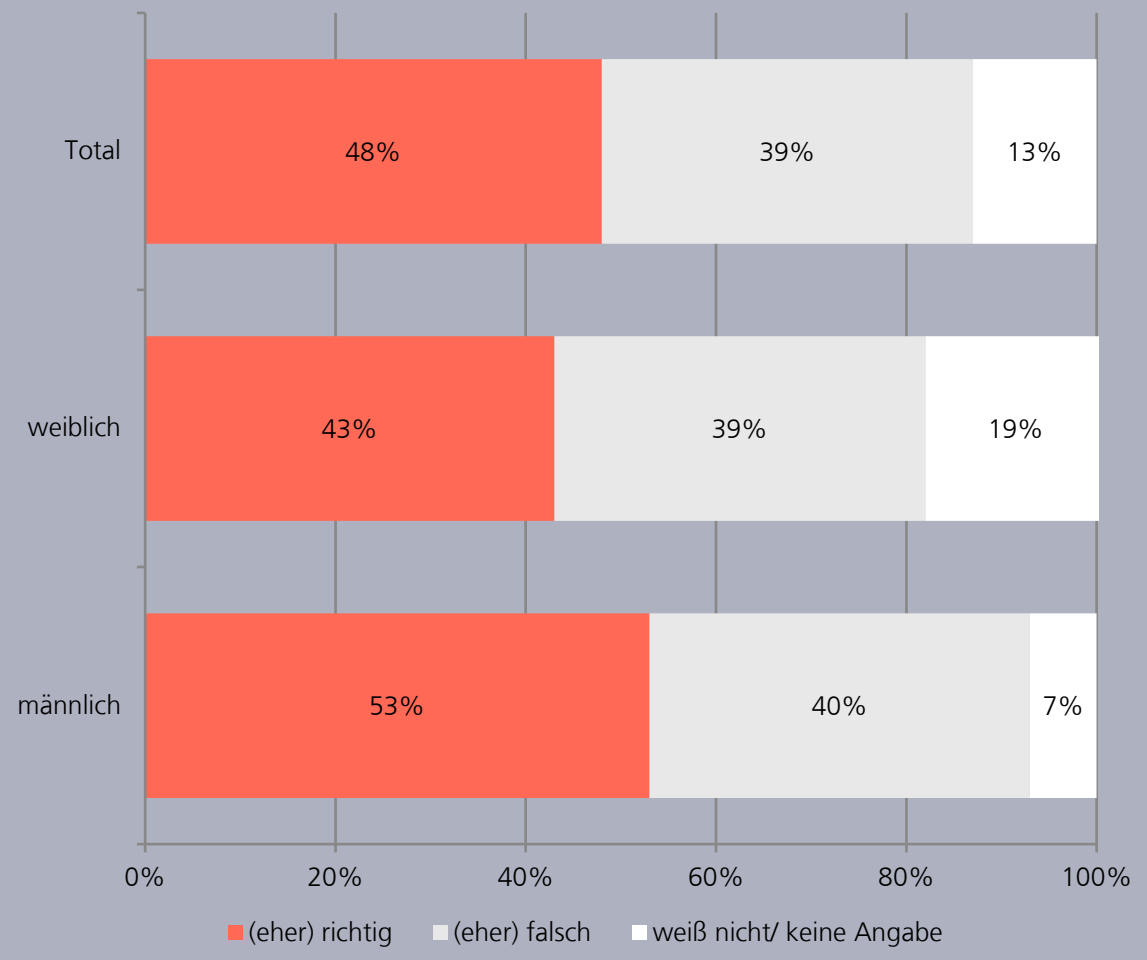
**In der MDRfragt-Gemeinschaft liegen Pro- und Kontra-Lager in Sachen Subventionen fast gleichauf – jedoch mit einer leichten Tendenz für die gezielte Ansiedlungsförderung.**
**In Sachsen ist die Tendenz noch am klarsten: Jede und jeder Zweite findet die gezielte Chip-Förderung eher richtig, weniger als vier von zehn sächsischen Befragten finden sie eher falsch.**

**In Sachsen-Anhalt liegen hingegen Befürworter und Skeptiker in Sachen Chipförderung am engsten zusammen: 46 Prozent der Befragten sind dafür, 42 Prozent sind dagegen.**
**In Thüringen sind weniger als die Hälfte der Befragten für die Chipförderung, gut vier von zehn Befragten sind dagegen.**

# Männer sind eher für spezielle Chip-Förderung als Frauen

MDR FRAGT

**Frage:** In Dresden laufen die Bauarbeiten für die Chip-Produktion deutscher Unternehmen mit dem taiwanesischen Weltmarktführer TSMC. In Magdeburg wurde eine geplante Fabrikansiedlung des US-amerikanischen Chipherstellers Intel auf Eis gelegt. Die Chip-Industrie gilt als besonders zukunftsträchtig und Europa versucht daher, diesen Industriezweig gezielt anzusiedeln. Wie finden Sie es, dass die Chip-Industrie staatlich besonders stark unterstützt wird? **(Auswertung nach Geschlecht)**

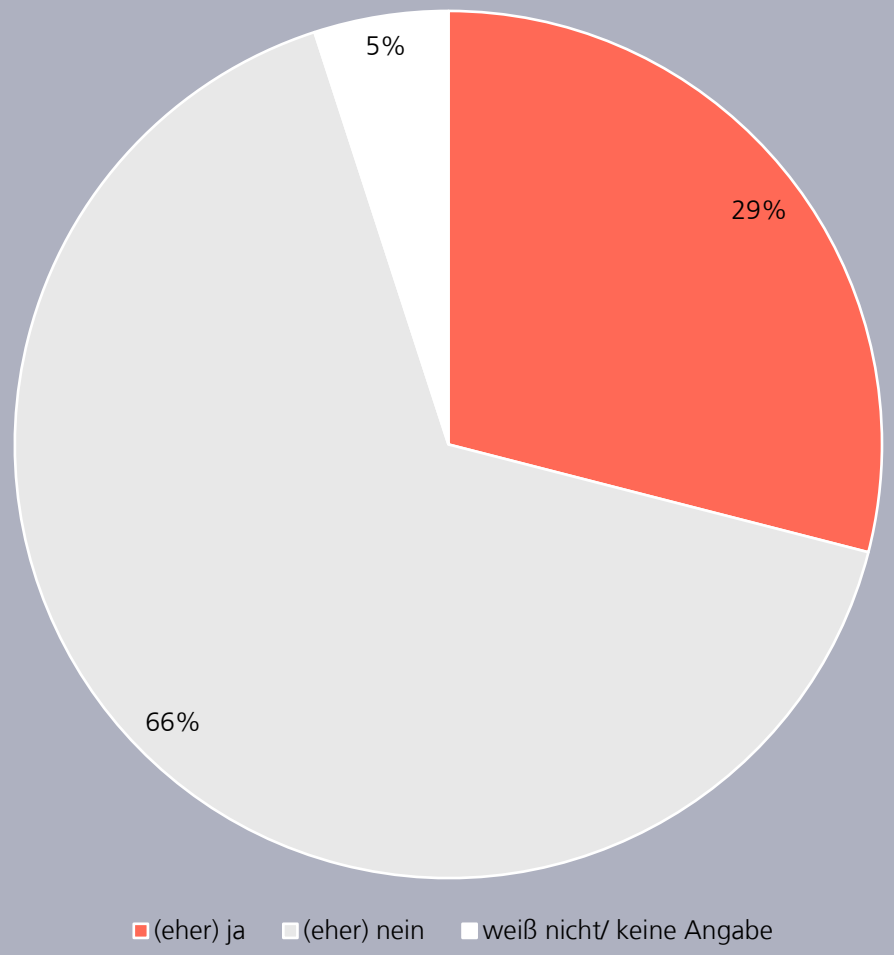



**Das MDRfragt-Stimmungsbild zeigt: Männer befürworten die spezielle Förderung der Chip-Industrie mehrheitlich, und damit stärker als Frauen.**

**Unter den weiblichen Befragten herrscht größere Uneinigkeit: 43 Prozent finden die spezialle Chip-Förderung eher gut, fast ebenso viele sind skeptisch. Und: Rund jede fünfte Befragte positioniert sich in dieser Frage nicht.**

# Knapp ein Drittel glaubt an Zukunftsfähigkeit Autoindustrie – doppelt so viele nicht

**Frage:** Glauben Sie, dass die deutsche Autoindustrie auch künftig im internationalen Wettbewerb eine führende Rolle spielen wird?

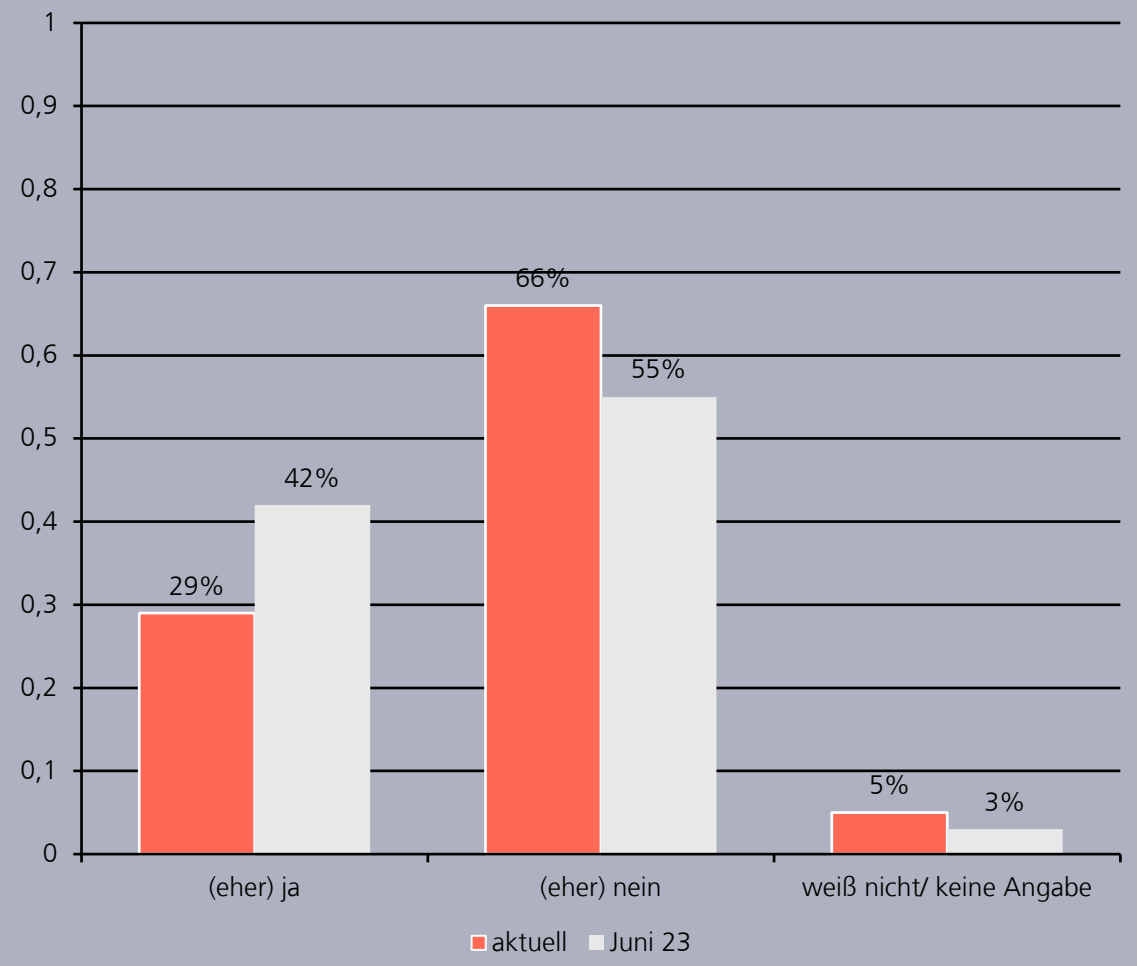



**Ein Sorgenkind der deutschen Wirtschaft ist derzeit die Automobilindustrie, die in enger Folge mit Meldungen von Personalabbau, nicht erreichten Verkaufszielen und Umsatzeinbußen von sich reden macht. Die Bundespolitik diskutiert, ob und wie diesem wichtigen Industriezweig geholfen werden kann und/oder muss.**

**Mit Blick auf die Zukunft der deutschen Autoindustrie sind die Zuversichtlichen im MDRfragt-Stimmungsbild in der Unterzahl: Knapp drei von zehn Befragten gaben an, sie glaubten daran, dass die deutsche Autoindustrie auch künftig international eine führende Rolle spielen wird. Mehr als doppelt so viele sind hingegen skeptisch, was die Zukunft der Autoindustrie angeht.**

# Langzeitvergleich: Vertrauen in Zukunftsfähigkeit deutsche Autoindustrie gesunken

**Frage:** Glauben Sie, dass die deutsche Autoindustrie auch künftig im internationalen Wettbewerb eine führende Rolle spielen wird? **(Vergleich mit MDRfragt-Ergebnissen vom 27. bis 30. Juni 2023**)




**Auch die Frage zur künftigen Rolle der deutschen Autoindustrie stellt das MDR-eigene Meinungsbarometer regelmäßig.**

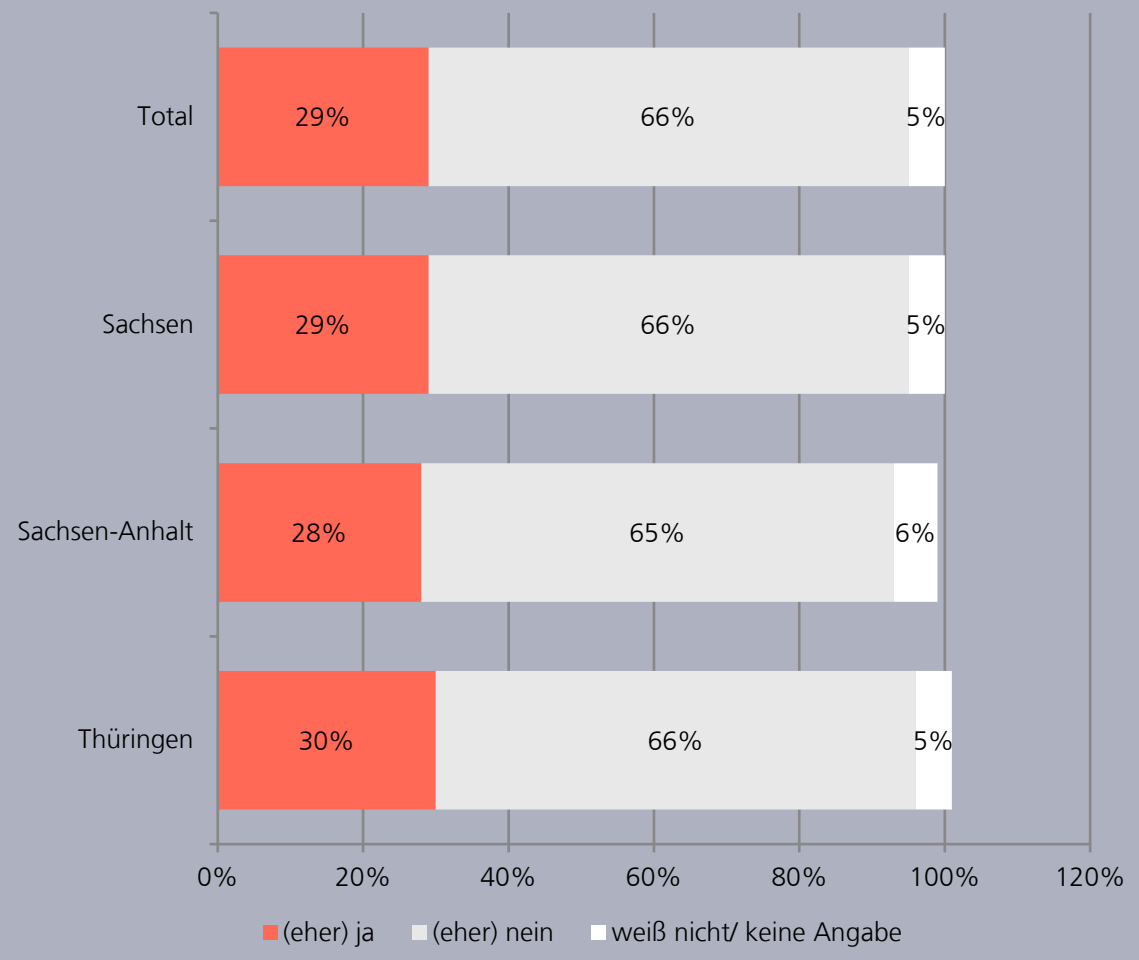
**Der Vergleich mit den Ergebnissen von vor 18 Monaten zeigt: Das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der deutschen Autoindustrie schwindet deutlich.**

**Während aktuell noch drei von zehn Befragten daran glauben, dass die deutsche Autoindustrie im internationalen Wettbewerb weiterhin vorne mitspielt, waren es im Sommer 2023 noch vier von zehn Befragten.**

**Umgekehrt zweifeln aktuell zwei Drittel der Befragten an der Zukunftsfähigkeit – vor eineinhalb Jahren waren es nur gut jede und jeder Zweite.**

# Bundesländer-Vergleich: Überall Skepsis zur Zukunft der Autoindustrie

**Frage:** Glauben Sie, dass die deutsche Autoindustrie auch künftig im internationalen Wettbewerb eine führende Rolle spielen wird? **(Auswertung nach Bundesländern)**



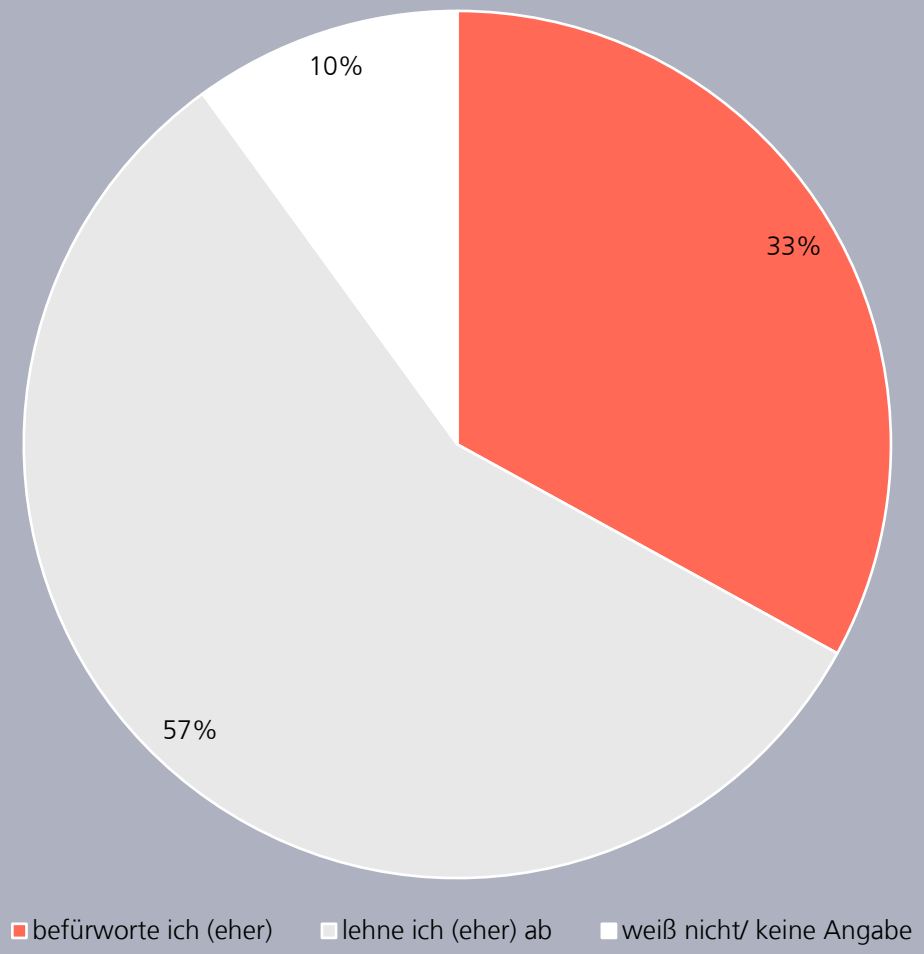

**Egal, ob es im Bundesland nur Autozulieferer gibt, oder auch Werke der Automobilhersteller: In allen drei Bundesländern des MDR-Sendegebietes gibt es im MDRfragt-Stimmungsbild Skepsis, wenn es um die Zukunft der Autoindustrie geht.**

**In Sachsen (29 Prozent), Sachsen-Anhalt (28 Prozent) und Thüringen (30 Prozent) sind jeweils nur drei von zehn Befragten eher zuversichtlich, dass die deutsche Autoindustrie auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb vorne mitspielt. Jeweils mehr als doppelt so viele Befragte glauben das eher nicht.**

# Mehr als die Hälfte gegen Kaufprämie für europäische E-Autos

MDR FRAGT

**Frage:** Was meinen Sie: Wie finden Sie es, wenn in Deutschland eine Kaufprämie für in Europa gefertigte Elektro-Autos eingeführt wird?



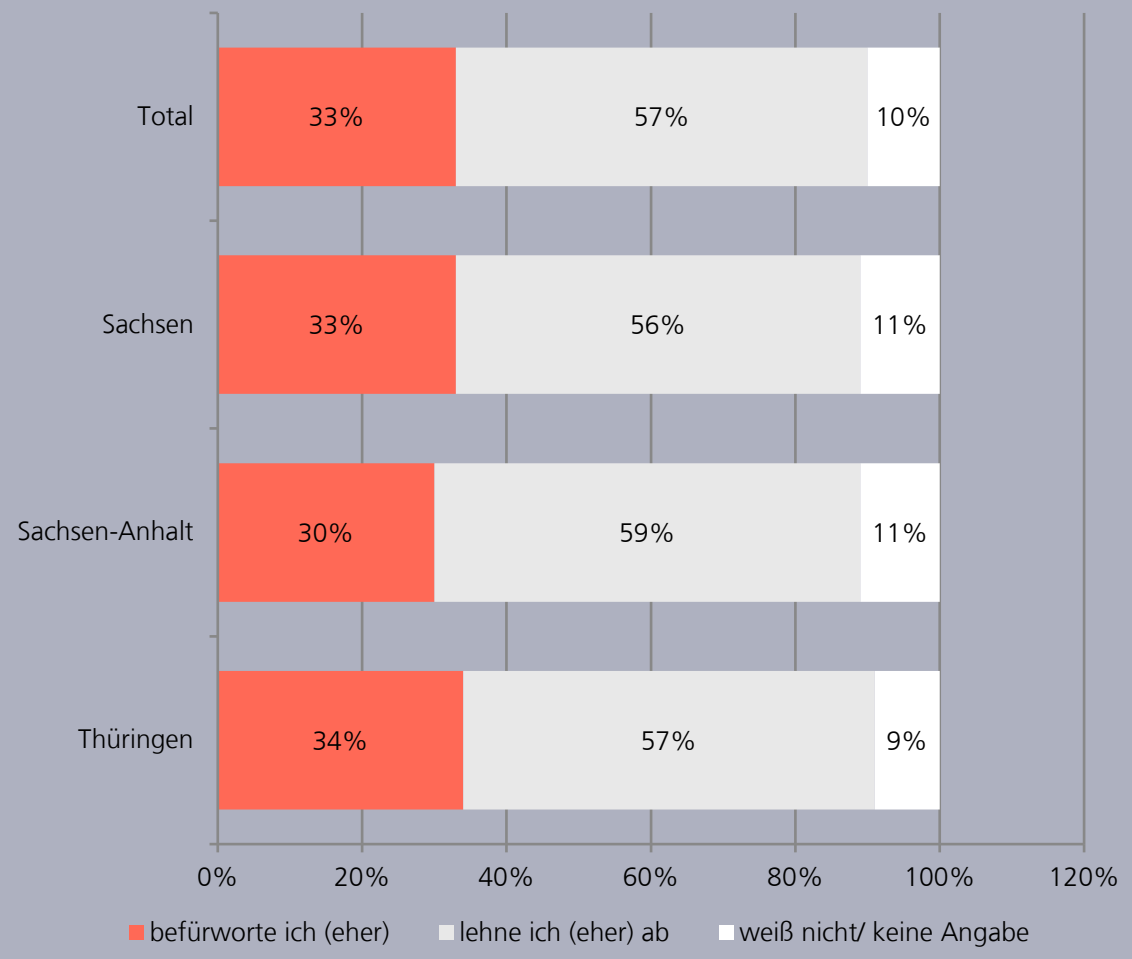

**Nochmal zurück zur staatlichen Unterstützung für die Autoindustrie. Eine Idee ist es, die Kaufprämie für Elektroautos wieder einzuführen – dieses Mal aber nur für Fahrzeuge, die in Deutschland beziehungsweise in Europa gefertigt wurden.**

**Im MDRfragt-Stimmungsbild überzeugt diese Idee nur eine Minderheit: Jede und jeder Dritte hält eine solche Kaufprämie tendenziell für eine gute Idee. Mehr als die Hälfte der Befragten lehnt eine Kaufprämie für hiesige E-Autos hingegen eher ab.**

**Jede und jeder Zehnte positioniert sich in dieser Frage nicht.**

# Bundesländer-Vergleich: Überall Skepsis in Sachen E-Auto-Kaufprämie

**Frage:** Was meinen Sie: Wie finden Sie es, wenn in Deutschland eine Kaufprämie für in Europa gefertigte Elektro-Autos eingeführt wird? **(Auswertung nach Bundesländern)**

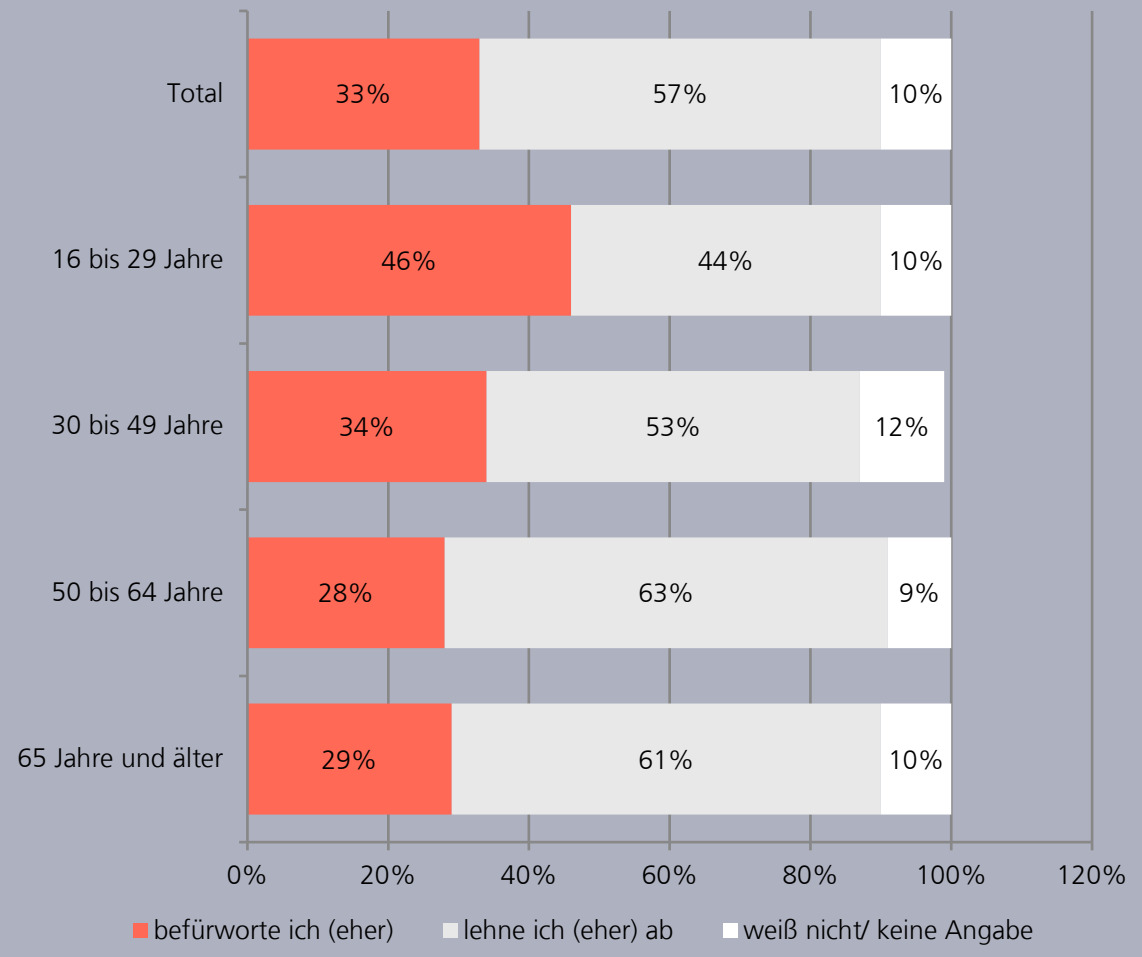



**Egal, ob man die MDRfragt-Gemeinschaft in Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen fragt: Mit Blick auf eine mögliche Kaufprämie für heimische E-Autos herrscht in allen Ländern des MDR-Sendegebietes Skepsis.**

**Das MDRfragt-Meinungsbild zeigt: In Sachsen (33 Prozent), Sachsen-Anhalt (30 Prozent) und Thüringen (34 Prozent) sind jeweils nur rund ein Drittel der Befragten eher für eine solche Kaufprämie. Jeweils mehr als die Hälfte der Befragten ist dagegen.**

# Jüngere profitieren E-Auto-Prämie eher als ältere

**Frage**: Was meinen Sie: Wie finden Sie es, wenn in Deutschland eine Kaufprämie für in Europa gefertigte Elektro-Autos eingeführt wird? **(Auswertung nach Altersgruppen)**



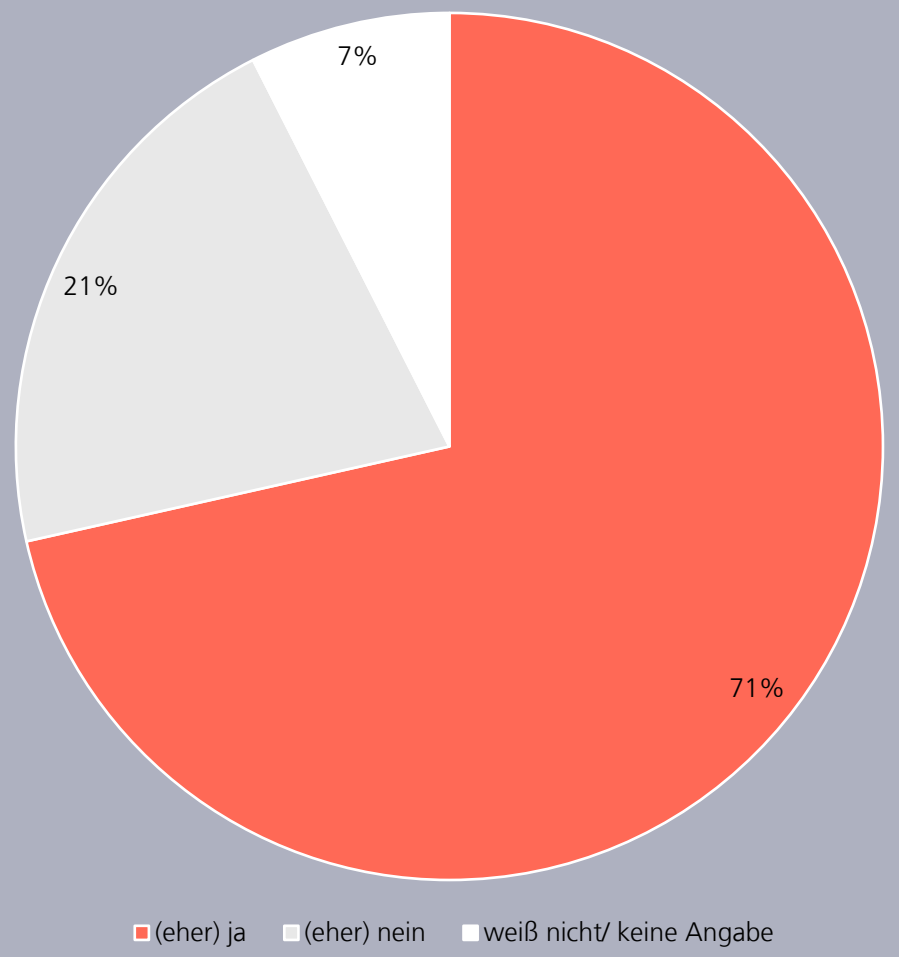

**Ein Blick in die Altersgruppen zeigt: In der MDRfragt-Gemeinschaft sind jüngere Befragte eher für eine Kaufprämie für heimische E-Autos als ältere:**

**Während bei den Unter-30-Jährigen noch fast die Hälfte der Befragten und bei den 30- bis 49-Jährigen etwas mehr als ein Drittel der Befragten für oder eher für eine Kaufprämie für E-Autos aus europäischer Produktion ist, sind es bei den Altersgruppen ab 50 Jahren jeweils weniger als drei von zehn Befragten.**

# 35 Jahre nach der Einheit: Großteil für spezielle Wirtschaft-Ost-Förderung

MDR FRAGT

**Frage**: Die ostdeutschen Bundesländer hatten nach der Deutschen Einheit mit Massenarbeitslosigkeit und Deindustrialisierung zu kämpfen. Seither wird immer wieder diskutiert, ob die ostdeutsche Wirtschaft mit besonderer Förderung und gezielten Ansiedlungen unterstützt werden sollte — oder ob eine Stärkung der Wirtschaft insgesamt ausreicht, weil davon auch die ostdeutsche Wirtschaft profitiert. Wie sehen Sie das: Sollte die Bundespolitik Ihrer Meinung nach die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur besonders fördern?




**Apropos Chip-Industrie: TSMC baut in Sachsen, Intel wollte in Sachsen-Anhalt bauen. Zahlreiche Behörden und Forschungseinrichtungen des Bundes wurden in den vergangenen Jahren gezielt in Ostdeutschland angesiedelt, um die Region zu stärken. Doch ist das 35 Jahre nach der Deutschen Einheit weiterhin nötig?**

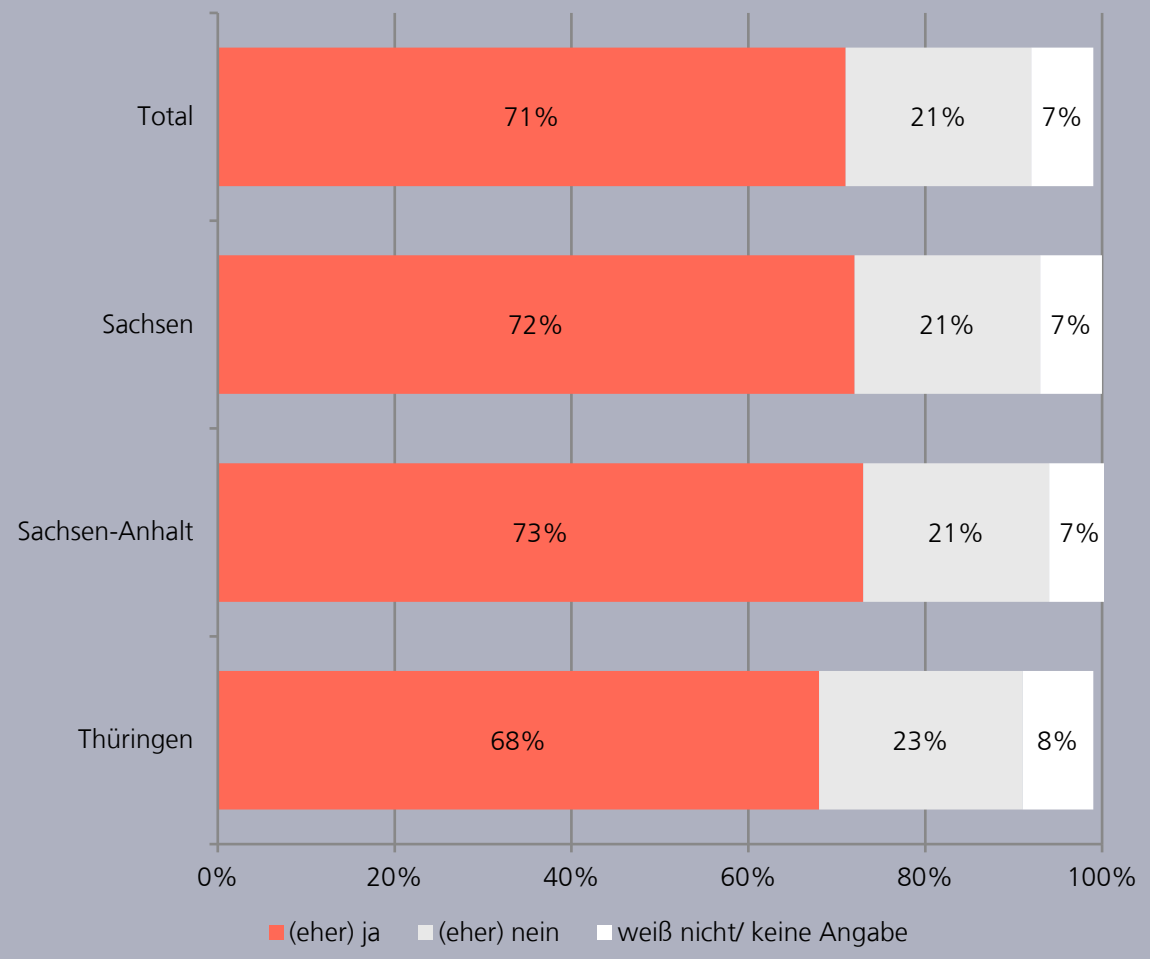
**Sollte die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur speziell gefördert werden, oder kommt eine allgemeine wirtschaftsfreundliche Politik auch ausreichend den Betrieben in Ostdeutschland zugute?**

**In dieser Frage ist der Ausschlag des Meinungsbarometers eindeutig: Gut sieben von zehn Befragten finden, die Bundespolitik sollte die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur besonders fördern. Nur zwei von zehn Befragten sehen das nicht so.**

# Bundesländer-Vergleich: Überall großer Zuspruch für Ost-Förderung

MDR FRAGT

**Frage:** Die ostdeutschen Bundesländer hatten nach der Deutschen Einheit mit Massenarbeitslosigkeit und Deindustrialisierung zu kämpfen. Seither wird immer wieder diskutiert, ob die ostdeutsche Wirtschaft mit besonderer Förderung und gezielten Ansiedlungen unterstützt werden sollte — oder ob eine Stärkung der Wirtschaft insgesamt ausreicht, weil davon auch die ostdeutsche Wirtschaft profitiert. Wie sehen Sie das: Sollte die Bundespolitik Ihrer Meinung nach die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur besonders fördern? **(Auswertung nach Bundesländern)**



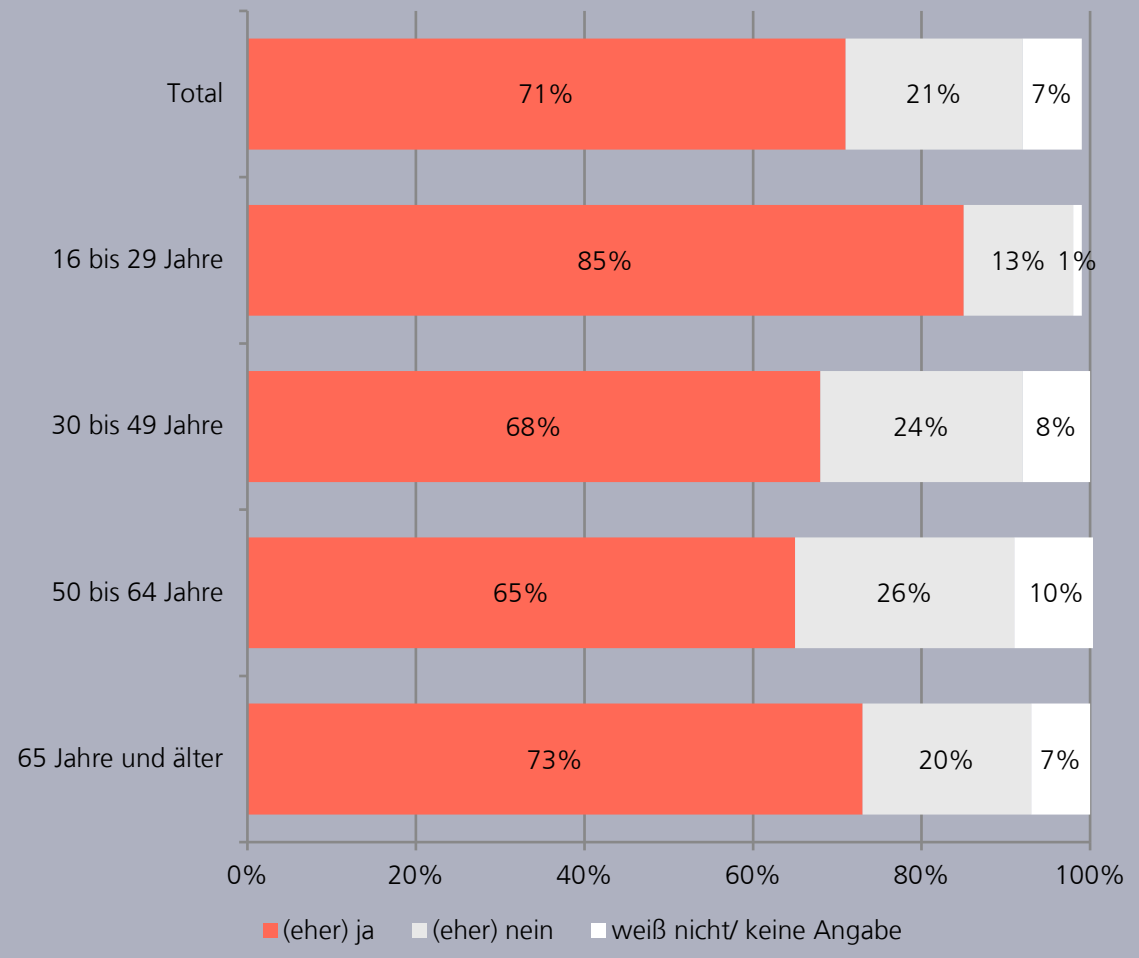

**Das MDRfragt-Meinungsbild zeigt in der Frage zur gezielten Ost-Förderung keine besonderen Unterschiede zwischen den Bundesländern.**

**In Sachsen (72 Prozent), Sachsen-Anhalt (73 Prozent) und Thüringen (68 Prozent) sagen jeweils rund 7 von 10 Befragten, sie finden eine gezielte Förderung der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur richtig oder eher richtig. Auch wenn der Zuspruch in Sachsen-Anhalt etwas größer ist als in Thüringen.**

# Jüngste und älteste Befragte besonders für Ost-Förderung

MDR FRAGT

**Frage**: Die ostdeutschen Bundesländer hatten nach der Deutschen Einheit mit Massenarbeitslosigkeit und Deindustrialisierung zu kämpfen. Seither wird immer wieder diskutiert, ob die ostdeutsche Wirtschaft mit besonderer Förderung und gezielten Ansiedlungen unterstützt werden sollte — oder ob eine Stärkung der Wirtschaft insgesamt ausreicht, weil davon auch die ostdeutsche Wirtschaft profitiert. Wie sehen Sie das: Sollte die Bundespolitik Ihrer Meinung nach die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur besonders fördern? **(Auswertung nach Altersgruppen)**

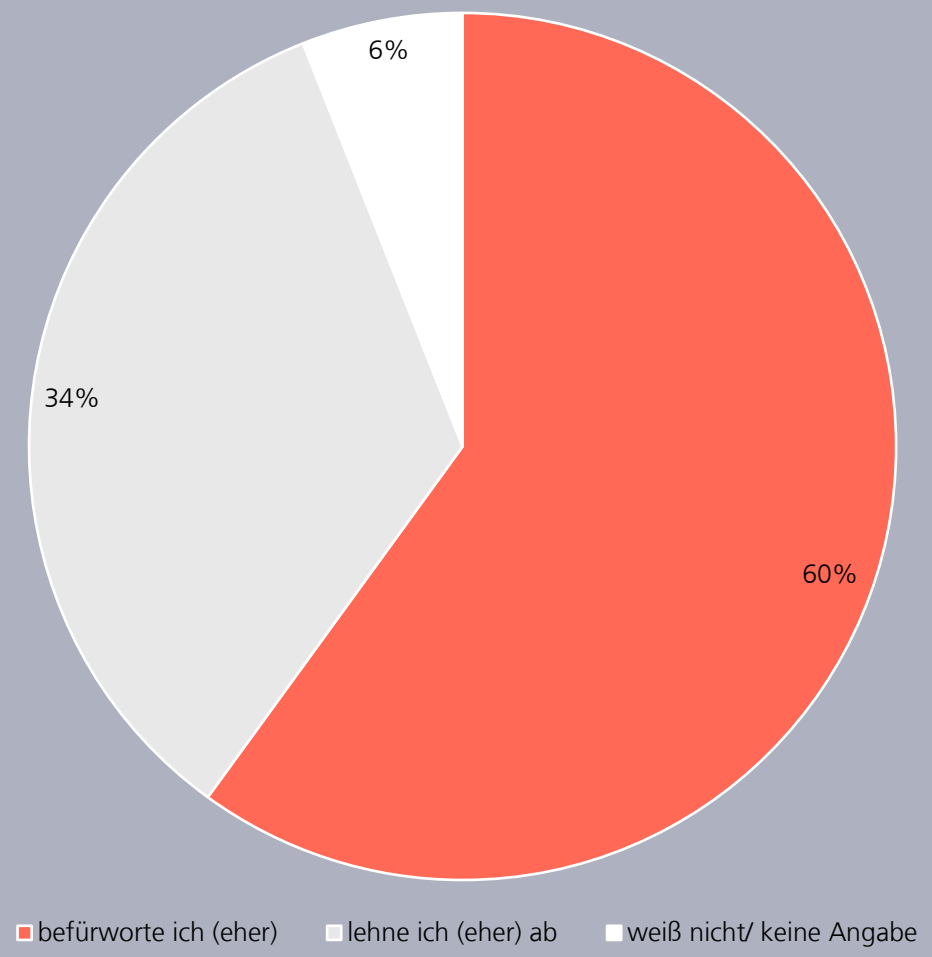



**Mit Blick auf die Altersgruppen zeigt sich: In der jüngsten und der ältesten Altersgruppe ist der Anteil derjenigen, die für eine spezielle Förderung der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur sind, besonders hoch. Bei den Unter-30-Jährigen sind mehr als 8 von zehn Befragten für oder eher für eine solche staatliche Unterstützung. Bei den Über-65-Jährigen sind es mehr als 7 von 10 Befragten.**

**In den mittleren Altersgruppen sind jeweils gut zwei Drittel für oder eher für die besondere Ost-Förderung.**

# Zwei Drittel finden Ost-Beauftragten wichtig

**Frage**: Was halten Sie davon, dass es einen Ostbeauftragten der Bundesregierung gibt, der sich für die ostdeutschen Interessen einsetzen soll?




**Bei der MDRfragt-Gemeinschaft kommt nicht nur eine gezielte Förderung für die ostdeutsche Wirtschaft überwiegend gut an: Auch das Amt des Ostbeauftragten erfreut sich auch 35 Jahre nach der Deutschen Einheit noch überwiegender Sympathie.**

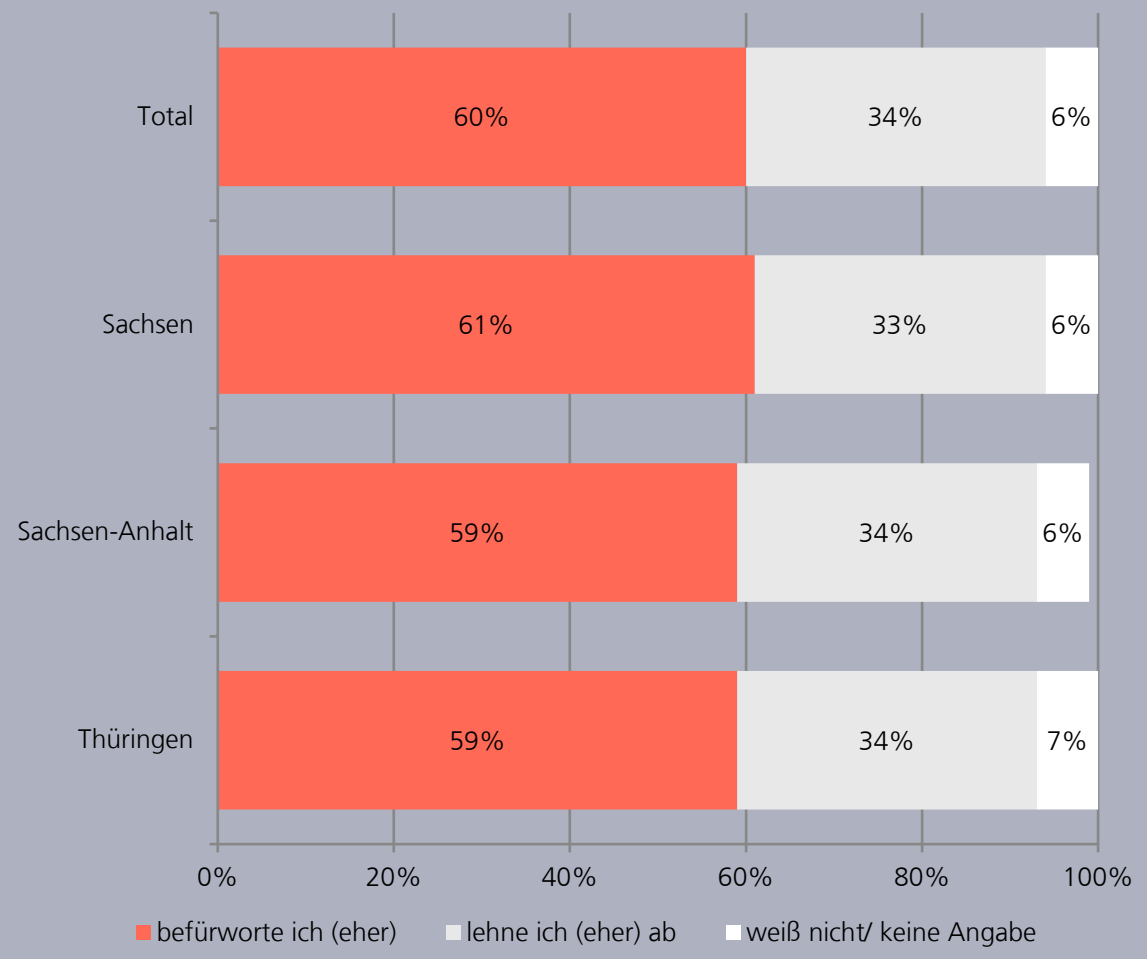
**Konkret gaben sechs von zehn Befragten an, sie fänden es gut, dass es einen Ostbeauftragten in der Bundesregierung gibt, der sich für ostdeutsche Interessen einsetzen soll. Der Anteil derjenigen, die gegen eine solche Position sind, ist halb so groß.**

**Langzeitvergleich**: Diese Frage hat MDRfragt vor fast zwei Jahren schon einmal gestellt. Dabei zeigt sich, dass die MDRfragt-Gemeinschaft in ihrer Sicht auf das Amt eines Ostbeauftragten sehr stabil ist. Als wir die gleiche Frage vor rund zwei Jahren (10. bis 13.März 2023) gestellt haben, gaben ebenfalls sechs von zehn Befragten (60 Prozent) an, für oder eher dafür zu sein, dass ein Ostbeauftragter in der Bundesregierung explizit die ostdeutschen Interessen vertritt. Ein Drittel (33 Prozent) der Befragten war auch damals schon gegen oder eher gegen dieses Amt.

# Bundesländer-Vergleich: Einig für Ost-Beauftragten

MDR FRAGT

Frage: Was halten Sie davon, dass es einen Ostbeauftragten der Bundesregierung gibt, der sich für die ostdeutschen Interessen einsetzen soll? **(Auswertung nach Bundesländern)**



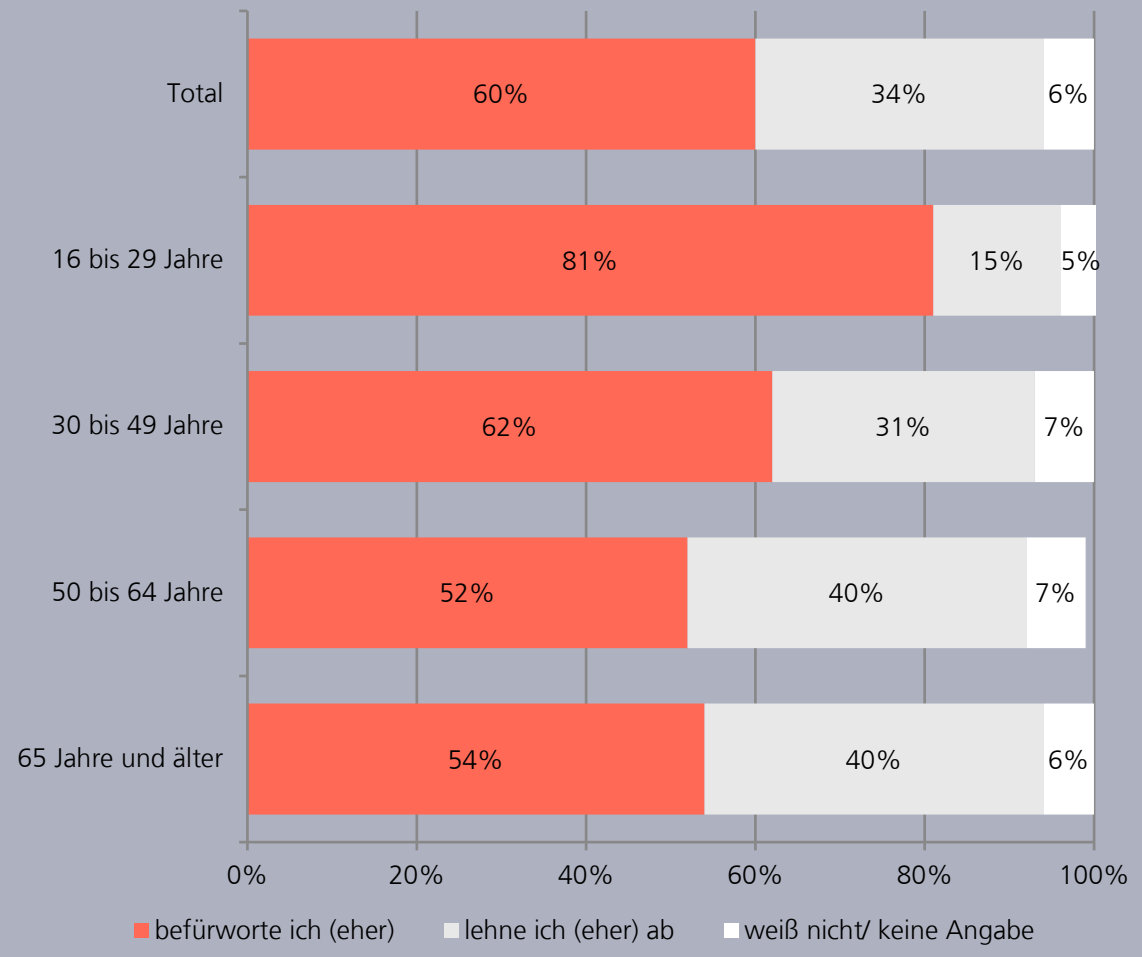

**Sollte es in der Bundesregierung einen Ost-Beauftragten geben oder nicht?**

**Im MDRfragt-Stimmungsbild sind sich die Befragten der drei Bundesländer einig: Jeweils rund 6 von 10 Befragten in Sachsen (61 Prozent), Sachsen-Anhalt (59 Prozent) und Thüringen (59 Prozent) halten das für eine gute Idee.**

# Jüngere Befragte öfter für Ost-Beauftragten

MDR FRAGT

**Frage:** Was halten Sie davon, dass es einen Ostbeauftragten der Bundesregierung gibt, der sich für die ostdeutschen Interessen einsetzen soll? **(Auswertung nach Altersgruppen)**

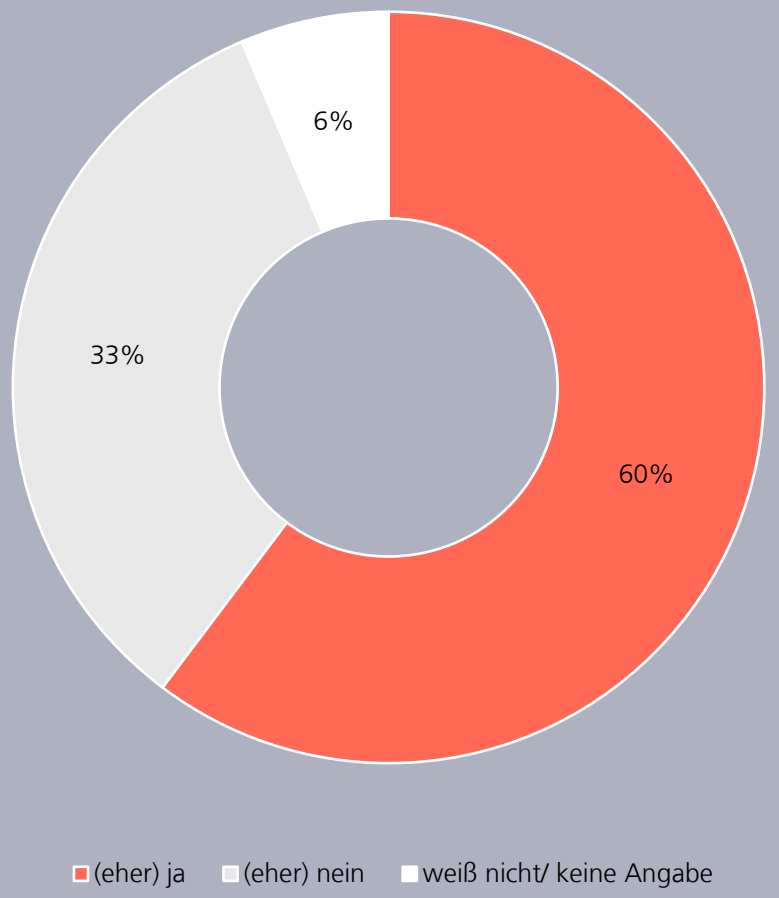



**Im MDRfragt-Stimmungsbild zeigt sich ein Trend, je nachdem, wie alt die Befragten sind: Jüngere Befragte sind tendenziell häufiger für einen Ostbeauftragten in der Bundesregierung als ältere Befragte.**

**Zum Vergleich: Bei den Unter-30-Jährigen sind vier von fünf Befragte für oder eher für einen Ostbeauftragten. Bei den Über-65-Jährigen ist es noch etwas mehr als die Hälfte der Befragten.**

# Sechs von zehn Befragten für höheren Mindestlohn

**Frage:** Kommen wir jetzt nochmal weg von den Unternehmen und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, hin zu den Beschäftigten. Wie sehen Sie das: Sollte der gesetzliche Mindestlohn (aktuell 12,82 Euro pro Stunde) Ihrer Meinung nach weiter angehoben werden?




**Eine Frage, die auch in jedem Wahlkampf von Kandidatinnen und Kandidaten gestellt wird ist: Was ist die richtige Höhe für den gesetzlichen Mindestlohn? Aktuell gibt es mehrere Parteien, die einen deutlich höheren Mindestlohn fordern.**

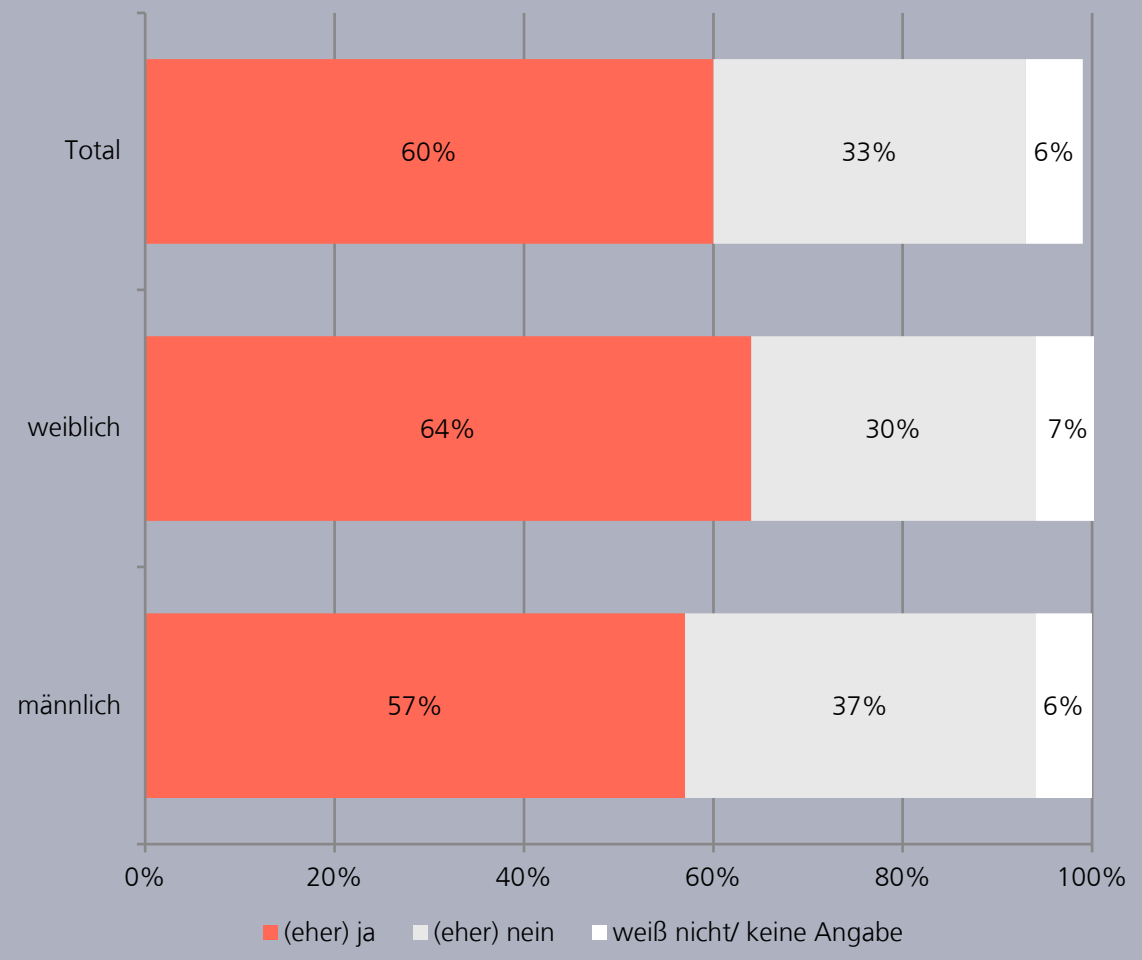
**Im MDRfragt-Stimmungsbild trifft diese Forderung mehrheitlich auf Zustimmung. Sechs von zehn Befragte sind dafür, dass der gesetzliche Mindestlohn weiter angehoben wird. Nur ein etwa halb so großer Anteil der Befragten, konkret drei von zehn, sind gegen eine weitere Anhebung.**

**Langzeitvergleich:** Auch in dieser Frage ist die MDRfragt-Gemeinschaft stabil. Während der gesetzliche Mindestlohn angehoben wurde, seit wir bei MDRfragt diese Frage zuletzt gestellt haben (11. bis 14. August 2023), ist das MDRfragt-Stimmungsbild unverändert.

Auch vor eineinhalb Jahren gaben sechs von zehn Befragten (60 Prozent) an, für oder eher für eine weitere Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns zu sein. Ein Drittel der Befragten war hingegen dagegen oder eher dagegen (33 Prozent).

# Frauen sind etwas häufiger für höheren Mindestlohn

**Frage:** Kommen wir jetzt nochmal weg von den Unternehmen und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, hin zu den Beschäftigten. Wie sehen Sie das: Sollte der gesetzliche Mindestlohn (aktuell 12,82 Euro pro Stunde) Ihrer Meinung nach weiter angehoben werden? **(Auswertung nach Geschlecht)**



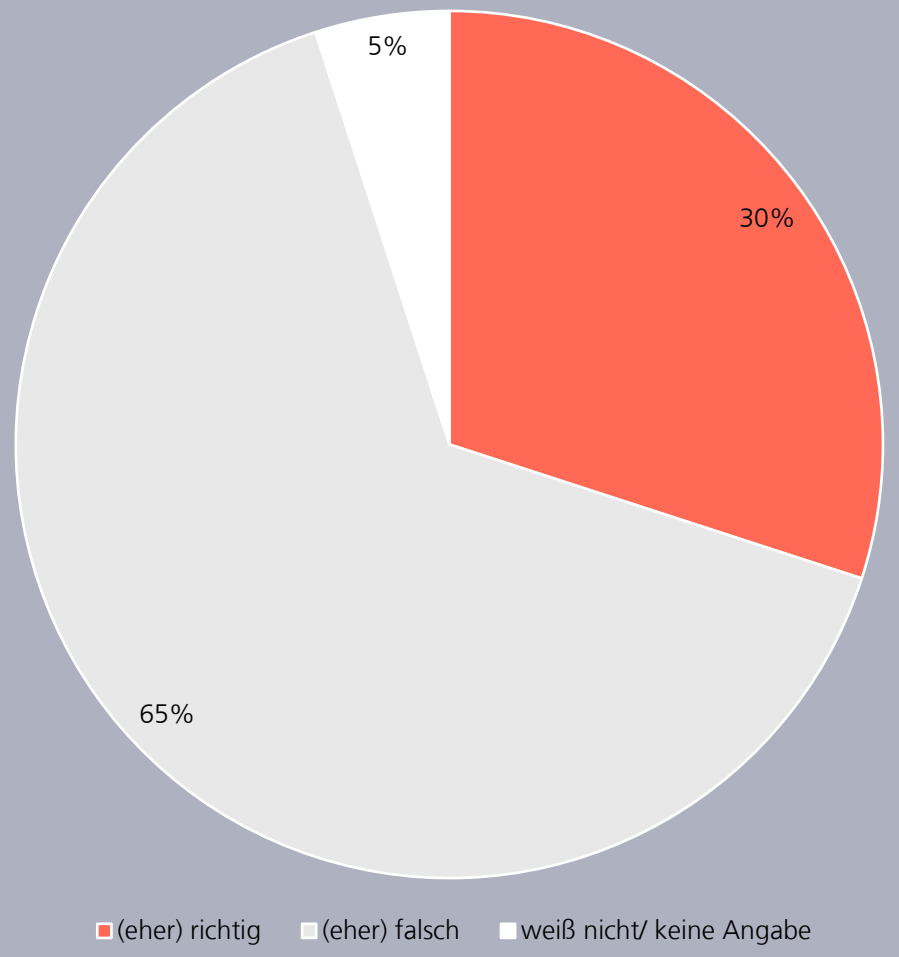

**Sollte der gesetzliche Mindestlohn weiter steigen?**

**Was diese Frage betrifft, sind die weiblichen Befragten (64 Prozent) im MDRfragt-Meinungsbarometer etwas häufiger für einen höheren Mindestlohn als die Männer (57 Prozent) in der MDRfragt-Gemeinschaft.**

# „Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt“ – Ein Drittel für mehr Arbeit für die Wirtschaft

MDR FRAGT

**Frage:** In den vergangenen Monaten gab es viele Debatten darüber, ob in Deutschland insgesamt zu wenig Arbeitsstunden abgeleistet werden im internationalen Vergleich. Deswegen kommt von verschiedenen Seiten immer wieder die Forderung, Arbeit sollte attraktiver werden und die deutschen Beschäftigten sollten mehr arbeiten, um die Wirtschaft anzukurbeln. Wie finden Sie den Ansatz, dass die Erwerbstätigen in Deutschland mehr arbeiten sollen, um die Wirtschaft anzukurbeln?

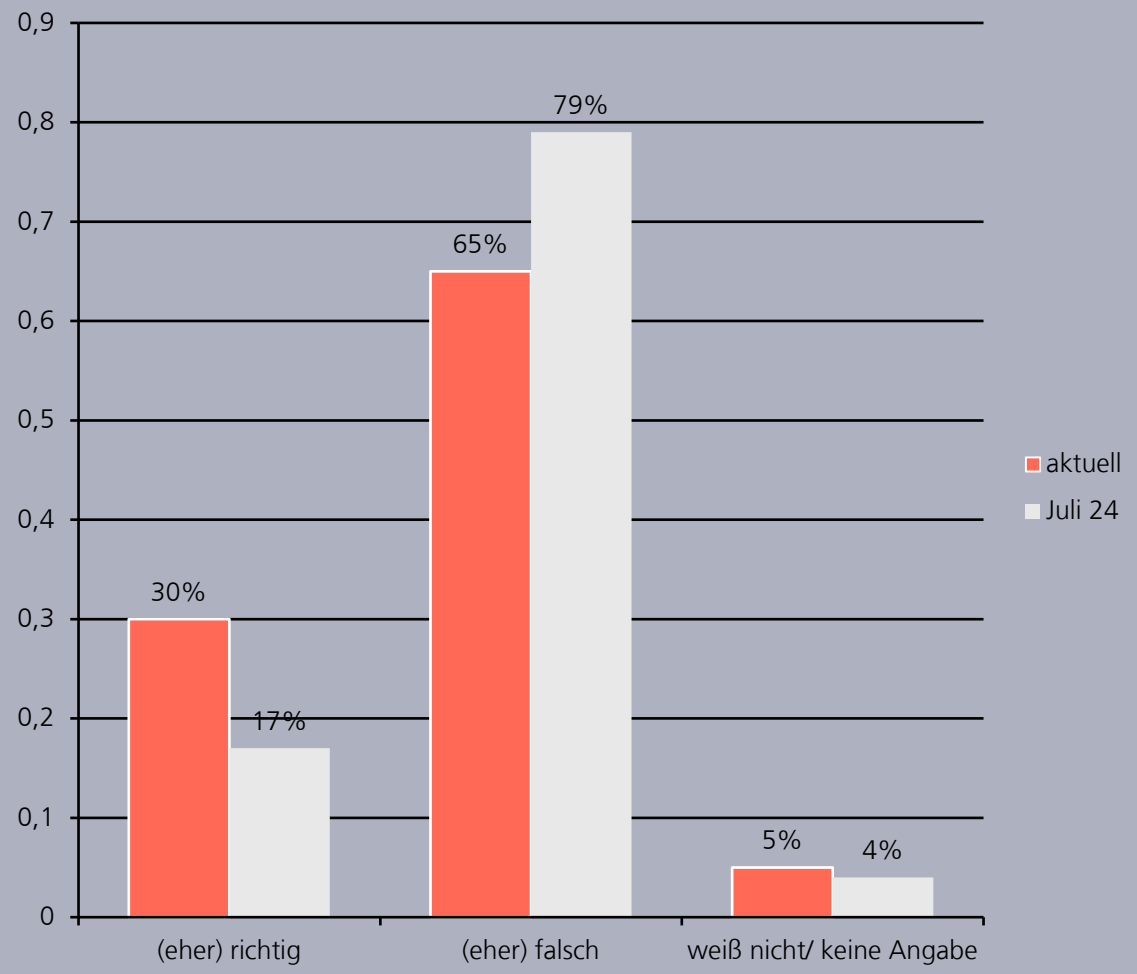



**In den vergangenen Wochen und Monaten kam immer mal wieder und von verschiedenen Seiten die Diskussion auf, ob die Deutschen trotz Rekordbeschäftigung zu wenig Arbeitsstunden leisten – oder anders gesagt: Ob die deutschen Beschäftigten mehr arbeiten sollten, um die Wirtschaft anzukurbeln.**

**Bei MDRfragt findet jede und jeder Dritte: Das ist ein guter Ansatz. Zwei Drittel der Befragten halten das hingegen für keine überzeugende Idee.**

# Zuspruch zu Mehrarbeit für Wirtschaft deutlich gestiegen

**Frage:** Wie finden Sie den Ansatz, dass die Erwerbstätigen in Deutschland mehr arbeiten sollen, um die Wirtschaft anzukurbeln? **(Vergleich zu MDRfragt-Ergebnissen im Juli 2024)**



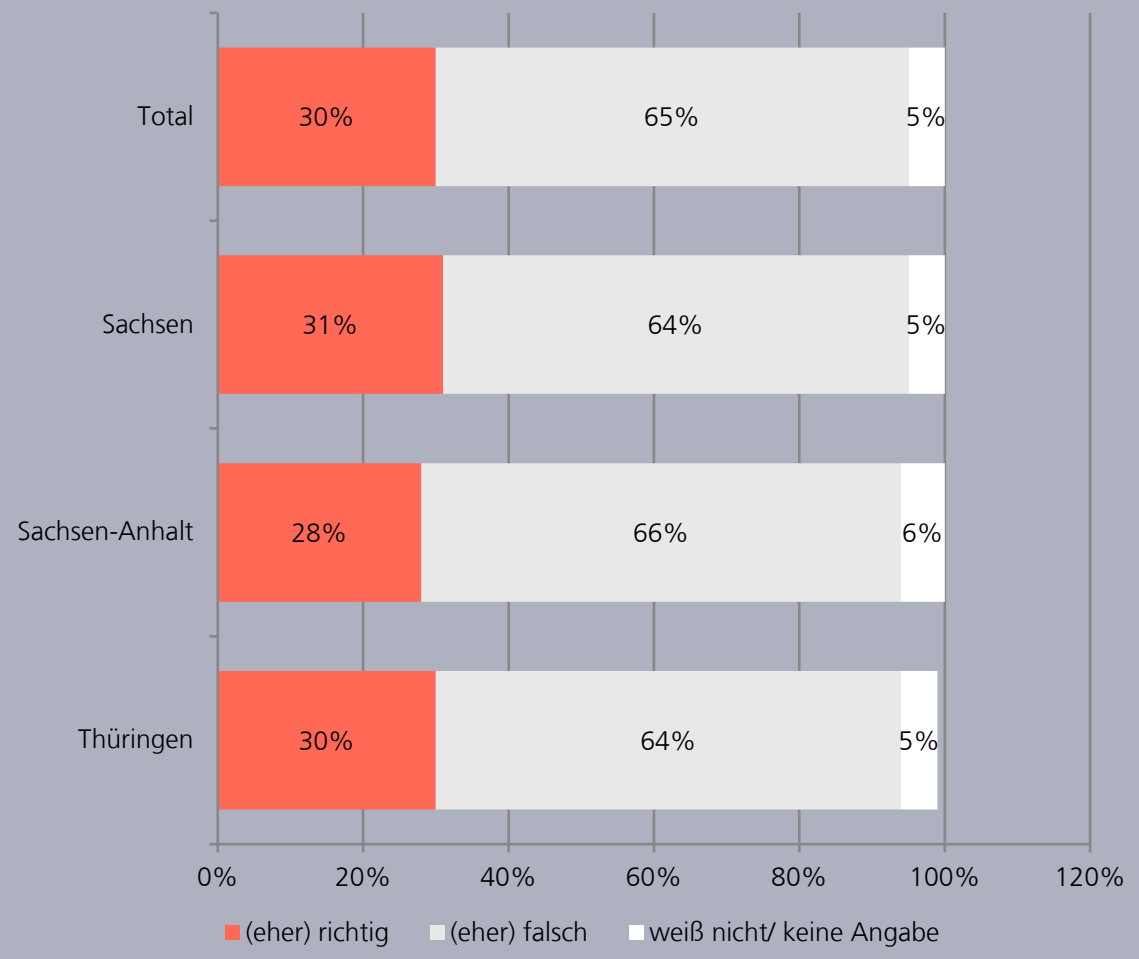

**Auch wenn das aktuelle MDRfragt-Stimmungsbild klar gegen die Idee „mehr Arbeiten für die Wirtschaft“ ausschlägt, ist der Ansatz beliebter als noch vor einem halben Jahr.**

**Im Juli 2024 sagten nur 17 Prozent der Befragten, und damit etwa halb so viele wie jetzt, dass sie es richtig finden, wenn die Erwerbstätigen mehr arbeiten, um die Wirtschaft anzukurbeln.**

**Umgekehrt ist das Lager der Gegnerinnen und Gegner kleiner geworden: Während im Sommer 2024 noch vier von fünf Befragten dagegen waren, dass Beschäftigte mehr arbeiten, um die Wirtschaft anzukurbeln, sind es jetzt nur noch gut drei von fünf Befragten.**

# Bundesländer-Vergleich: Wenig Zuspruch für Mehrarbeit fürs BIP

**Frage:** In den vergangenen Monaten gab es viele Debatten darüber, ob in Deutschland insgesamt zu wenig Arbeitsstunden abgeleistet werden im internationalen Vergleich. Deswegen kommt von verschiedenen Seiten immer wieder die Forderung, Arbeit sollte attraktiver werden und die deutschen Beschäftigten sollten mehr arbeiten, um die Wirtschaft anzukurbeln. Wie finden Sie den Ansatz, dass die Erwerbstätigen in Deutschland mehr arbeiten sollen, um die Wirtschaft anzukurbeln? **(Auswertung nach Bundesländern)**




**Mehr schuften für's Bruttoinlandsprodukt? Das trifft in den drei Bundesländern des MDR-Sendegebietes auf wenig Gegenliebe:**

**Konkret geben im MDRfragt-Meinungsbild doppelt so viele Befragte (64 Prozent) an, sie seien gegen mehr Arbeit für mehr Wirtschaftswachstum – als es Befragte gab, die dafür sind (31 Prozent).**

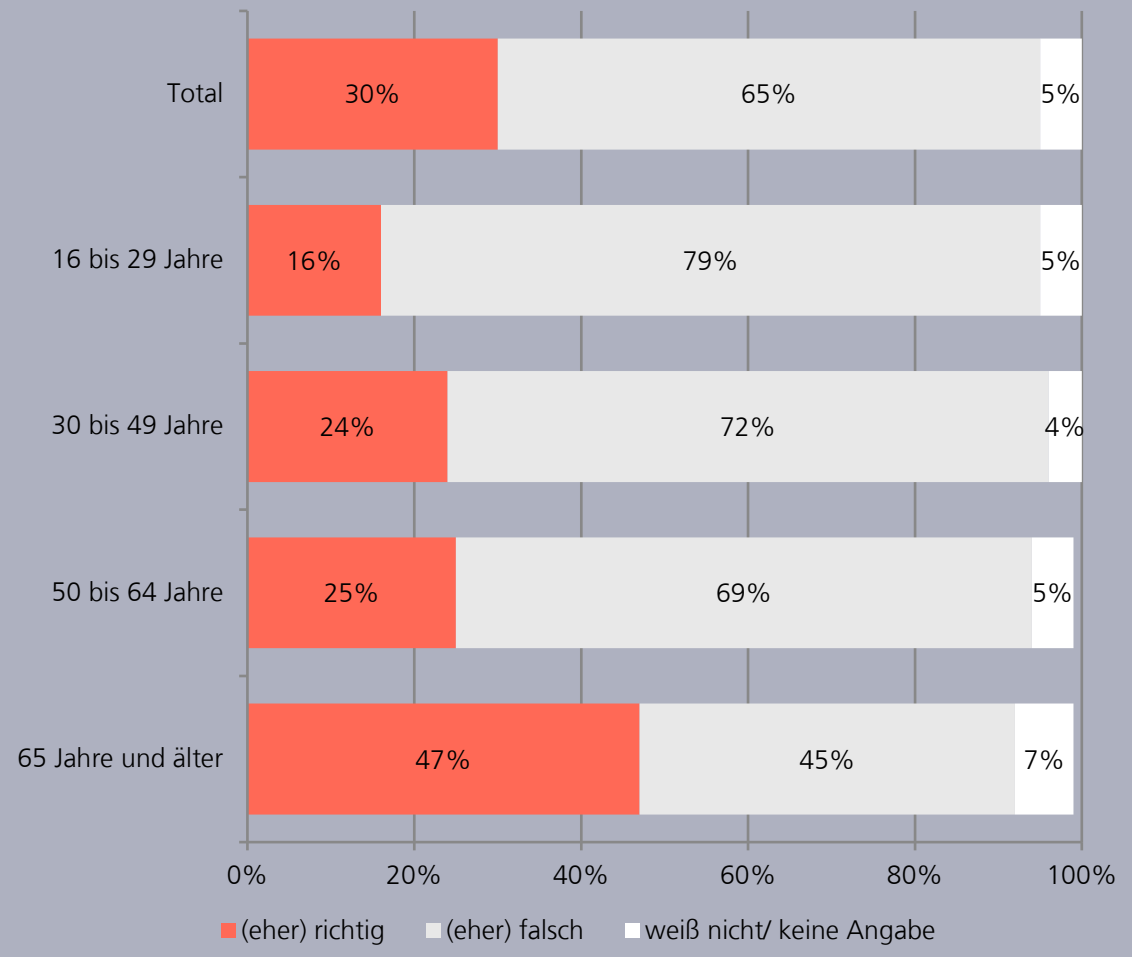
**Auch in Sachsen-Anhalt gibt es mehr als doppelt so viele Gegner von Mehrarbeit fürs Wirtschaftswachstum (66 Prozent) als es Befürworterinnen und Befürworter gibt (28 Prozent).**

**Das MDRfragt-Meinungsbild aus Thüringen zeigt: Auf zwei Gegnerinnen und Gegner von mehr Arbeiten für den Wirtschaftsaufschwung kommt eine Befürworterin beziehungsweise ein Befürworter.**

# Je älter die Befragten sind, desto eher finden sie Mehrarbeit fürs BIP gut

MDR FRAGT

**Frage:** In den vergangenen Monaten gab es viele Debatten darüber, ob in Deutschland insgesamt zu wenig Arbeitsstunden abgeleistet werden im internationalen Vergleich. Deswegen kommt von verschiedenen Seiten immer wieder die Forderung, Arbeit sollte attraktiver werden und die deutschen Beschäftigten sollten mehr arbeiten, um die Wirtschaft anzukurbeln. Wie finden Sie den Ansatz, dass die Erwerbstätigen in Deutschland mehr arbeiten sollen, um die Wirtschaft anzukurbeln? **(Auswertung nach Altersgruppen)**




**Bei der Frage, ob die Beschäftigten einfach mehr arbeiten sollten, um die Wirtschaft anzukurbeln, zeigt das MDRfragt-Stimmungsbild: Je mehr Lebensarbeitszeit die Befragten rechnerisch noch vor sich haben, desto stärker sind sie dagegen.**

**Bei den Unter-30-Jährigen hält es weniger als ein Fünftel der Befragten für richtig, dass die Beschäftigten für das Wirtschaftswachstum mehr arbeiten sollten.**

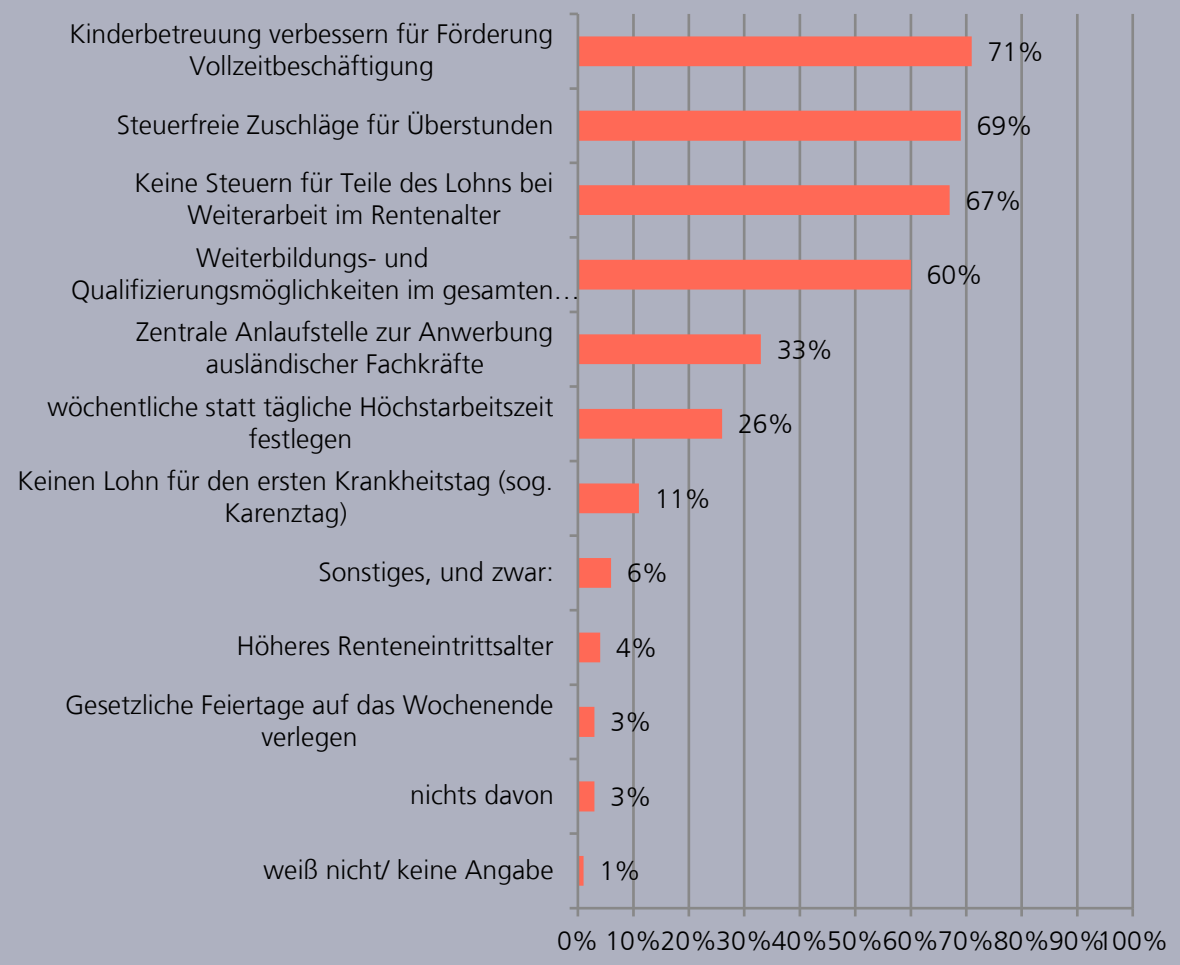
**Bei den 30- bis 49-Jährigen sowie den 50- bis 64-Jährigen findet ein Viertel der Befragten die Idee richtig, Beschäftigte sollten mehr arbeiten, um die Wirtschaft anzukurbeln.**

**Bei den Über-65-Jährigen ist rund jede und jeder Zweite dafür, dass Beschäftigte mehr arbeiten, um die Wirtschaft anzukurbeln.**

# Work-Life-Balance und bezahlte Überstundenzuschläge überzeugen – Karenztage und höheres Rentenalter nicht

MDR FRAGT

**Frage:** Derzeit werden verschiedene Ideen diskutiert, wie die Wirtschaft angekurbelt werden könnte. Viele betreffen aktuelle Regeln für Beschäftigte. Welche der folgenden Maßnahmen finden Sie sinnvoll? Sie können alles auswählen, das aus Ihrer Sicht passt.




**Doch wenn man noch einmal genauer hinschaut: Was könnten denn Maßnahmen sein, die dazu führen, dass Beschäftigte (gern) mehr arbeiten?**

**Im MDRfragt-Stimmungsbild liegen vor allem drei Vorschläge vorn, die zum Teil auch im Bundestagswahlkampf von Parteien gefordert werden.**

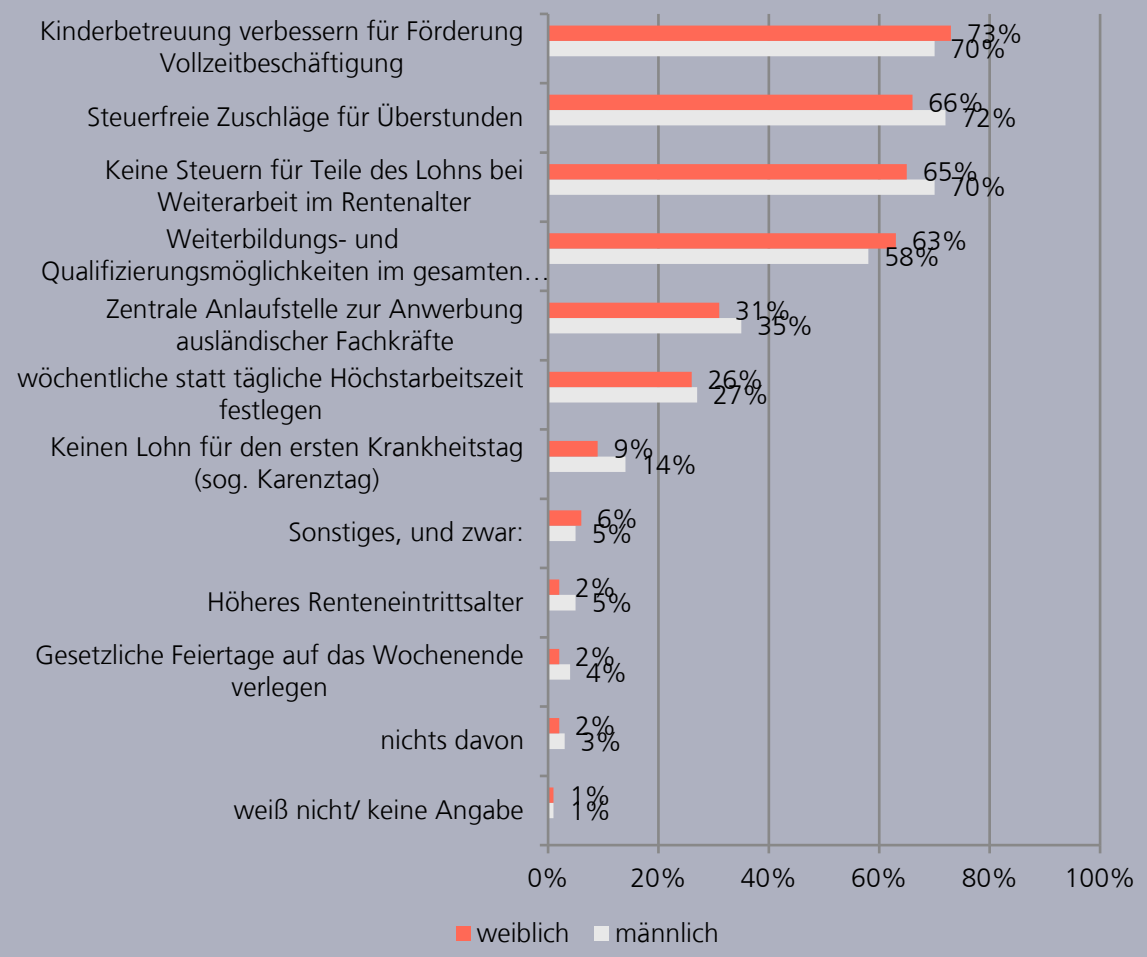
**Ganz vorn: Die Kinderbetreuungsangebote so verbessern, dass für alle Elternteile Vollzeitbeschäftigung möglich wäre. Auch steuerfreie Zuschläge für Überstunden und Steuerfreibeträge für Löhne, wenn Rentnerinnen und Rentner weiter arbeiten, werden mit großer Mehrheit als sinnvoll erachtet.**

**Auf wenig Zuspruch treffen hingegen die Vorschläge, das Renteneintrittsalter von aktuell 67 Jahren weiter zu erhöhen oder einige gesetzliche Feiertage auf das Wochenende zu verlegen. Auch die zuletzt hitzig diskutierte Idee, für den ersten Krankheitstag sollten Beschäftigte keinen Lohn bekommen, findet wenig Befürworterinnen und Befürworter.**

# Leicht unterschiedliche Präferenzen zwischen den Geschlechtern

MDR FRAGT

**Frage:** Derzeit werden verschiedene Ideen diskutiert, wie die Wirtschaft angekurbelt werden könnte. Viele betreffen aktuelle Regeln für Beschäftigte. Welche der folgenden Maßnahmen finden Sie sinnvoll? Sie können alles auswählen, das aus Ihrer Sicht passt. **(Auswertung nach Geschlecht)**




**Bei der Frage, welche Maßnahmen sinnvoll sein könnten, damit Beschäftigte mehr arbeiten (können), gibt es leicht unterschiedliche Präferenzen zwischen Männern und Frauen:**

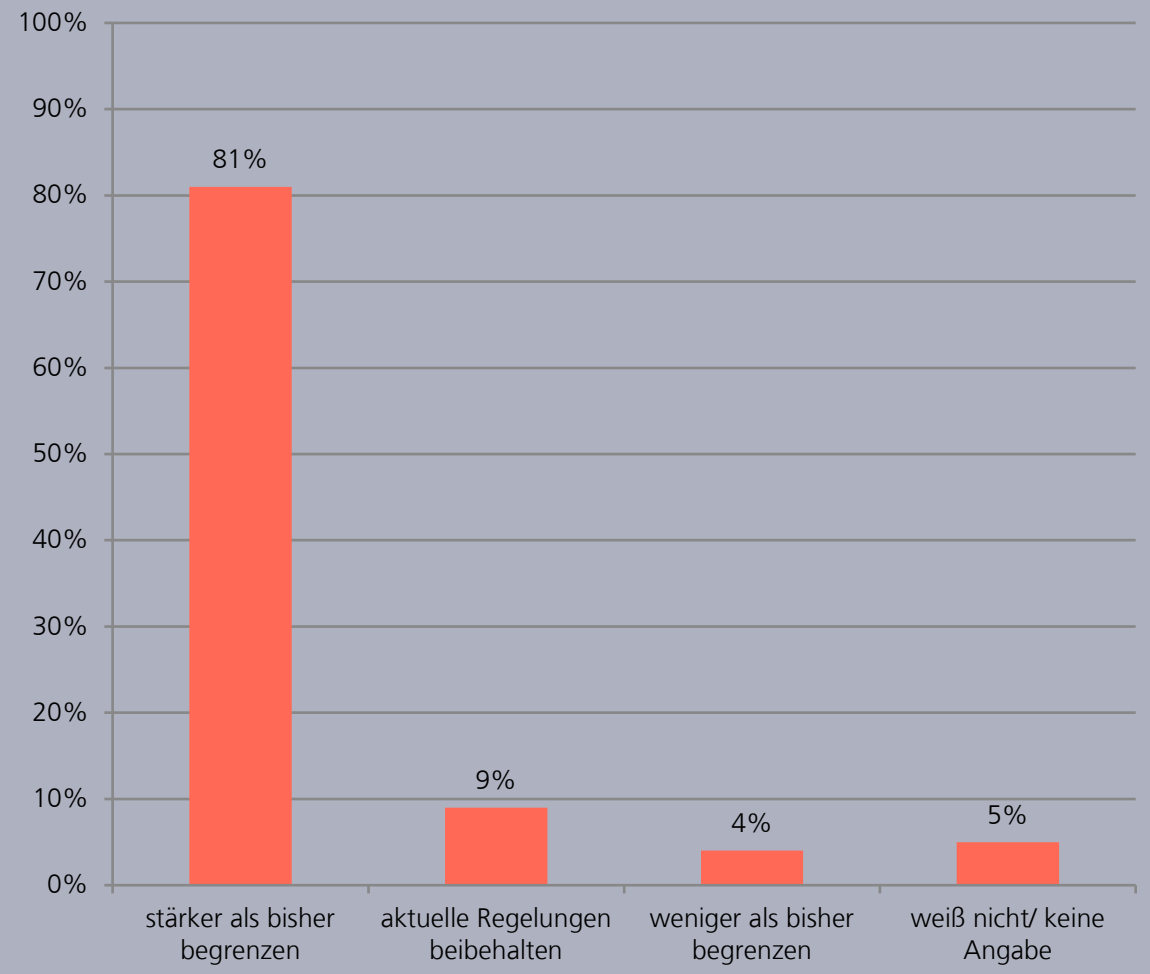
**Frauen in der MDRfragt-Gemeinschaft votieren am häufigsten für eine verbesserte Kinderbetreuung (73 Prozent), gefolgt von steuerfreien Zuschlägen für Überstunden (66 Prozent) sowie höheren Steuerfreibeträgen für Arbeit im Rentenalter (65 Prozent) und mehr Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten in der gesamten Berufslaufbahn (63 Prozent).**

**Bei den männlichen Befragten liegen die steuerfreien Zuschläge für Überstunden vorn (72 Prozent), gefolgt von höheren Steuerfreibeträgen für Arbeit im Rentenalter (70 Prozent) und der verbesserten Kinderbetreuung (auch 70 Prozent). Mit größerem Abstand als bei den Frauen folgen dann die besseren Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten im gesamten Berufsleben (58 Prozent)**

# Schwerpunkt Migration

# Sehr hoher Zuspruch für stärkere Begrenzung Asyl-Zuzüge

**Frage:** Mit Blick auf die bisherige Vorgehensweise: Wie sollte die Europäische Union die Zahl der Asylsuchenden künftig steuern?

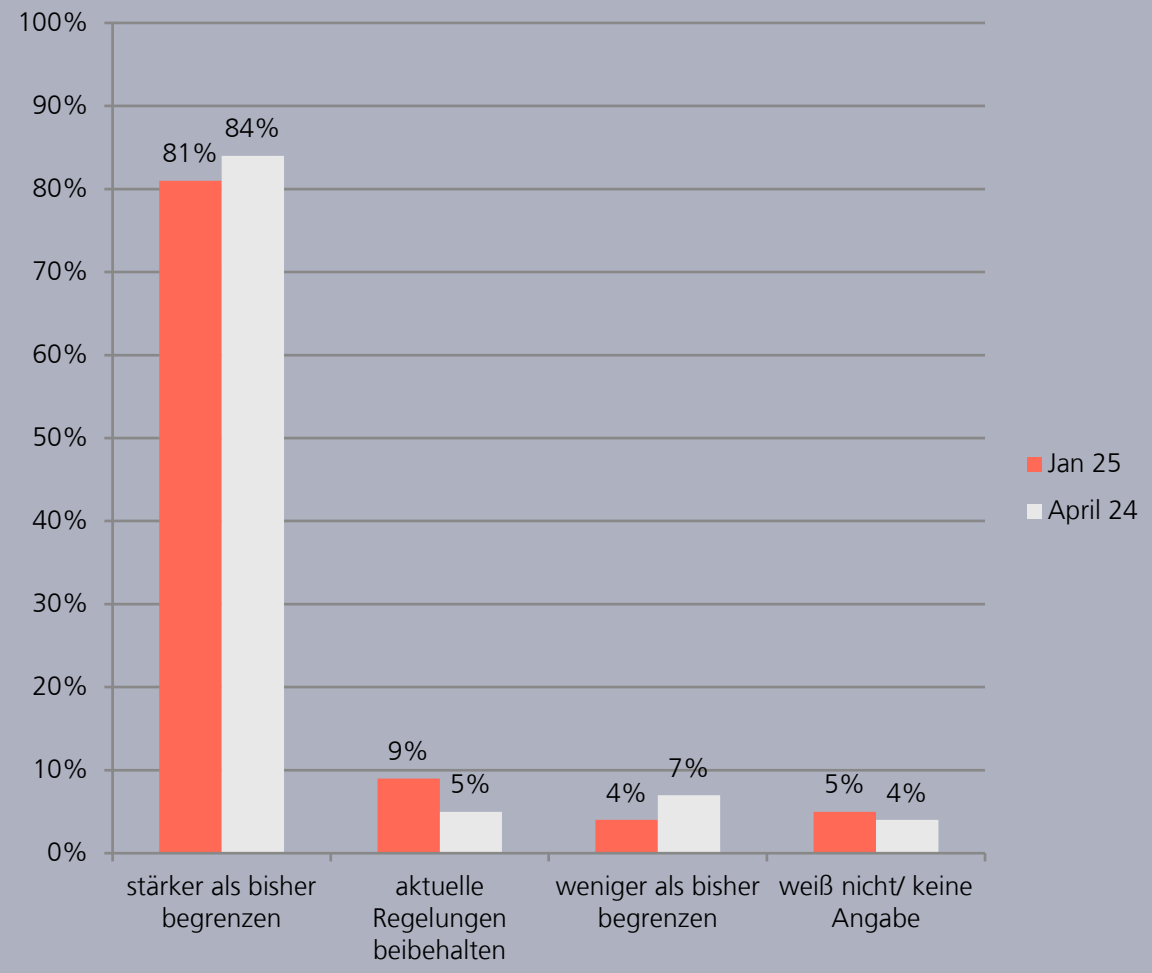



- **Die Europäische Union bereitet gerade die Umsetzung des neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, kurz Geas, vor. Mit dem als Asylkompromiss bekannt gewordenen Paket will die EU ab kommendem Jahr die Asylmigration besser steuern und stärker begrenzen.**
- **Aus Sicht der MDRfragt-Gemeinschaft ist das auch notwendig: Vier von fünf Befragten wünschen sich, dass die EU die Zahl der Asylsuchenden stärker als bisher begrenzt.**
- **Eine von zehn Befragten würde die aktuell geltenden Regeln gern beibehalten.**
- **Weniger als eine von 20 Befragten würde die Zahl der Asylsuchenden gern weniger als bisher begrenzen.**

# Nur geringe Verschiebung Stimmungsbild im Jahres-Vergleich

MDR FRAGT

**Frage:** Mit Blick auf die bisherige Vorgehensweise: Wie sollte die Europäische Union die Zahl der Asylsuchenden künftig steuern? **(Vergleich mit Ergebnis MDRfragt-Stimmungsbild April 2024)**

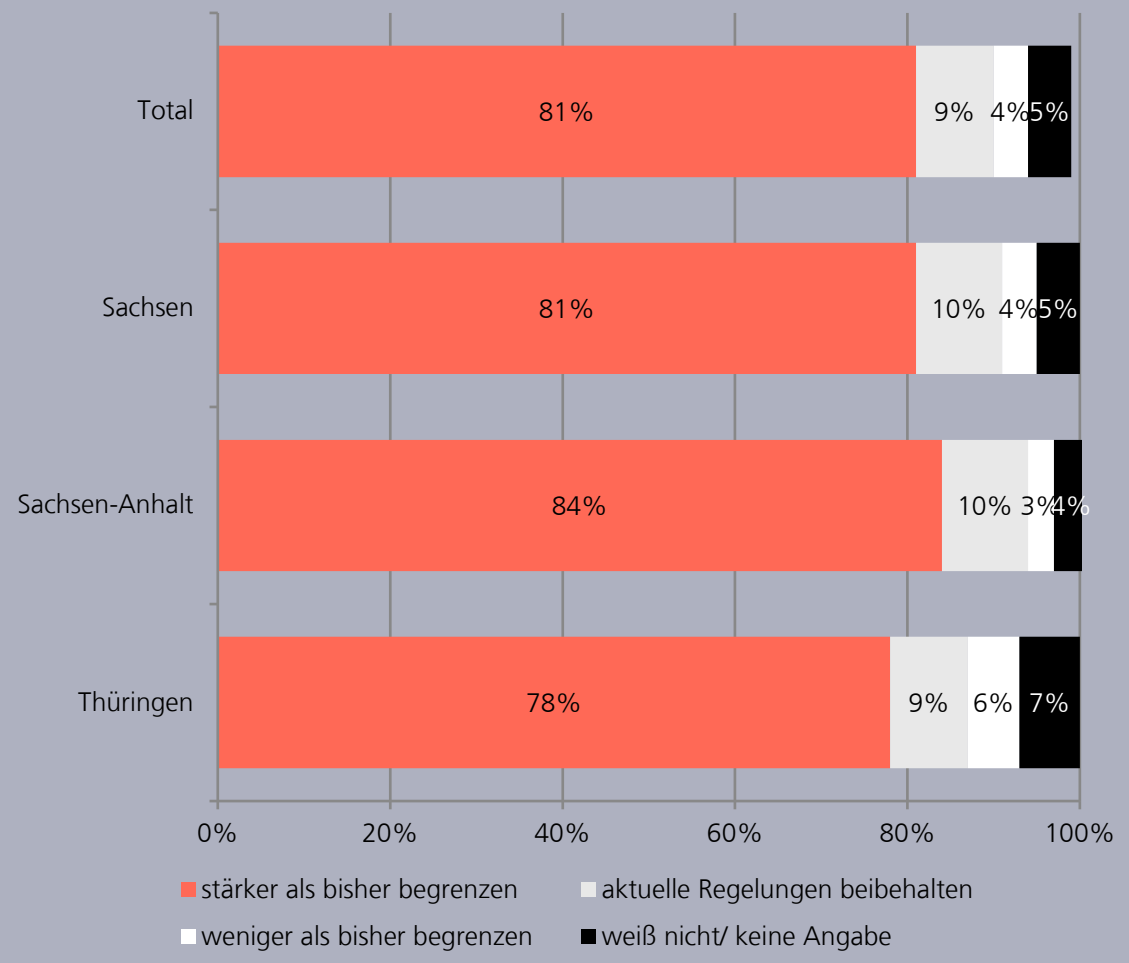



- **Das gewünschte Maß bei der Steuerung des Asyl-Zuzugs durch die Europäische Union wurde bei MDRfragt schon einmal abgefragt.**
- **Im April vergangenen Jahres waren die Meinungstendenzen sehr ähnlich, die Verschiebungen sind graduell.**
- **So ist auf niedrigem Niveau der Anteil derjenigen leicht gestiegen, die die aktuellen Regeln beibehalten wollen. Umgekehrt ist der Anteil derjenigen gesunken, die die aktuellen Begrenzungen tendenziell lockern würden.**
- **Damals wie heute sagt ein Großteil der Befragten: Die EU sollte die Zahl von Asylsuchenden stärker als bisher begrenzen.**

# Bundesländer-Vergleich: Migration stärker begrenzen

MDR FRAGT

**Frage:** Mit Blick auf die bisherige Vorgehensweise: Wie sollte die Europäische Union die Zahl der Asylsuchenden künftig steuern? **(Auswertung nach Bundesländern)**

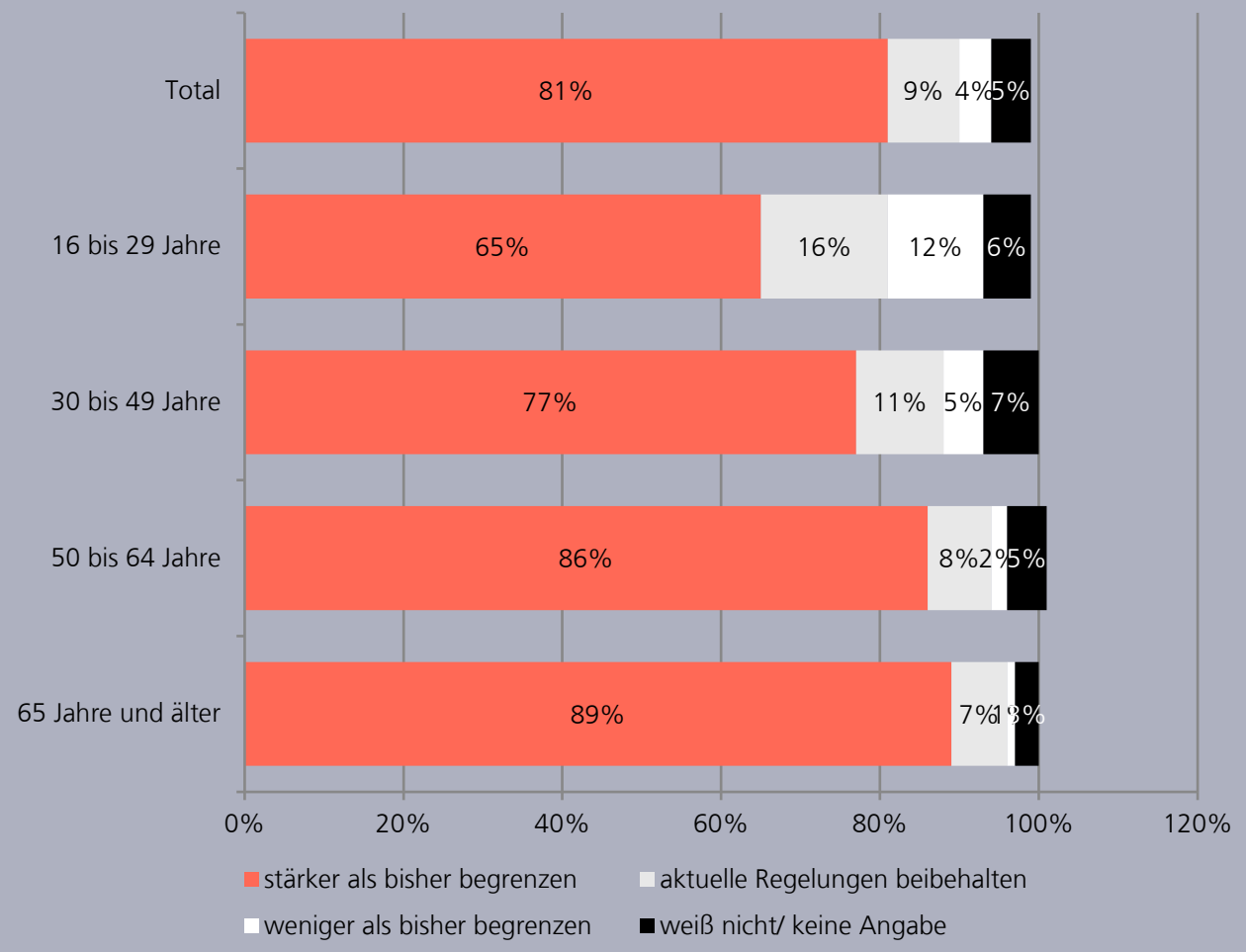



**Im MDRfragt-Stimmungsbild zeigt sich: In allen Ländern des MDR-Sendegebietes haben viele Menschen den Wunsch, dass die EU Migration stärker begrenzt als bisher.**

**Dabei ist der Wunsch nach stärkerer Begrenzung in Sachsen-Anhalt (84 Prozent) noch etwas stärker ausgeprägt als in Thüringen (78 Prozent). Die Zustimmung in der sächsischen MDRfragt-Gemeinschaft liegt dazwischen (81 Prozent)**

# Je älter, desto größer der Wunsch nach Begrenzung

**Frage:** Mit Blick auf die bisherige Vorgehensweise: Wie sollte die Europäische Union die Zahl der Asylsuchenden künftig steuern? **(Zustimmung nach Altersgruppen)**



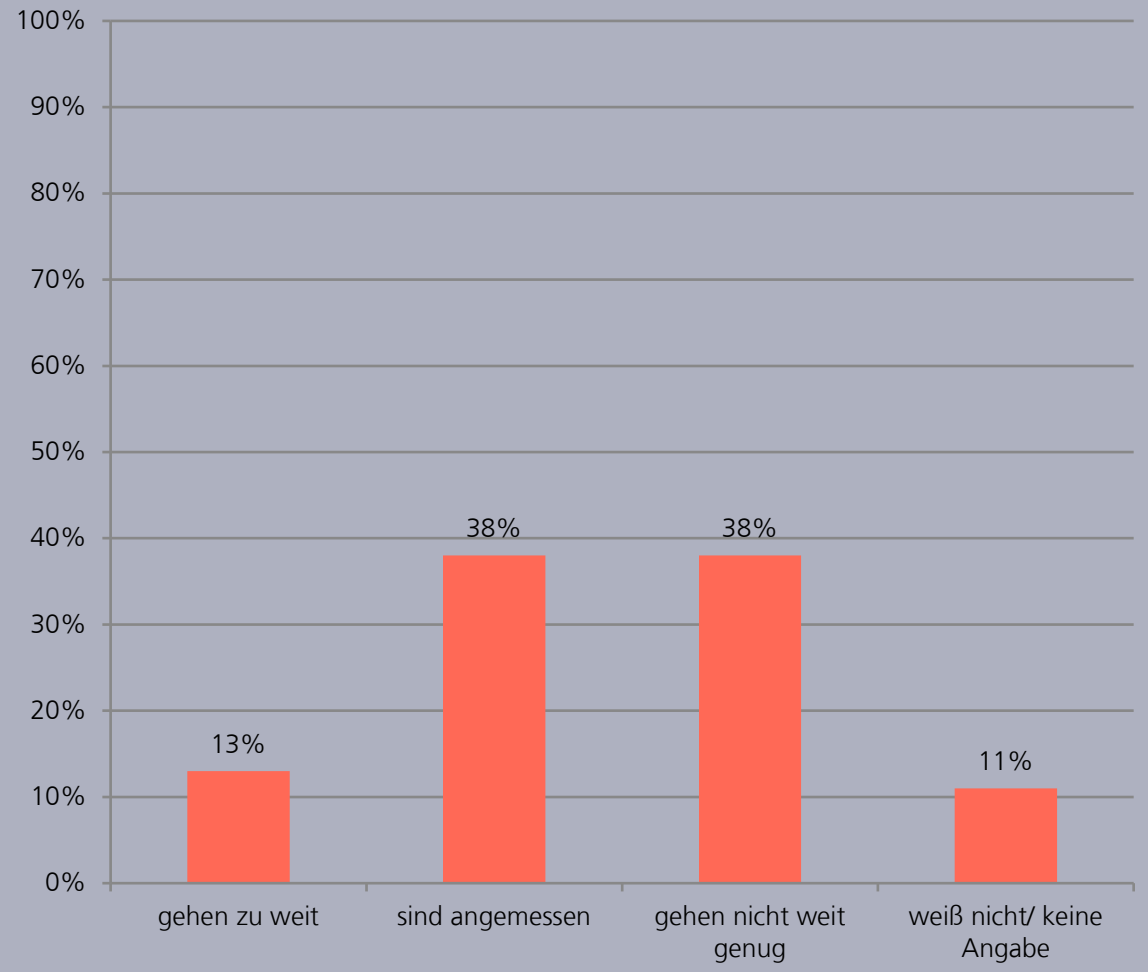

**Je älter die Befragten sind, desto größer ist im MDRfragt-Stimmungsbild der Wunsch, die EU möge Migration stärker als bisher begrenzen. Während sich bei den Unter-30-Jährigen zwei Drittel (65 Prozent) eine stärkere Begrenzung der Zahl von Asylsuchenden wünschen, sind es bei den Über-65-Jährigen fast alle (89 Prozent).**

**Umgekehrt wünschen sich bei den Unter-30-Jährigen mehr als jede und jeder Zehnte (12 Prozent), dass die EU die Zahl der Asylsuchenden weniger als bisher begrenzt. Bei den Über-65-Jährigen liegt dieser Anteil bei einem von 100 Befragten (1 Prozent).**

# Ein Drittel geht EU-Pläne mit Grenzverfahren nicht weit genug

MDR FRAGT

**Frage**: Auf EU-Ebene gelang vergangenes Jahr eine Neuregelung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ab Mitte 2026 soll es in Kraft treten. Ein Ziel: Asylsuchende aus Ländern mit geringen Chancen auf Asyl sollen in Grenzlagern innerhalb von drei Monaten ein Verfahren durchlaufen. Befürworter argumentieren, damit könnten Nicht-Schutzberechtigte schneller wieder abgeschoben werden. Kritiker sagen, dass Betroffene in den Grenzlagern faktisch inhaftiert werden. Wie finden Sie die Pläne für Grenzlager und Asylverfahren an den EU-Außengrenzen?

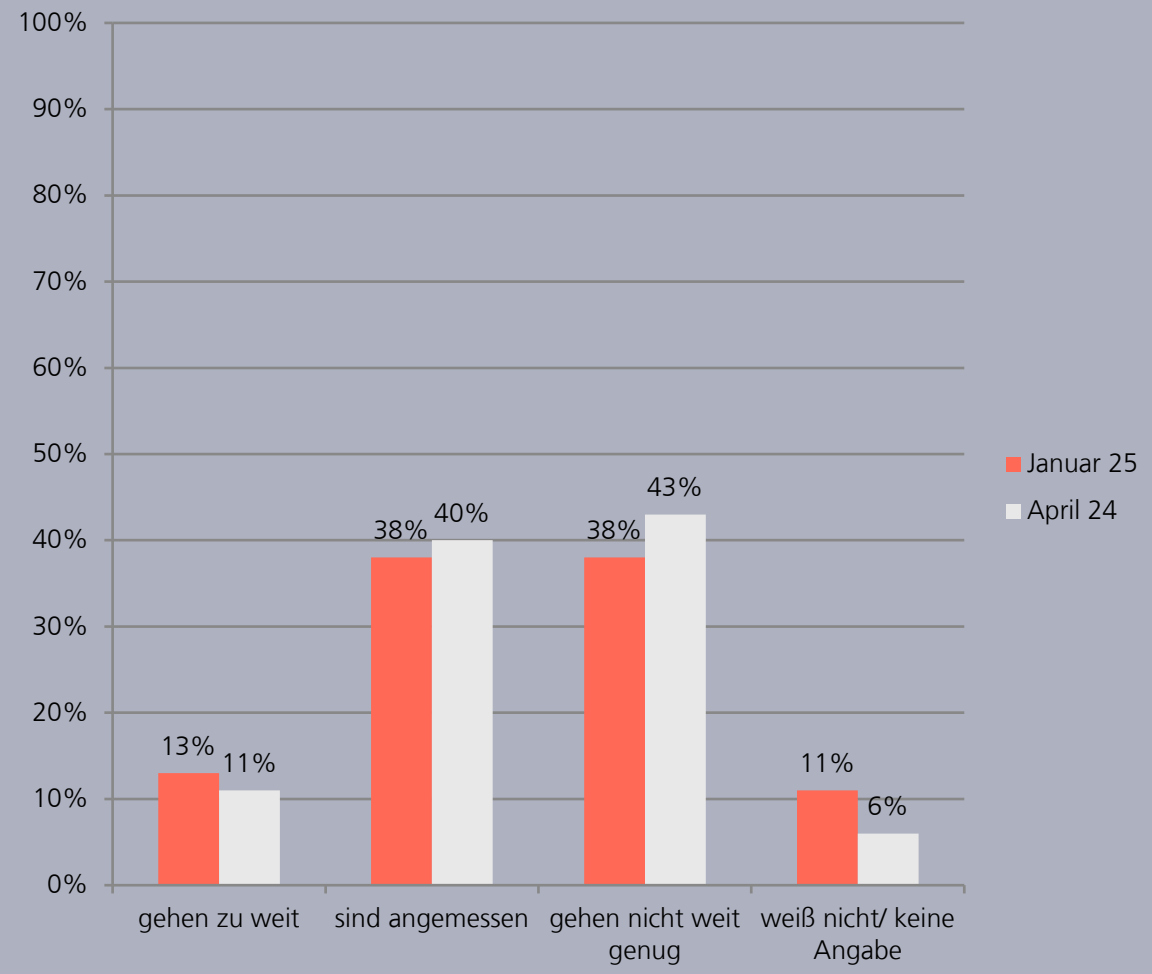



- **Apropos Gemeinsames Europäisches Asylsystem: Ein Kernpunkt des geplanten neuen Vorgehens ist es, Asylverfahren künftig in Lagern an den EU-Außengrenzen einzuführen.**

- **Bei MDRfragt stößt dieser Vorschlag grundsätzlich erst einmal auf viel Zustimmung. Nur gut jede und jeder Zehnte findet, diese Pläne gehen zu weit.**
- **Knapp vier von zehn Befragten finden, die Pläne seien angemessen.**
- **Und ebenso groß ist der Anteil derjenigen, die finden, diese Pläne gehen nicht weit genug.**
- **Jede und jeder Zehnte positioniert sich in dieser Frage nicht.**

# Jahres-Vergleich: Rückgang Anteil „Grenzverfahrens-Pläne gehen nicht weit genug“

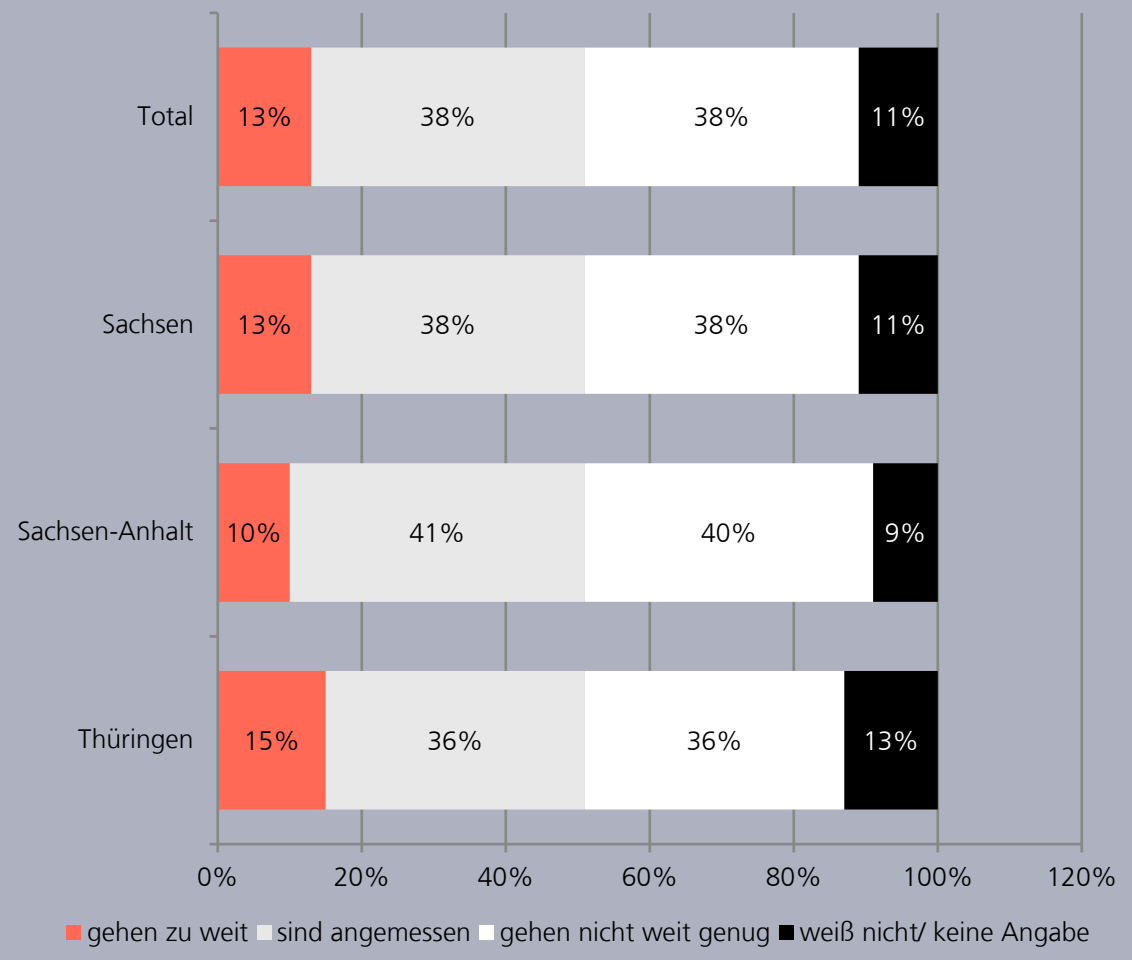
**Frage**: Auf EU-Ebene gelang vergangenes Jahr eine Neuregelung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ab Mitte 2026 soll es in Kraft treten. Ein Ziel: Asylsuchende aus Ländern mit geringen Chancen auf Asyl sollen in Grenzlagern innerhalb von drei Monaten ein Verfahren durchlaufen. Befürworter argumentieren, damit könnten Nicht-Schutzberechtigte schneller wieder abgeschoben werden. Kritiker sagen, dass Betroffene in den Grenzlagern faktisch inhaftiert werden. Wie finden Sie die Pläne für Grenzlager und Asylverfahren an den EU-Außengrenzen? **(Vergleich mit Ergebnissen MDRfragt-Stimmungsbild von April 2024)**




- **Im Vergleich zum letzten MDRfragt-Stimmungsbild zu diesem Thema zeigt sich: Die Meinungstendenzen bleiben die gleichen, es gibt nur graduelle Veränderungen.**
- **So lag im April 2024 noch das Lager derjenigen in der MDRfragt-Gemeinschaft knapp vorn, denen die EU-Pläne für Asyl-Grenzverfahren nicht weit genug gingen. Jetzt erreicht diese Position den gleichen Anteil wie die, dass die aktuellen Regelungen angemessen sind.**
- **Gleichzeitig ist der Anteil derjenigen gestiegen, die sich in dieser Frage nicht positionieren.**

# Bundesländer-Vergleich: Blick auf EU-Grenzverfahren

**Frage:** Auf EU-Ebene gelang vergangenes Jahr eine Neuregelung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ab Mitte 2026 soll es in Kraft treten. Ein Ziel: Asylsuchende aus Ländern mit geringen Chancen auf Asyl sollen in Grenzlagern innerhalb von drei Monaten ein Verfahren durchlaufen. Befürworter argumentieren, damit könnten Nicht-Schutzberechtigte schneller wieder abgeschoben werden. Kritiker sagen, dass Betroffene in den Grenzlagern faktisch inhaftiert werden. Wie finden Sie die Pläne für Grenzlager und Asylverfahren an den EU-Außengrenzen?
**(Auswertung nach Bundesland)**



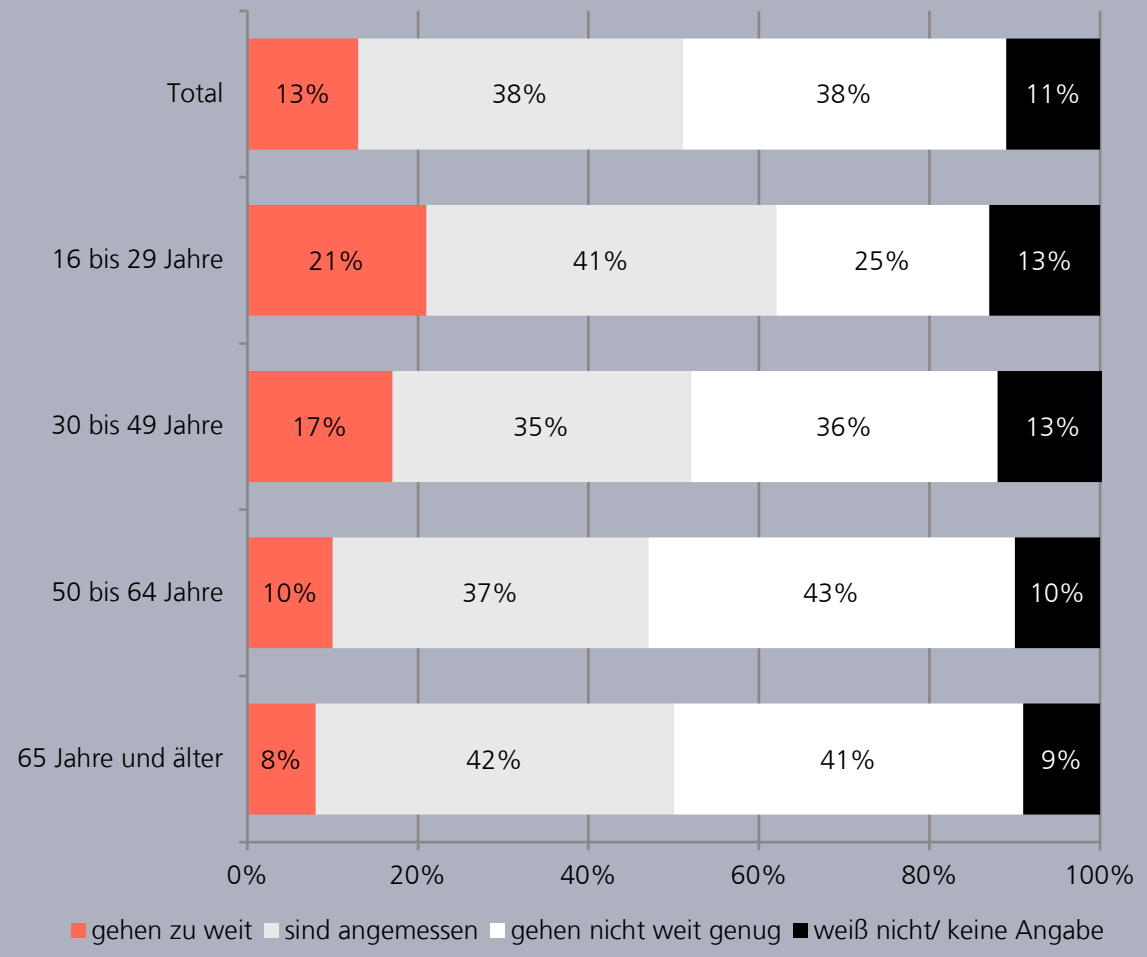

**Mit Blick auf die Stimmungen in den einzelnen Bundesländern zeigt sich:**

**In der sächsischen MDRfragt-Gemeinschaft gibt es genauso viele Befragte, die es angemessen finden, dass es Lager an den EU-Außengrenzen für die Asylverfahren gibt (38 Prozent) wie es Befragte gibt, denen diese Pläne noch nicht weit genug gehen (38 Prozent). Nur etwas mehr als jede und jeder zehnte sächsische Befragte (13 Prozent) findet, die Pläne gehen zu weit.**

**In der sachsen-anhaltischen MDRfragt-Gemeinschaft**

# Jüngeren Befragten gehen EU-Grenzverfahren eher zu weit

**Frage:** Auf EU-Ebene gelang vergangenes Jahr eine Neuregelung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ab Mitte 2026 soll es in Kraft treten. Ein Ziel: Asylsuchende aus Ländern mit geringen Chancen auf Asyl sollen in Grenzlagern innerhalb von drei Monaten ein Verfahren durchlaufen. Befürworter argumentieren, damit könnten Nicht-Schutzberechtigte schneller wieder abgeschoben werden. Kritiker sagen, dass Betroffene in den Grenzlagern faktisch inhaftiert werden. Wie finden Sie die Pläne für Grenzlager und Asylverfahren an den EU-Außengrenzen?
**(Auswertung nach Altersgruppen)**

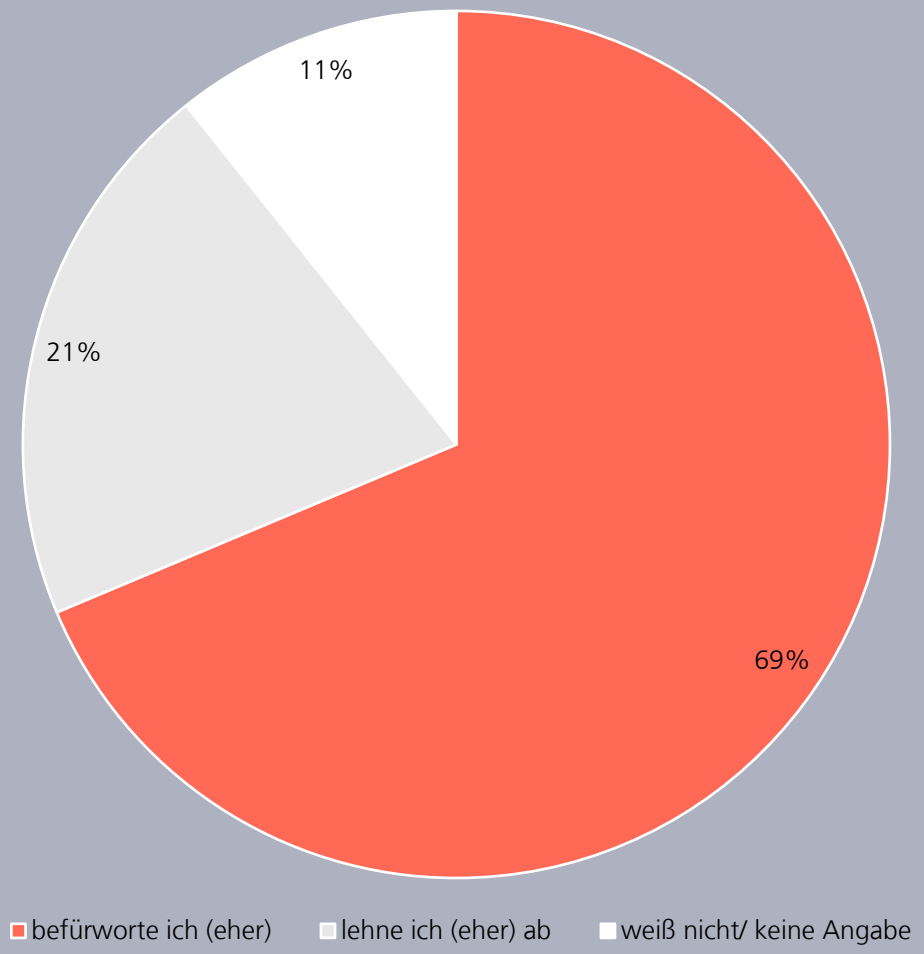



**Ein Blick auf die Altersgruppen zeigt: Je jünger die Befragten im MDRfragt-Meinungsbarometer sind, desto eher gehen ihnen die EU-Pläne zu weit, Menschen in Lagern an den EU-Außengrenzen festzuhalten bis über ihren Asyl-Antrag entschieden ist. So gibt jede und jeder Fünte der Unter-30-Jährigen an, ihnen gingen diese Pläne zu weit (21 Prozent). Das sind fast drei Mal so viele wie bei den Über-65-Jährigen, wo weniger als einer von zehn Befragten diese Position einnimmt (8 Prozent).**

**Auch andersherum zeigen sich diese Unterschiede: So sagt bei den Unter-30-Jährigen jede und jeder Vierte, dass die EU-Pläne für Asylverfahren an den Außengrenzen nicht weit genug gehen (25 Prozent); bei den 30- bis 49-Jährigen ist es jede und jeder Dritte (36 Prozent) und bei den Altersgruppen über 50 Jahre sind es mehr als vier von zehn Befragten.**

# Großteil fände Auslagerung Asylverfahren gut

**Frage:** Italien versucht derzeit als erstes EU-Land, Asylsuchende in Lager außerhalb der EU zu bringen. Die Idee: In Lagern in Albanien soll über den Asylantrag der Betroffenen entschieden werden. Ist er erfolgreich, dürfen die Asylsuchenden nach Italien einreisen. Sonst nicht. Befürworter sagen, so könnte es leichter werden, erfolglose Asylsuchende in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Kritiker monieren vor allem die hohen Kosten - auch die Rechtmäßigkeit steht infrage. Mit Blick auf die Idee, Asylsuchende in Drittstaaten unterzubringen und nur bei erfolgreichem Antrag einreisen zu lassen: Wie fänden Sie es, wenn auch Deutschland Asylverfahren in Drittstaaten auslagert?

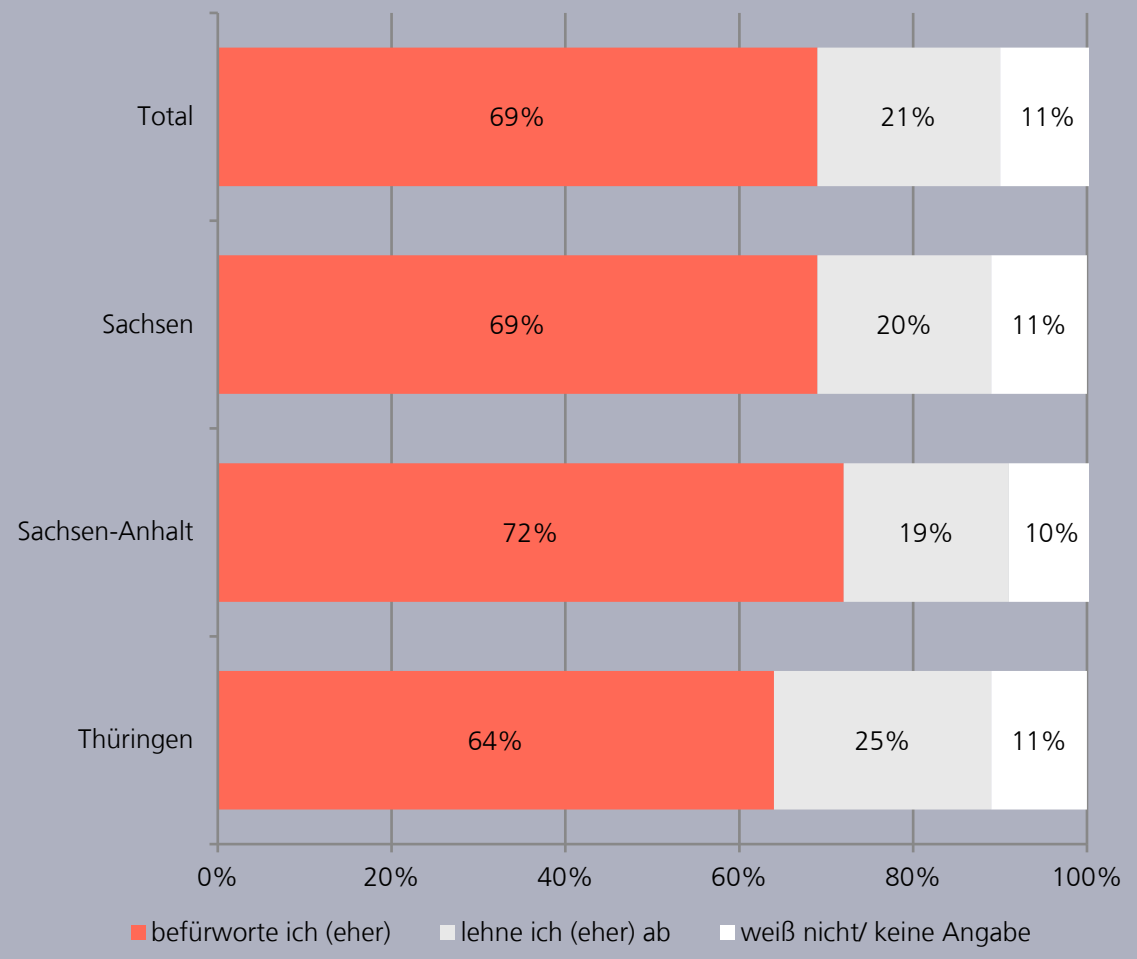



- **Neben der gemeinsamen Einigung auf Asylverfahren an den EU-Außengrenzen gibt es auch noch nationale Ideen, Asylverfahren auszulagern.**
- **Viel diskutiert wird etwa der Plan Italiens, Asylsuchende für die Dauer des Asylverfahrens in Lager in Albanien zu bringen und nur im Falle eines erfolgreichen Asylantrags ins Land zu lassen. Der Plan funktioniert trotz mehrerer Anläufe bisher nicht wirklich, und steht wegen der hohen Kosten in der Kritik.**
- **In der MDRfragt-Gemeinschaft kommt der Italien-Plan gut an: Knapp sieben von zehn Befragten wären eher dafür, dass auch Deutschland Asylverfahren in Drittstaaten außerhalb der EU auslagert.**
- **Jede und jeder Fünfte lehnt die Idee ab oder eher ab, Asylverfahren an Drittstaaten zu delegieren.**
- **Jede und jeder Zehnte positionierte sich nicht.**

# Bundesländer-Vergleich: Blick auf Asylverfahren in Drittstaaten

MDR FRAGT

**Frage:** Italien versucht derzeit als erstes EU-Land, Asylsuchende in Lager außerhalb der EU zu bringen. Die Idee: In Lagern in Albanien soll über den Asylantrag der Betroffenen entschieden werden. Ist er erfolgreich, dürfen die Asylsuchenden nach Italien einreisen. Sonst nicht. Befürworter sagen, so könnte es leichter werden, erfolglose Asylsuchende in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Kritiker monieren vor allem die hohen Kosten - auch die Rechtmäßigkeit steht infrage. Mit Blick auf die Idee, Asylsuchende in Drittstaaten unterzubringen und nur bei erfolgreichem Antrag einreisen zu lassen: Wie fänden Sie es, wenn auch Deutschland Asylverfahren in Drittstaaten auslagert? **(Auswertung nach Bundesländern)**




**Auch wenn Italien erst noch den Beweis antreten muss, dass Asylverfahren auch außerhalb der Europäischen Union rechtssicher und zu vertretbaren Kosten umgesetzt werden können: Die Idee, Asylverfahren in Drittstaaten auszulagern, stößt in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen überall überwiegend auf Zuspruch.**

**Das MDRfragt-Stimmungsbild aus Sachsen ergibt: Rund sieben von zehn Befragten (69 Prozent) finden diese Idee gut, zwei von zehn Befragten lehnen sie hingegen eher ab (20 Prozent), einer von zehn Befragten positionierte sich nicht (11 Prozent).**

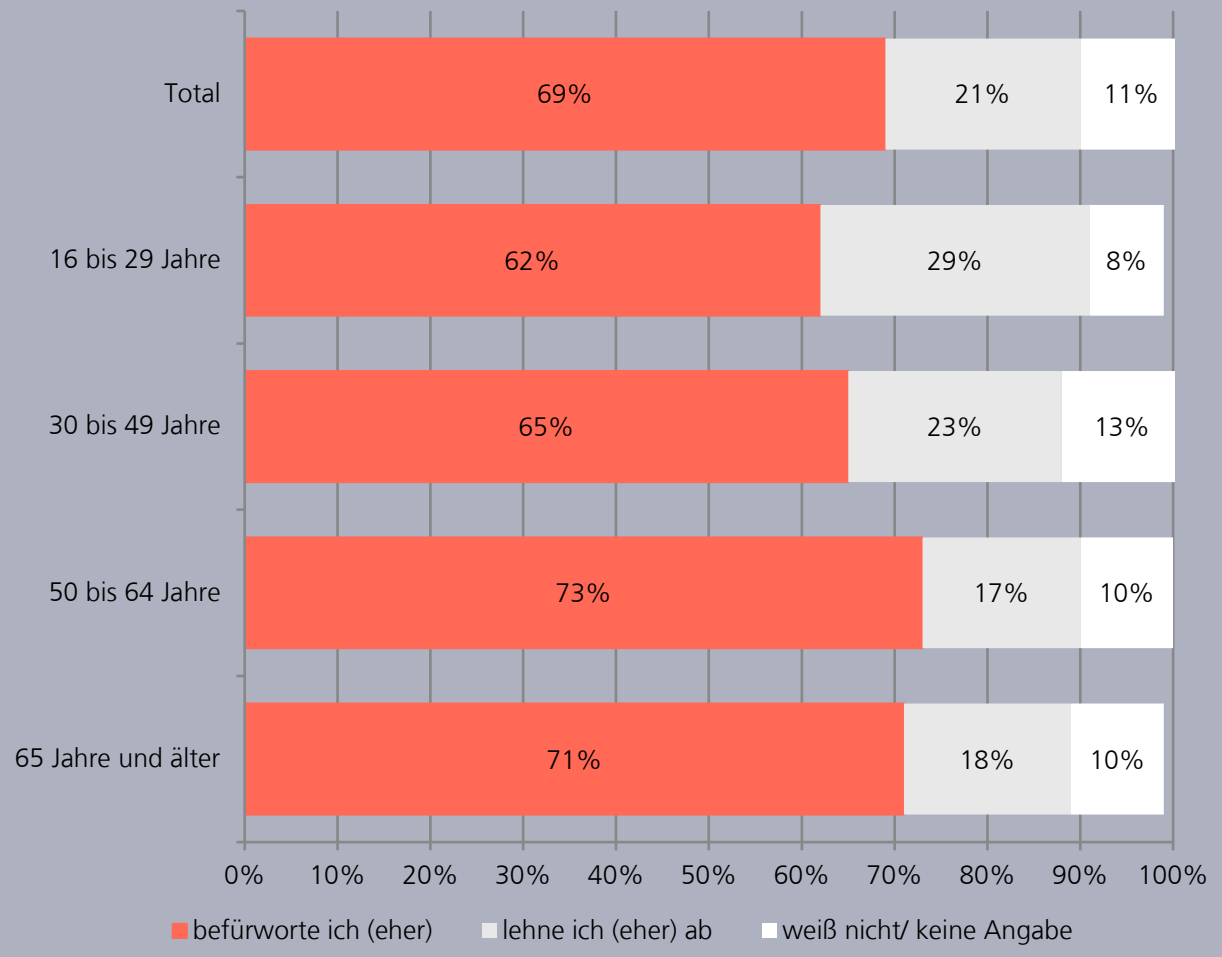
**Im Stimmungsbild aus Sachsen-Anhalt zeigt sich: Mehr als sieben von zehn Befragten (72 Prozent) fänden es eher gut, wenn Asylverfahren in Drittstaaten abgewickelt werden. Rund zwei von zehn Befragten in Sachsen-Anhalt sehen das kritisch, einer von Zehn positionierte sich nicht.**

**Das MDRfragt-Stimmungsbild für Thüringen ergibt: Im Vergleich zu den anderen beiden Bundesländern fällt der Zuspruch zu den EU-Drittstaatenverfahren etwas geringer aus (64 Prozent). Jede und jeder Vierte blickt skeptisch darauf (25 Prozent).**

# Ältere noch häufiger für Asylverfahren in Drittstaaten

MDR FRAGT

**Frage:** Italien versucht derzeit als erstes EU-Land, Asylsuchende in Lager außerhalb der EU zu bringen. Die Idee: In Lagern in Albanien soll über den Asylantrag der Betroffenen entschieden werden. Ist er erfolgreich, dürfen die Asylsuchenden nach Italien einreisen. Sonst nicht. Befürworter sagen, so könnte es leichter werden, erfolglose Asylsuchende in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Kritiker monieren vor allem die hohen Kosten - auch die Rechtmäßigkeit steht infrage. Mit Blick auf die Idee, Asylsuchende in Drittstaaten unterzubringen und nur bei erfolgreichem Antrag einreisen zu lassen: Wie fänden Sie es, wenn auch Deutschland Asylverfahren in Drittstaaten auslagert? **(Auswertung nach Altersgruppen)**




**Jüngere Befragte sind etwas häufiger kritisch, wenn es darum geht, Asylverfahren in Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union auszulagern.**

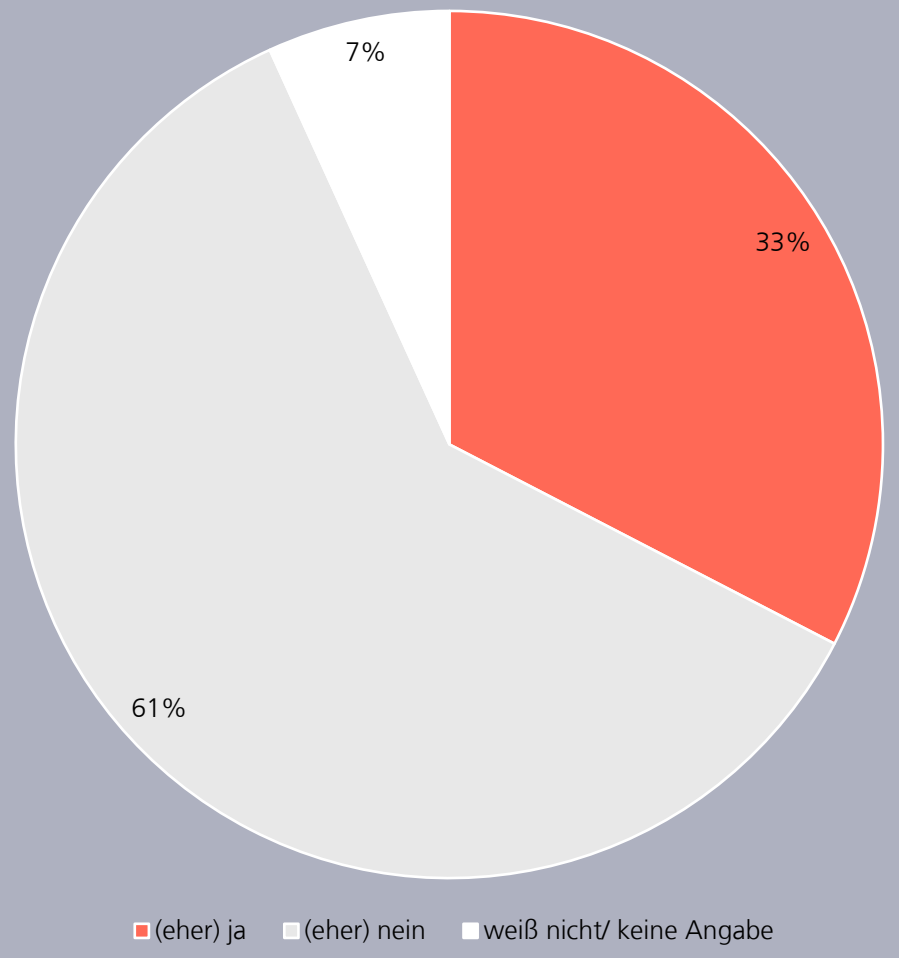
**Zum Vergleich: Bei den Unter-30-Jährigen lehnt jede und jeder Dritte (29 Prozent) im MDRfragt-Stimmungsbild eine solche Maßnahme ab oder eher ab. Bei den Über-65-Jährigen ist weniger als jede und jeder Fünfte (18 Prozent) ablehnend.**

**Umgekehrt gilt: Während bei den Unter-30-Jährigen gut sechs von zehn Befragte die Idee befürworten Asylverfahren in Nicht-EU-Länder zu verlagern, sind es bei den Über-65-Jährigen sieben von zehn Befragten (71 Prozent).**

# Nur Minderheit will zu Europa ohne Binnen-Kontrollen zurück

MDR FRAGT

**Frage:** Mehrere EU-Staaten haben wieder stationäre Grenzkontrollen eingeführt, neben Deutschland etwa Dänemark, Frankreich oder Österreich. Gleichzeitig gelten freies Reisen und freier Güterverkehr innerhalb des Schengen-Raums als große Errungenschaft in Europa. Alles in allem – wie sehen Sie das: Sollte es aus Ihrer Sicht künftig wieder eine Rückkehr zum alten Schengen-Raum ohne stationäre Grenzkontrollen geben?




**Seit Längerem verhängt Deutschland – wie einige andere EU-Staaten auch, stationäre Grenzkontrollen. Etwas, das es im Schengen-Raum eigentlich gar nicht, oder eben nur ausnahmsweise geben soll.**

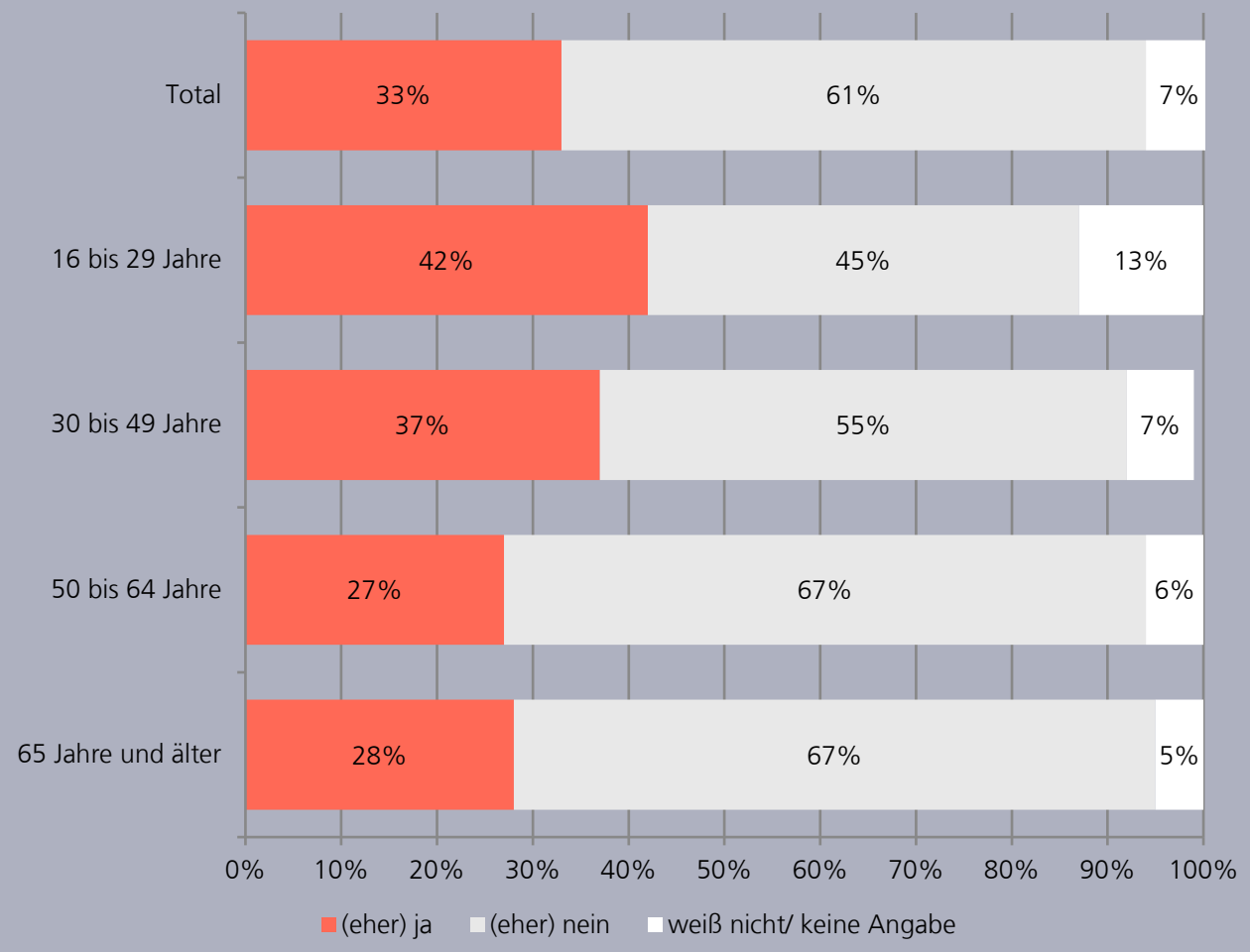
**Bei MDRfragt verspürt allerdings die Mehrheit nicht den überbordenden Wunsch, zum alten Schengen-Raum ohne Grenzkontrollen zurückzukehren. Vielmehr gaben sechs von zehn Befragten an, es sollte eher keine Rückkehr zum grenzfreien EU-Binnenverkehr geben.**
**Nur knapp halb so groß war der Anteil derjenigen, die sich hingegen das Europa ohne stationäre Grenzkontrollen wünschen.**

**Jahresvergleich:** Damit bleibt das Meinungsbild der MDRfragt-Gemeinschaft im Vergleich zu früheren Zeitpunkten stabil: Als wir im April 2024 die gleiche Frage gestellt haben, war die Verteilung sehr ähnlich. Knapp ein Drittel (30 Prozent) war für oder eher für eine Rückkehr zum Schengen-Raum ohne Grenzkontrollen; rund doppelt so hoch war der Anteil derjenigen (62 Prozent), die nicht zu einem Europa ohne Binnen-Grenzkontrollen zurück wollen.

# Jüngere wollen häufiger kontrollfreien Schengen-Raum zurück

MDR FRAGT

**Frage:** Mehrere EU-Staaten haben wieder stationäre Grenzkontrollen eingeführt, neben Deutschland etwa Dänemark, Frankreich oder Österreich. Gleichzeitig gelten freies Reisen und freier Güterverkehr innerhalb des Schengen-Raums als große Errungenschaft in Europa. Alles in allem – wie sehen Sie das: Sollte es aus Ihrer Sicht künftig wieder eine Rückkehr zum alten Schengen-Raum ohne stationäre Grenzkontrollen geben? **(Auswertung nach Altersgruppen)**




**Wenn wir in die Altersgruppen blicken, dann zeigt das MDRfragt-Stimmungsbild: Jüngere wünschen sich häufiger eine Rückkehr zum Schengen-Raum, wie er gedacht ist, also ohne stationäre Grenzkontrollen.**

**Bei den 16- bis 29-Jährigen sind jene, denen der kontrollfreie Schengen-Raum eher wichtig ist (42 Prozent) fast gleich auf mit denjenigen, denen die Grenzkontrollen innerhalb der EU nicht so viel ausmachen (45 Prozent).**

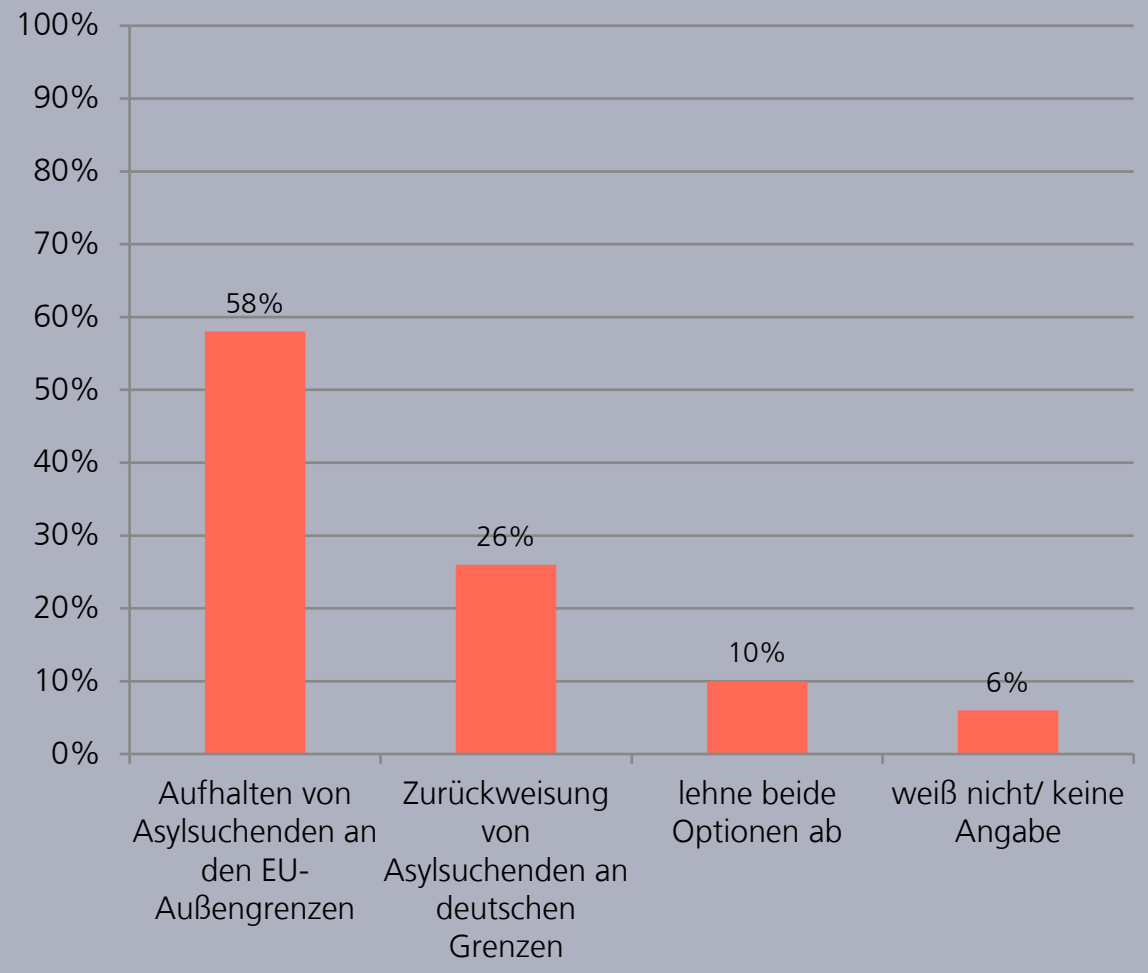
**Bei den 30- bis 49-Jährigen findet es dann schon mehr als die Hälfte der Befragten (55 Prozent) nicht mehr so wichtig, zum alten Schengen-Raum zurückzukehren; während das fast vier von zehn Befragten eher wichtig wäre.**

**Bei den Befragten über 50 Jahre wird es noch eindeutiger: Zwei Drittel der Befragten sind gegen oder eher gegen eine Rückkehr zum kontrollfreien Schengen-Raum. Gut jede und jeder Vierte will die schrankenfreie Reisefreiheit in der EU zurück.**

# Mehrheit dafür, Asylsuchende an Außengrenzen aufzuhalten statt deutscher Zurückweisung

MDR FRAGT

**Frage:** Mit der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik und dem Fokus auf Asylverfahren an den EU-Außengrenzen sollen nur noch Asylsuchende in die EU kommen, deren Asylantrag beim Verfahren an der Grenze erfolgreich ist. Vorher soll faktisch kein Grenzübertritt in die EU möglich sein. Seit einigen Monaten gibt es in Deutschland die Diskussion, ob die Bundespolizei auch Asylsuchende an der deutschen Grenze zurückweisen soll. Wenn Sie zwischen Aufhalten von Asylsuchenden an der EU-Außengrenze oder Zurückweisung an den deutschen Grenzen wählen müssten: Welche der beiden Optionen halten Sie für sinnvoller?




In der Bundespolitik läuft die Diskussion, ob Deutschland gemeinsam mit den EU-Partnerinnen und Partnern eine Lösung finden sollte, um die irreguläre Migration zu bekämpfen; oder ob Deutschland an seinen innereuropäischen Grenzen Asylsuchende zurückweisen sollte.

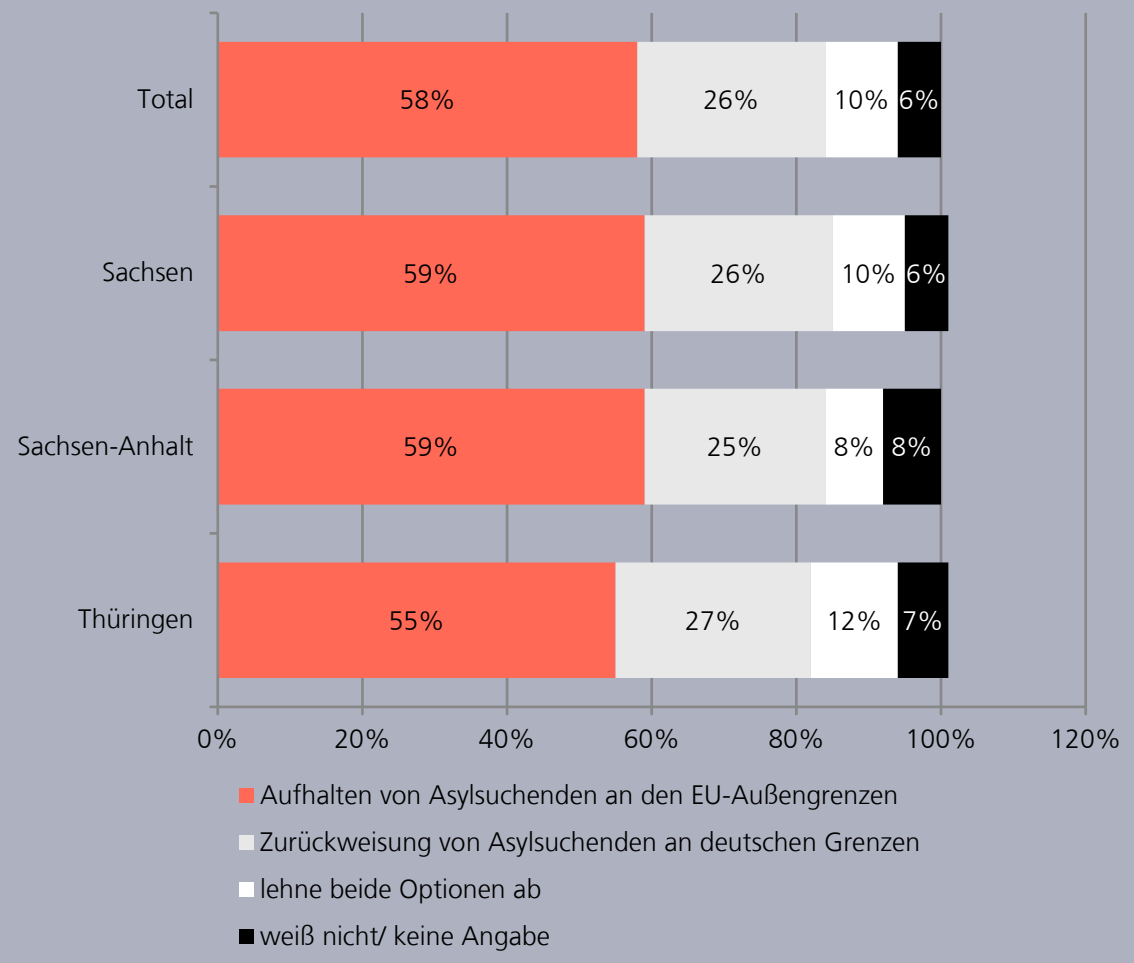
Das ist nicht nur eine politische Frage, auch Juristinnen und Juristen streiten, ob diese Praxis rechtlich zulässig wäre. Auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundespolizei zweifeln, ob das in der Praxis personell zu stemmen wäre.

**Im MDRfragt-Stimmungsbild tendiert die Mehrheit dazu, Asylsuchende – etwa über die geplanten Grenzverfahren – bis zur Entscheidung über den Asylantrag an den EU-Außengrenzen aufzuhalten. Sechs von zehn Befragten halten das für die bessere Option. Jede und jeder Vierte präferiert hingegen die Zurückweisung von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen. Jede und jeder Zehnte lehnt beide Optionen ab.**

# Länder-Vergleich: Aufhalten an EU-Außengrenzen oder Zurückweisen an den deutschen Binnengrenzen

MDR FRAGT

**Frage:** Mit der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik und dem Fokus auf Asylverfahren an den EU-Außengrenzen sollen nur noch Asylsuchende in die EU kommen, deren Asylantrag beim Verfahren an der Grenze erfolgreich ist. Vorher soll faktisch kein Grenzübertritt in die EU möglich sein. Seit einigen Monaten gibt es in Deutschland die Diskussion, ob die Bundespolizei auch Asylsuchende an der deutschen Grenze zurückweisen soll. Wenn Sie zwischen Aufhalten von Asylsuchenden an der EU-Außengrenze oder Zurückweisung an den deutschen Grenzen wählen müssten: Welche der beiden Optionen halten Sie für sinnvoller?




**Ein Blick in die einzelnen Bundesländer im MDR-Sendegebiet zeigt: Grundsätzlich ist das Meinungsbild unter den Befragten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ziemlich ähnlich.**

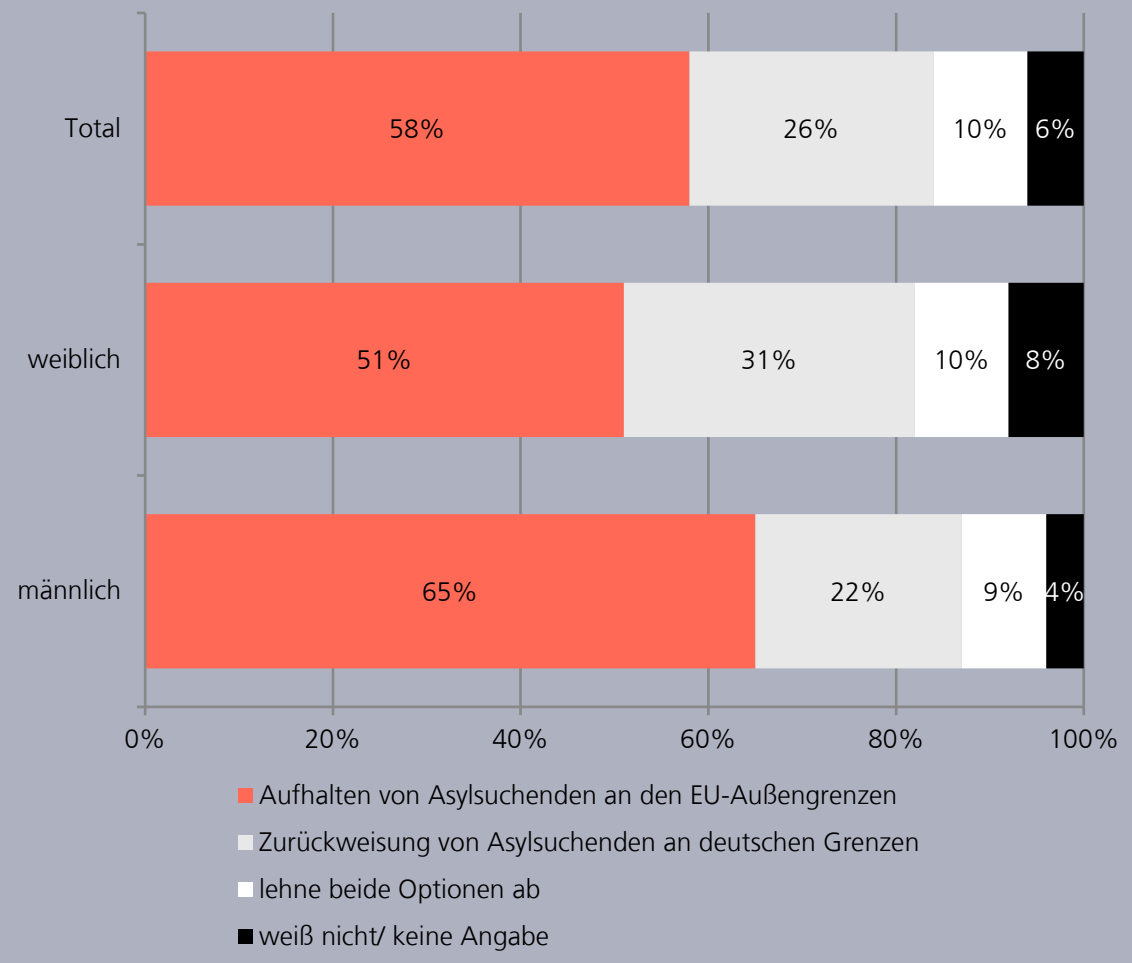
**Unter den sächsischen Befragten sechs von zehn Befragte die Option vor, Asylsuchende gleich an den EU-Außengrenzen aufzuhalten. Das sind mehr als doppelt so viele wie jene Befragte, die es besser finden, wenn die Asylsuchenden an den deutschen Grenzen zurückgewiesen werden. Jede und jeder zehnte Befragte aus Sachsen lehnt beide Optionen ab.**

**Im Stimmungsbild aus Sachsen-Anhalt zeigt sich ebenfalls eine klare Präferenz dazu, Asylsuchende an den EU-Außengrenzen aufzuhalten: Sechs von zehn Befragte aus Sachsen-Anhalt ziehen diese Option vor. Weniger als halb so viele, nämlich ein Viertel der Befragten, würde lieber Asylsuchende an der deutschen Grenze zurückweisen. Weniger als einer von zehn Befragten (8 Prozent) lehnt beide Optionen ab.**

**In Thüringen ist etwas mehr als jede und jeder Zweite(55 Prozent) dafür, Asylsuchende an den EU-Außengrenzen aufzuhalten, etwa halb so groß ist der Anteil derjenigen, die eher für Zurückweisung an den deutschen Grenzen (27 Prozent) sind. Mehr als jede und jeder Zehnte (12 Prozent) lehnt beide Optionen ab.**

# Männer häufiger für EU-Option

**Frage:** Mit der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik und dem Fokus auf Asylverfahren an den EU-Außengrenzen sollen nur noch Asylsuchende in die EU kommen, deren Asylantrag beim Verfahren an der Grenze erfolgreich ist. Vorher soll faktisch kein Grenzübertritt in die EU möglich sein. Seit einigen Monaten gibt es in Deutschland die Diskussion, ob die Bundespolizei auch Asylsuchende an der deutschen Grenze zurückweisen soll. Wenn Sie zwischen Aufhalten von Asylsuchenden an der EU-Außengrenze oder Zurückweisung an den deutschen Grenzen wählen müssten: Welche der beiden Optionen halten Sie für sinnvoller? **(Auswertung nach Geschlecht)**




**Wenn wir etwas genauer in das MDRfragt-Stimmungsbild schauen, zeigen sich leichte Verschiebungen bei den Stimmungstrends nach Geschlechtern:**

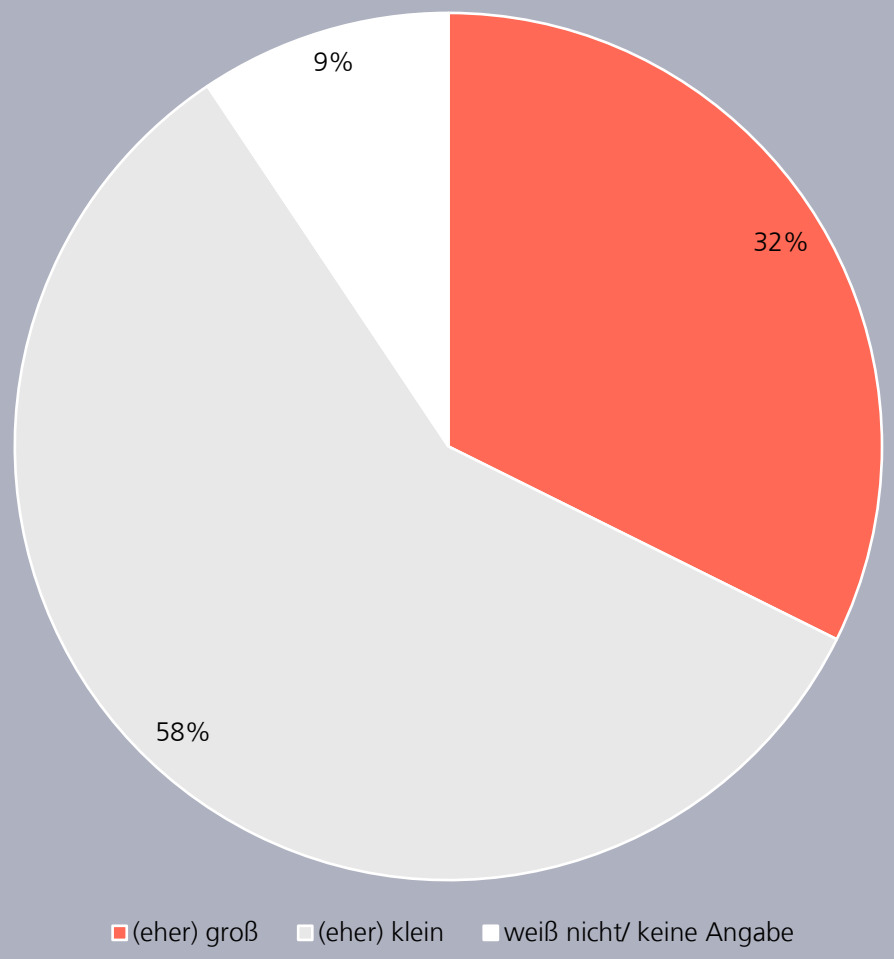
**Männliche Befragte bevorzugen die EU-Option vor dem nationalen deutschen Weg häufiger als Frauen. Konkret sind zwei Drittel der Männer eher dafür, Asylsuchende an der EU-Außengrenze aufzuhalten. Bei den Frauen sind es gut die Hälfte der Befragten.**

**Parallel dazu sind gut drei von zehn weiblichen Befragte (31 Prozent) eher dafür, Asylsuchende an der deutschen Außengrenze zurückzuweisen. Bei den Männern sind es etwas mehr als zwei von zehn Befragten (22 Prozent).**

# Jeder Dritte fürchtet, Migrationsdebatte könnte abschrecken

MDR FRAGT

**Frage:** Aktuelle Debatten über Flüchtlinge und Zugewanderte werden mitunter sehr hart geführt. Einige sagen, es ist wichtig, beim Thema Migration umzusteuern. Andere warnen vor fremdenfeindlichen Tönen und davor, dass ausländische Fachkräfte und Familien durch die Art der Debatte abgeschreckt werden könnten, in Deutschland zu bleiben oder hierherzukommen. Dabei klagt Deutschlands Wirtschaft über anhaltenden Fach- und Arbeitskräftemangel und betont, in vielen Bereichen auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen zu sein. Wie sehen Sie das: Wie klein oder groß ist Ihre Sorge, dass die aktuelle Migrations-Debatte Fachkräfte ohne deutschen Pass abschreckt, in Deutschland zu arbeiten?




**In der aktuell oft sehr aufgeheizten Debatte über den richtigen Kurs in der Migrations- und Asylpolitik wird auch immer wieder davor gewarnt, dass eben dieses aufgeheizte Klima Fach- und Arbeitskräfte ohne deutschen Pass abschrecken könnte, weiter in Deutschland zu arbeiten oder zum Arbeiten nach Deutschland zu kommen.**

**Im aktuellen MDRfragt-Stimmungsbild teile jede und jeder Dritte diese Sorge – und sind damit in der Minderheit.**

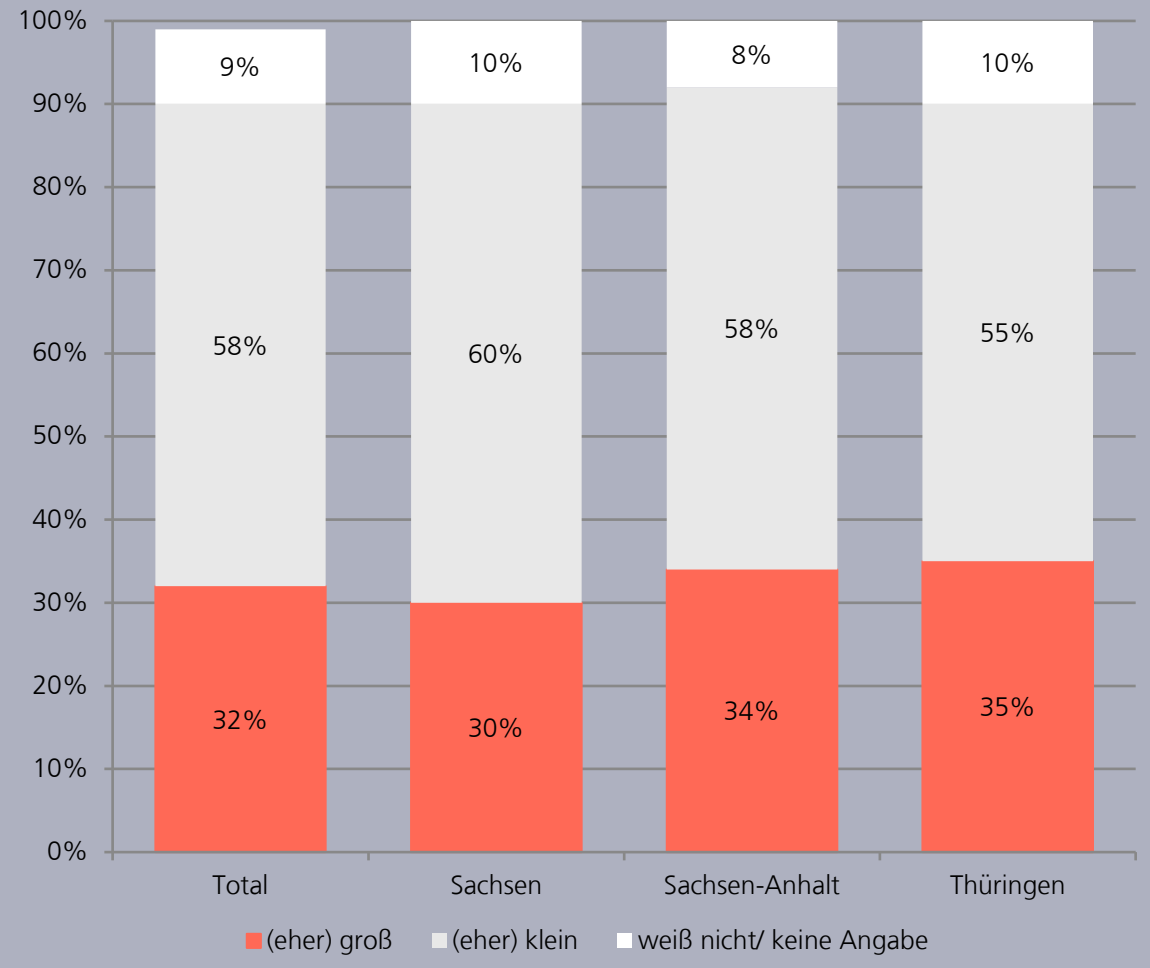
**Fast sechs von zehn Befragten machen sich eher keine Sorgen, dass ausländische Arbeits- und Fachkräfte sich nicht mehr willkommen fühlen und abgeschreckt sein könnte.**

**Knapp jede und jeder Zehnte positioniert sich in dieser Frage nicht.**

# Bundesländer-Vergleich: Schreckt Migrations-Debatte ab?

MDR FRAGT

**Frage:** Aktuelle Debatten über Flüchtlinge und Zugewanderte werden mitunter sehr hart geführt. Einige sagen, es ist wichtig, beim Thema Migration umzusteuern. Andere warnen vor fremdenfeindlichen Tönen und davor, dass ausländische Fachkräfte und Familien durch die Art der Debatte abgeschreckt werden könnten, in Deutschland zu bleiben oder hierherzukommen. Dabei klagt Deutschlands Wirtschaft über anhaltenden Fach- und Arbeitskräftemangel und betont, in vielen Bereichen auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen zu sein. Wie sehen Sie das: Wie klein oder groß ist Ihre Sorge, dass die aktuelle Migrations-Debatte Fachkräfte ohne deutschen Pass abschreckt, in Deutschland zu arbeiten? **(Auswertung nach Bundesland)**




**Machen sich die Befragten Sorgen, dass Deutschland ausländische Arbeitskräfte verlieren oder gar nicht erst gewinnen könnte, weil der hiesige Migrations-Diskurs abschreckt?**

**Im MDRfragt-Stimmungsbild für Sachsen zeigt sich: Drei von zehn Befragte sehen diese Gefahr, doppelt so viele machen sich darüber wenig bis keine Sorgen.**

**In Sachsen-Anhalt ist ein Drittel der dortigen MDRfragt-Gemeinschaft durchaus besorgt, dass der aktuelle Migrations-Diskurs Arbeitskräfte ohne deutschen Pass abschreckt; mehr als jede und jeder Zweite macht sich da wenig Sorgen.**

**Auch im MDRfragt-Meinungsbild aus Thüringen ergibt sich, dass die Sorgenarmen in der Mehrheit sind: Gut die Hälfte der Befragten machen sich kaum Sorgen, dass die aktuelle Migrations-Debatte Fachkräfte ohne deutschen Pass abschreckt, hier zu arbeiten. Mehr als ein Drittel macht sich diese Sorgen sehr wohl.**

# Deutschland wählt – was zählt für Sie?

MDR FRAGT

## Wer hat sich an dieser Befragung beteiligt?

**nach Altersgruppen:**
16 bis 29 Jahre: 220
30 bis 49 Jahre: 3.118
50 bis 64 Jahre: 10.170
65 Jahre&älter: 12.934

**nach Bundesländern:**
Sachsen: 13.562 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt: 6.463 (24 Prozent)
Thüringen: 6.417 (24 Prozent)

**nach Geschlecht:**
weiblich: 11.202 (42 Prozent)
männlich: 15.178 (57 Prozent)
divers: 62 (0,3 Prozent)

**MDRfragt ist ein Dialogangebot des Mitteldeutschen Rundfunks. Am Meinungsbarometer soll sich Jede und Jeder beteiligen können, der mindestens 16 Jahre alt ist und im MDR-Sendegebiet wohnt. Dieser Ansatz einer möglichst breiten Beteiligung sorgt dafür, dass die Ergebnisse der Befragungen laut Definition nicht repräsentativ sind.**
**Gleichzeitig gilt: Die Stimmungsbilder von MDRfragt sind aussagekräftig und können Meinungstendenzen und Stimmungen im Sendegebiet aufzeigen. Dabei hilft auch, dass die Ergebnisse nach bewährten wissenschaftlichen Kriterien anhand verschiedener Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildungsgrad gewichtet werden, um sie an die Verteilung in der mitteldeutschen Bevölkerung anzupassen.**
**MDRfragt wird wissenschaftlich beraten und begleitet, beispielsweise durch regelmäßige Validitätstests. Mehr zur Methodik mdrfragt.de.**
**Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.**